

15. Jahrgang

3/88

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Paul Nolte

Amerikanische Wahrnehmung
deutscher Städte

Hans
Schmalscheidt

Hierarchie der Plätze

Jörg Leist

Altstadtsanierung:
Zum Beispiel Wangen im Allgäu

Hans
Blumenfeld

Gegen den Kahlschlag

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapeststraße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11 / 28 26 83 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27 C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (07 11) 35 76 70.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 786 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Stadt Trier bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 3/1988

INHALT

ABHANDLUNGEN

PAUL NOLTE, Effizienz oder self-government. Amerikanische Wahrnehmung deutscher Städte und das Problem der Demokratie 1900–1930. 261

HANS SCHMALSCHEIDT, Hierarchie der Plätze. Ein Beitrag zur Aufgabe und Planung von Plätzen 289

ALTSTADTSANIERUNG

JÖRG LEIST u. a., Altstadtsanierung: Zum Beispiel Wangen im Allgäu 303

KLEINE BEITRÄGE

HANS BLUMENFELD, Vom Kampf gegen den Kahlschlag 323

AUTOREN 327

NOTIZEN 327

ZUR BESPRECHUNG EINGEGANGENE BÜCHER 333

BESPRECHUNGEN

Stadtgeschichte

MARK GIROUD, Die Stadt. Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte (*Erika Spiegel*) . . 336

Städteforschung

HELMUT JÄGER (Hrsg.), Stadtkernforschung (*Burkhard Hofmeister*) 337

HEINZ HEINEBERG (Hrsg.), Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte (*Wolfgang R. Krabbe*) 338

Die alte Stadt 3/88

Stadtplanung

WERNER BRAAM, Stadtplanung. Aufgabenbereiche, Planungsmethodik, Rechtsgrundlagen
(Dirk Schubert) 339

THOMAS HALL, Planung europäischer Hauptstädte (Dirk Schubert) 340

Stadtbaugeschichte, Architektur

ULFERT HERLYN / ADELHEID VON SALDERN / WULF TESSIN (Hrsg.), Neubausiedlungen der
20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich (Erika Spiegel) 341

KLAUS VON BEYME, Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen
Staaten (Dieter Hanauske) 342

KONRAD M. MÜLLER, Unsere befestigten Städte des Mittelalters (Otto Borst) 345

VERENA DIETRICH, Architektinnen. Ideen – Projekte – Bauten (Wilma R. Albrecht) 346

Soziologie

JÜRGEN RITSERT, Gesellschaft. Einführung in den Grundbegriff der Soziologie (Paul Nolte) . . . 347

Gartenkunst

URSULA GRÄFIN ZU DOHNA u. a., Private Gartenkunst in Deutschland (Dorothee Nehring) . . . 348

Effizienz oder »self-government«?

*Amerikanische Wahrnehmungen deutscher Städte und das Problem
der Demokratie 1900–1930*

I

Als der Journalist Frank Putnam Anfang 1913 von einer sechsmonatigen Reise durch Deutschland nach Houston zurückkehrte, legte er seine im offiziellen Auftrag der texanischen Stadt gewonnenen Eindrücke in einem Bericht nieder, dessen Beschreibungen umstandslos in Aufforderungen zur Nachahmung der deutschen Städte mündeten. »Wir glauben«, so hieß es dazu im Vorwort der Studie, »daß Houston durch ein Studium der Methoden, die in den fortschrittlichsten Städten Deutschlands so erfolgreich gewesen sind, viele wichtige Lektionen über die Behandlung kommunaler Einrichtungen und die allgemeine Verbesserung der Stadt lernen kann«.¹ Was die Amerikaner an den deutschen Städten interessierte und faszinierte, war vor allem ihre »Effizienz«. Das, was bisher die Formel »good government« beschrieben hatte, schien nicht ausreichend; »efficient government« war zum höheren Wert aufgestiegen.² Doch nur wenige Jahre später hatte sich die Meinung radikal geändert. »Selbstverwaltung hat so klare moralische Vorteile, daß effiziente Verwaltung nur ein zweitrangiges Ziel sein kann«.³ Solch eine Meinung konnte jetzt breitester Zustimmung sicher sein, und ein Interesse an deutschen Städten, gar an Reisen dorthin, bestand kaum mehr.

Woher kam das auffällige amerikanische Interesse an deutschen Städten, und warum fiel es, etwa zwischen 1915 und 1917, so schnell wieder? Was erschien dem demokratischen Amerika am autoritären Deutschland so nachahmenswert? Diesen und ähnlichen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden, indem die Bezüge des amerikanischen *municipal reform movement* auf Deutschland, vor allem auf seine Städte, systematisch untersucht werden. Zwar hat die Reformbewegung in den amerikanischen Städten zu Beginn des 20. Jahrhunderts einige Aufmerksamkeit

¹ F. Putnam, City Government in Europe. Houston's Inquiry into Municipal Organization and Administration in the Principal Cities of Great Britain and Germany, Houston 1913, 1. – Das Material zu dieser Studie wurde v. a. in den ausgezeichneten Beständen der Eisenhower Library der Johns Hopkins University in Baltimore, Md., und der Library of Congress in Washington, D. C. (an deren Arbeitsatmosphäre ich besonders gerne zurückdenke) gesammelt.

² Vgl. z. B. W. H. Allen, Efficient Democracy, N. Y. 1907, S. VII.

³ C. G. Fenwick, Democracy and Efficiency – Lessons of the War, in: American Political Science Review (= APSR) 14 (1920), S. 565–586, hier 566.

in der Forschung gefunden, doch ist die Bedeutung und Funktion der Orientierung an anderen Ländern, besonders an Deutschland, bisher nicht beachtet worden. Der Schwerpunkt lag auf den Reformansätzen selbst, also dem institutionellen Aspekt, und auf der Frage nach ihren sozialen Trägern und in ihnen sich manifestierenden Interessen.⁴ Die Argumentationen der Reformer wurden vernachlässigt, und vielleicht ist dies auch der Grund dafür, daß der oben angedeutete fundamentale Einstellungswandel – nicht nur zu Deutschland, sondern zum Problem des *municipal government* überhaupt – bisher schlichtweg übersehen worden ist.⁵ Hier geht es also darum, anhand der Orientierung an Deutschland den Diskurs der Reformer systematisch zu untersuchen. Ich werde sogleich anzudeuten versuchen, worin ich die Bedeutung einer solchen Arbeit über den engeren Gegenstand hinaus sehe.

In einem einflußreichen Aufsatz hatte sich Samuel Hays 1964 von einer »ideologischen« Betrachtung der Reformen abgegrenzt und sie konsequent von ihren sozialen Trägern und Interessen her zu interpretieren versucht: als »Mittel, mit dessen Hilfe Geschäftsmänner und *professionals* Zugang zu inneren Regierungskreisen gefunden haben«.⁶ Diese Deutung hat Schule gemacht⁷ und ist zweifellos wichtig, doch neigt sie oft zu einem allzu funktionalistischen Bild der Reformen. Der nationale Diskurs über Regierung und Verwaltung der Städte, dessen Teilnehmer nicht *businessmen*, sondern v. a. Intellektuelle sind, denen man unmittelbare Machtinteressen meist nur schwer unterstellen kann, wird vernachlässigt. Es gab, so meine These, eine Dynamik der Argumente, die nicht in »materiellen« Interessen aufgeht, sondern genuin auf politische Überzeugungen und Traditionen zurückgeführt werden muß.

Wissenschaftler in erster Linie, besonders Politikwissenschaftler, beteiligten sich an der Debatte, daneben Publizisten und Journalisten, aber nur wenige *professionals* aus der städtischen Verwaltung oder aktive Kommunalpolitiker. Zitationsketten und teilweise auch organisatorischer Zusammenhalt – in der Bindung an bestimmte Vereinigungen oder Publikationsorgane – belegen die Geschlossenheit dieses Diskurses, dessen Zusammenhang schon den Zeitgenossen sehr bewußt war. Eine spezielle Diskussion über deutsche Städte gab es aber nicht, auch war Deutschland nicht der

⁴ Vgl. z. B. K. Fox, *Better City Government. Innovation in American Urban Politics 1850–1937*, Philadelphia 1977; M. J. Schiesl, *The Politics of Efficiency. Municipal Administration and Reform in America 1880–1920*, Berkeley 1977.

⁵ M. J. Schiesl (s. A 4) sieht eine direkte Kontinuität zum New Deal der 1930er Jahre. Siehe auch J. C. Teaford, *The Twentieth-Century American City. Problem, Promise, and Reality*, Baltimore 1986.

⁶ S. Hays, *The Politics of Reform in Municipal Government in the Progressive Era*, in: *Pacific Northwest Quarterly* 55 (1964), S. 157–169, hier 167.

⁷ Vgl. neben Schiesl u. a. die enorm einflußreichen Bücher von R. Wiebe, *The Search For Order 1877–1920*, N. Y. 1967 und P. Boyer, *Urban Masses and Moral Order in America 1820–1920*, Cambridge, Mass. 1978; sowie spezieller R. Wiebe, *Businessmen and Reform. A Study of the Progressive Movement*, Cambridge, Mass. 1962.

einzigste Bezugspunkt in Europa, doch ist es für die Reformappelle wichtiger und typischer als Bezüge auf England oder Frankreich. Und wenngleich hier Haupttendenzen der Argumentation herausgearbeitet werden, muß doch betont werden, daß es eine absolute Einheitlichkeit nicht gab: Immer wieder wurde auch eine »untypische« Meinung geäußert, und Belege dafür sollen nicht verschwiegen werden. Ohnehin war es in vielem eher ein Zustand des Suchens als der Gewißheit.

Gesucht wurde, so meine ich, nach den richtigen Konzepten von Demokratie und von einer guten und vernünftigen Regierung. Wir neigen zu sehr dazu, »Demokratie« als eine eindeutig definierte Kategorie zu nehmen und übersehen dabei, daß die Zeitgenossen um ihr richtiges Verständnis mühsam gerungen haben. Urbanisierung und rapide wirtschaftliche Entwicklung hatten um 1900 in den USA zu einer Krise des traditionellen Demokratiekonzepts geführt, und so richtete sich der Blick vorübergehend nach Deutschland, das als ebenfalls, aber in anderer Weise, demokratisch gesehen wurde. Das deutsche Verständnis von Demokratie wurde eine Zeitlang gewissermaßen diskursiv erprobt, bis man dann doch zum amerikanischen zurückkehrte. Ich möchte, etwas plakativ, die amerikanische Konzeption »Partizipationsdemokratie«, die deutsche »Versorgungsdemokratie« nennen. Was damit gemeint sein soll, werden wir noch sehen. Die Orientierung an Deutschland ermöglichte konkrete institutionelle Reformen – die hier nicht untersucht werden –, aber sie barg auch, wie sich herausstellte, Gefahren für das Selbstverständnis der amerikanischen Demokratie. Einer enthusiastischen Zustimmung zu den Leistungen der deutschen Städte folgte deshalb eine ebenso vehemente Distanzierung und Rückbesinnung auf die Traditionen des amerikanischen politischen Denkens.

Die Untersuchung der Wahrnehmung eines Landes durch ein anderes hat damit eine weitere Bedeutung: Sie ermöglicht einen indirekten Vergleich zwischen zwei Nationen. Insofern ist dies auch ein Beitrag zum Vergleich der politischen Kultur in Deutschland und Amerika. Gewiß ist die Wahrnehmung der amerikanischen Zeitgenossen zwischen 1900 und 1915, aber auch danach, verzerrt gewesen, aber es kann trotzdem im Hinblick auf die politisch-soziale Struktur des Kaiserreichs zu denken geben, wenn immer wieder die Modernität Deutschlands herausgestellt wurde, Demokratie und Freiheit, wenn auch in einer spezifischen Weise, dort gesehen wurden oder von »Bürger-Deutschland«⁸ die Rede war. In der Krise der amerikanischen Demokratie in den Städten spiegelt sich somit die gesplante Modernität Deutschlands im Kaiserreich.

⁸ P. Geddes, *Cities in Evolution. An Introduction to the Town Planning Movement and to the Study of Civics*, London 1915, S. 183.

II

Bereits Ende der 1880er Jahre beschäftigte sich Frank Goodnow, Professor an der New Yorker Columbia University, ausführlich mit der Struktur der Kommunalverwaltung in Preußen.⁹ Nüchtern und distanziert beschrieb er dem amerikanischen Leser ihre Entstehung und Entwicklung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, vor allem normative Zustände referierend. Ein Vorbild für die USA konnte er darin nicht sehen. Mehr noch, nicht einmal ein Vergleich erschien ihm sinnvoll: »Das ist die allgemeine Organisation der preußischen Städte. In der fundamentalen Frage der Repräsentation unterscheidet sie sich so radikal von der unserer Städte, daß jeder Vergleich der beiden Systeme nutzlos wäre.« Damit bezog er sich vor allem auf das kommunale Dreiklassenwahlrecht. Politische Partizipation abgestuft nach Vermögen – das schien ihm völlig unakzeptabel. Effiziente Verwaltung oder kommunale Leistungen waren nicht einmal ein Thema.

Wenig später, Mitte der 90er Jahre, tauchte der Begriff der *efficiency* in Beiträgen über Stadtverwaltung allmählich auf. Doch war es zunächst noch nicht ein sehr bewußt eingesetzter Begriff; einen »Jargon der Effizienz« gab es noch nicht. »Good government« und »effective self-government« durch Autonomie vom Staat und breite Partizipation standen im Vordergrund.¹⁰ Zugleich verstärkten sich die Bezüge auf europäische Städte, doch waren es hier vor allem England und Schottland, die die Amerikaner interessierten.¹¹ Wieder zehn bis fünfzehn Jahre später standen der Effizienzbegriff und andere Leitwörter auf dem Höhepunkt ihrer Karriere, und die deutschen Städte hatten als Verkörperung dieser Effizienz eine Vorbildfunktion übernommen. In der *National Municipal Review*, seit 1912 ein Hauptverfechter effektiverer Stadtverwaltung, bemerkte Clinton Woodruff: »Bestimmte neue Begriffe sind in den letzten sechs Jahren in die Diskussion kommunaler Probleme eingeführt worden, die durchaus als wichtige Zeichen für Veränderungen angesehen werden müssen. Diese drei Begriffe sind: Einfachheit, Öffentlichkeit und Effizienz.«¹²

Woodruff schrieb hier als Sekretär der *National Municipal League*, einer bereits 1894 gegründeten Vereinigung mit dem Ziel, »good government« durch Reformen in den amerikanischen Städten zu befördern. An den Mitgliederzahlen läßt sich ablesen, daß sie um 1900 und dann noch einmal 1910/11 einen Aufschwung erlebte, der das

gesteigerte Interesse an Reformen in der städtischen Politik widerspiegelt,¹³ so daß die *League* sich jetzt zur Publikation einer eigenen Zeitschrift, eben der *National Municipal Review*, entschloß. Der erste Jahrgang dieser Zeitschrift war ein einziges Loblied auf die Effizienz. Woodruff sprach von einer »Bewegung zur Erfüllung der modernen Forderung nach Effizienz«,¹⁴ und in der Tat: Komitees zur Steigerung der Verwaltungseffizienz wurden einberufen, Städte organisierten »Abteilungen für öffentliche Effizienz«.¹⁵

Fast jeder, der nun über Effizienz und »municipal reforms« sprach, erwähnte die deutschen Städte. »So wichtig Anständigkeit und Effizienz der deutschen Stadt sind, sind es doch die Größe der Perspektive, die Kühnheit der Ausführung und der weitsichtige Blick in die Zukunft, die am meisten erstaunen«, notierte Frederic Howe aus eigener Anschauung der deutschen Städte, wenn sich auch schon leise Kritik in die Bewunderung mischte: »Deutschland baut seine Städte wie Bismarck die Armee vollendet hat.«¹⁶ Neben Einzelpersonen wie Howe reisten auch Beauftragte von Städten wie der eingangs erwähnte Putnam, und ganze Gruppen begaben sich auf »politische und soziale Fahrten durch Europa« – nicht zuletzt Deutschland –, die in einer renommierten Zeitschrift wie der *American Political Science Review* angekündigt wurden.¹⁷

Was Deutschland so interessant machte, war schon die Tatsache seines schnellen Städtewachstums: Wenn die Probleme der amerikanischen Städte auf ihr rapides Wachstum zurückgeführt wurden, mußte interessieren, wie in einem vergleichbar schnell urbanisierenden Land diese Probleme gelöst wurden. So wurde darauf hingewiesen, daß das schnelle Wachstum der amerikanischen Städte immer wieder als Entschuldigung für »municipal shortcomings« gedient habe, und dageengehalten, daß Berlin, mit mindestens ebenso schnellem Wachstum und »unter ähnlichen oder sogar härteren Bedingungen«, erfolgreich sei.¹⁸ Worin dieser Erfolg gesehen wurde, wurde in typischer Weise etwa von Putnam zusammengefaßt: Der gute Ausbau der städtischen Versorgungsnetze für Wasser, Gas, Kanalisation und die Tatsache, daß diese Einrichtungen sich meist in städtischem Besitz befanden, war das eine; die Beobachtung, daß Stadtverwaltung in Deutschland von professionellen Experten

⁹ F. J. Goodnow, Local Government in Prussia, in: Political Science Quarterly (= PSQ) 4 (1889), S. 648–666; ebda. 5 (1890), S. 124–158; das folgende Zitat 155. – Vgl. auch ders., Comparative Administrative Law, 2 Bde., N. Y. 1893.

¹⁰ Vgl. *National Municipal League* (= NML), A Municipal Program. Report of a Committee of the National Municipal League, N. Y. 1900.

¹¹ J. C. Carter, President's Annual Address, in: Proceedings of the Second National Conference For Good City Government (im folgenden: NML-Proceedings), Philadelphia 1895, S. 261–303.

¹² C. R. Woodruff, Simplicity, Publicity, and Efficiency in Municipal Affairs, in: National Municipal Review (= NMR) 2 (1913), S. 1–10, hier 1.

¹³ Siehe *National Municipal League*, Report of the Survey Committee, N. Y. 1918, S. 30; das folgende Zitat 16. Zur Geschichte der NML, aber völlig unbefriedigend: F. M. Stewart, A Half Century of Municipal Reform, Berkeley 1950.

¹⁴ C. R. Woodruff, American Municipal Tendencies, in: NMR 1 (1912), S. 3–20, hier 8.

¹⁵ M. Gerf, Bureaus of Public Efficiency. A Study of the Purpose and Methods of Organization, in: NMR 2 (1913), S. 39–47, hier 47.

¹⁶ F. C. Howe, European Cities at Work, N. Y. 1913, S. 4.

¹⁷ Notiz in APSR 7 (1913), S. 107; – S. auch J. R. Mullen, American Perceptions of German City Planning at the Turn of the Century, in: Urbanism Past and Present 3 (1976/77), S. 5–15.

¹⁸ R. C. Brooks, Berlin's Tax Problem, in: PSQ 20 (1905), S. 665–695, hier 666; vgl. auch ders., The Sewage Farms of Berlin, in: PSQ 20 (1905), S. 298–313, 299; A. Shaw, Municipal Government in Continental Europe, N. Y. 1895, S. 290–296.

durchgeführt werde, ein zweiter Kernbereich des amerikanischen Interesses.¹⁹ Ein dritter Punkt wurde fast ebenso häufig hervorgehoben: die Autonomie der deutschen Städte, ihre Unabhängigkeit von staatlicher Leitung.

Wieweit dies der Realität in den deutschen Großstädten entsprach, sei hier erst einmal dahingestellt.²⁰ Auf jeden Fall korrespondierte dieses positive Bild einer Wahrnehmung des Versagens amerikanischer Städte. Seitdem Bryce in seinem Werk über den »American Commonwealth« 1888 »die Verwaltung der Städte ... das eine auffällige Versagen der Vereinigten Staaten« genannt hatte,²¹ war diese Kritik zum Topos geworden. Vor allem die Abhängigkeit der Städte vom Staat wurde beklagt und in diesem Sinne der amerikanischen »Staatsverwaltung« der Städte eine europäische »Selbstverwaltung« gegenübergestellt.²² Lincoln Steffens' bekanntes Buch »The Shame of the Cities« prangerte »misgovernment« und Korruption an und gipfelte in der skeptischen Frage, »ist Demokratie möglich?«²³

Genau dies war den Zeitgenossen tatsächlich ein Problem: ob und wie Demokratie unter den veränderten Umständen einer verstädterten Gesellschaft möglich sei. Kritik richtete sich auch auf die Herrschaft der Parteien in der kommunalen Politik; »Partei-System« und ein »wahres kommunales System« wurden für unvereinbar gehalten. Dorman Eaton verwies auf den unparteiischen Charakter städtischer Politik in Deutschland und fragte besorgt: »Sind die Amerikaner den Deutschen an Fähigkeit und Patriotismus unterlegen?«²⁴ Das amerikanische System krankte für ihn daran, daß es »übertrieben demokratisch« sei. Das drückte eine Unsicherheit aus, die in den folgenden Jahren noch stärker wurde: War die formal weniger demokratische Verwaltung durch Experten, wie man sie in den deutschen Städten beobachtete, vielleicht vorzuziehen, zumal sie imponierende Leistungen vorweisen konnte und die Demokratie der eigenen Städte ja doch nur in einer »despotischen« oder »autokratischen Verwaltung« entartete?

Jon Teaforde hat neuerdings argumentiert, das vielzitierte »auffällige Versagen« habe es gar nicht gegeben; die amerikanischen Städte seien schon vor 1900 außerordentlich leistungsfähig gewesen – auch im internationalen Vergleich und gerade mit Deutschland.²⁵ So wichtig es ist, ein oft fraglos übernommenes Interpretationskli-

schnee einmal zu überprüfen, kann damit doch die Wahrnehmung der ganz überwiegenden Mehrheit der Zeitgenossen²⁶ und die daraus resultierende Reformbewegung nicht erklärt werden.

Die Kritik an den eigenen Städten konnte sich zusätzlich aus der traditionellen amerikanischen Großstadtfeindschaft speisen, der Skepsis, ob die Stadt, auch in politischer Hinsicht, eine positive Errungenschaft sei.²⁷ Auch wenn die Reformer nach 1900 ein ganz überwiegend positives Bild von der großen Stadt und den durch sie gegebenen Möglichkeiten hatten, konnten sie sich von den traditionellen Bewertungsmustern doch oft nicht ganz freimachen. Obwohl er »Stadt« und »Demokratie« in Verbindung brachte, sah etwa ein Artikel in *Harper's Magazine* 1915 eine gewisse Wahrheit in der »moralischen Geringschätzung der Stadt«, die die ganze amerikanische Geschichte durchziehe.²⁸ Und der bereits erwähnte Frank Goodnow meinte, wegen der größeren Heterogenität der Bevölkerung begünstige städtisches Leben nicht die Entwicklung demokratischer Regierungsformen.²⁹ Wer kritisch mit der eigenen Tradition umging, und das taten in diesen Jahren relativ viele Amerikaner, konnte leicht einer Bewunderung für das unbefangene Bekenntnis der Deutschen zu einem starken Staat – und einer starken »Obrigkeit« auch im kommunalpolitischen Raum – erliegen: »Der Deutsche hat keine Vorurteile gegenüber Verwaltung; er betrachtet sie nicht als per se schlecht und ineffizient.«³⁰

Deshalb zielte Stadtkritik in den ersten anderthalb Dekaden des 20. Jahrhunderts nicht auf eine Rückkehr zum »Landleben«, sondern auf eine Stärkung der politischen Instrumente der Städte. Voraussetzung dafür war ihre Unabhängigkeit vom Staat, die in der *Home Rule*-Bewegung Ausdruck fand. Damit sollte dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß die Städte nur solche Vollmachten hatten, die ausdrücklich vom Staat zugestanden worden waren.³¹ Dieser »legalen Denkweise«, nach der die Stadt »bloße Schöpfung des Staates« sei, wurde eine »natürliche Denkweise« entgegengesetzt: Die Stadt müsse »unabhängiger Organismus« sein.³² Deutschland und andere europäische Staaten wiesen wiederum den Weg. »Die Verweigerung von Selbstverwaltung ist eine der vielen Anomalien unserer Politik. In einem Land, in dem alles auf

¹⁹ Vgl. F. Putnam (s. A 1), S. 9–19.

²⁰ Außerhalb der Staatsordnung standen die Städte jedenfalls nicht! Vgl. hier nur H. Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1969², S. 605–622; H. Matzerath, Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Stuttgart 1985, S. 347–353.

²¹ J. Bryce, The American Commonwealth, London 1888, Bd. 2, S. 281.

²² H. E. Deming, The Municipal Problem in the United States, in: NML-Proceedings, Philadelphia 1898, S. 53–70; vgl. ders., The Legislature in State and City, in: dass. 1897, S. 89–102; ganz ähnlich F. M. Loomis, Municipal Ownership, in: dass. 1896, S. 207–215, hier 214.

²³ L. Steffens, The Shame of the Cities, N. Y. 1904, S. 101.

²⁴ D. B. Eaton, The Government of Municipalities, N. Y. 1899, S. 11 u. 359; das folgende Zitat 356.

²⁵ Vgl. J. C. Teaforde, The Unheralded Triumph. City Government in America 1870–1900, Baltimore 1984.

²⁶ Anders dagegen (Leistungsfähigkeit der Städte schon vor 1900) J. A. Fairlie, Municipal Administration, N. Y. 1901, S. 92.

²⁷ Vgl. R. Hofstadter, The Age of Reform. From Bryan to F.D.R., N. Y. 1955, S. 23 f. u. pass. Hofstadter übertreibt allerdings die Städtefeindschaft der *progressive reformers*.

²⁸ W. E. Weyl, The Brand of the City, in: Harper's Magazine (= HM) 130 (1915), S. 769–775, hier 773.

²⁹ Vgl. F. J. Goodnow, Municipal Government, N. Y. 1902, S. 94.

³⁰ F. C. Howe, The German and the American City, in: Scribner's Magazine 49 (1911), S. 485–492, hier 491.

³¹ Vgl. D. L. Martin, Running City Hall. Municipal Administration in America, Birmingham, Ala. 1982, S. 11 f.

³² W. D. Foulke, Evolution in City Charter Making, in: NMR 4 (1915), S. 13–25, hier 14 f.; vgl. auch F. J. Goodnow, City Government in the United States, N. Y. 1904.

Demokratie beruht, ist kommunale Selbstverwaltung in vieler Hinsicht fast nicht existent.« Die deutsche Stadt dagegen hätte »mehr als Selbstverwaltung«: »Sie ist fast eine kleine Republik.«³³

Das *self-government* und die Autonomie der deutschen Städte wurden damit zweifelsohne stark überschätzt, zumal wenn aus der größeren Autonomie gleich auf eine demokratische Machtverteilung geschlossen wurde. Zwar übersahen die meisten nicht, daß auch das Reich und vor allem die Einzelstaaten ein Mitspracherecht in der städtischen Politik hatten, doch, so hörte man immer wieder, dürften Zentralisierung und Staatsabhängigkeit nicht überschätzt werden.³⁴ Die deutsche Staatsaufsicht sei jedenfalls »sehr verschieden von unserer Staatsaufsicht« und nur zum Vorteil der Städte. »Staatsaufsicht in Deutschland unterstützt die Städte und engt sie nicht ein.«³⁵

Wenn William Foulke, damals Präsident der *National Municipal League*, hier Deutschland unmittelbar zur Nachahmung empfahl, waren andere vorsichtiger, vor allem einige kluge Zeitgenossen, die erkannten, daß die Wurzeln der relativen Autonomie der Städte gerade nicht in einer modernen Konzeption demokratischer Selbstverwaltung lagen. Der alte Gedanke der Stadt als unabhängiger Republik sei in Deutschland noch lebendig; oder noch deutlicher und mit kritischem Unterton, »genug von der Idee des Feudalismus ist in Preußen geblieben«.³⁶ Der Hinweis auf diese prekären deutschen Traditionen blieb aber gerade zwischen 1900 und 1915 in auffälliger Weise aus – ob bewußt unterlassen oder nicht, kann heute nicht mehr entschieden werden.

Am erstaunlichsten vielleicht ist in diesem Zusammenhang, wie der undemokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts heruntergespielt wurde. Eine Erinnerung daran, daß deutsche Städte nicht auf demokratischer Basis, das heißt hier: durch allgemeine und gleiche Partizipation, regiert wurden, blieb die Ausnahme.³⁷ Die meisten sahen »gründliche Kontrolle durch das Volk«, »auf der Basis eines breiten Wahlrechts«,³⁸ auch und gerade im direkten Vergleich zu amerikanischen Städten. William Munro, renommierter Professor an der Harvard University, nannte das Wahlrecht »viel demokratischer, als man oft angenommen hat«³⁹ – eine Meinung, die er in den 1920er Jahren explizit widerrief, wie wir noch sehen werden.

³³ F. C. Howe (s. A 16) S. 256f.

³⁴ Vgl. R. C. Brooks, German Cities Under Pressure of War, in: NMR 4 (1915), S. 564–571.

³⁵ W. D. Foulke, Effective Municipal Government, in: NMR 1 (1912) S. 21–32, hier 21f.; F. C. Howe, The Modern City and Its Problems, N. Y. 1915, S. 129f.

³⁶ W. H. Dawson, Municipal Life and Government in Germany, London/N. Y. 1914, S. 437; F. J. Goodnow (s. A 9), S. 156; vgl. auch ders., Municipal Problems, N. Y. 1898/1911².

³⁷ Vgl. J. A. Fairlie (s. A 26), S. 119.

³⁸ E. D. Durand, Council Government versus Mayor Government, in: PSQ 15 (1900), S. 426–451, 675–709, hier 440; R. H. Dana, Democracy and Efficiency, in: Proceedings at the Annual Meeting of the National Civil Service Reform League in Philadelphia 1915, N. Y. 1915, S. 45–51, hier 47.

³⁹ W. B. Munro, The Government of European Cities, N. Y. 1909, S. 126.

Interessanterweise wurde neben dem *self-government* der deutschen Städte ein zweites Merkmal ihrer politischen Struktur hervorgehoben – und zwar von den gleichen Autoren –, das in einem gewissen Widerspruch zum ersten stand: die Verwaltung durch professionelle Experten. Dies war vielleicht derjenige Bereich, in dem sich die »Effizienz« für die amerikanischen Zeitgenossen am stärksten institutionell konkretisierte. Zwar besteht kein Zweifel mehr daran, daß eine auf der Basis dauerhaft angestellter Experten funktionierende kommunale Leistungsverwaltung auch in den amerikanischen Großstädten schon vor 1900 ein gutes Stück vorangekommen war, doch mit der explosionsartigen Vermehrung der deutschen Kommunalbürokratie im Kaiserreich war dies nicht zu vergleichen.⁴⁰ Die Überzeugung war deshalb allgemein: »Wenn Verwaltung effizient sein soll ..., muß es eine ständig zunehmende Verwendung technischer Experten geben.«⁴¹ Zwar hänge der kommunale Fortschritt vor allem vom »good citizenship« ab, aber er müsse auch zunehmend auf einem »permanenten Stab speziell ausgebildeter Beamter« beruhen.⁴²

Diese charakteristisch eingeschränkte Formulierung macht bereits deutlich, daß eine auf Experten beruhende Verwaltung – deren Einsetzung also nicht aus allgemeinen Wahlen, sondern aus einer Berufung allein aufgrund von spezieller Sachkompetenz und überlegener Leistung beruht – für die Amerikaner nicht nur ein technisches, sondern ein genuin politisches Problem darstellte: Das Expertensystem war der amerikanischen politischen Mentalität fremd, doch die Voraussetzungen, auf denen diese beruhte, hatten sich radikal geändert. William Foulke war einer derjenigen, die das bemerkenswert klar sahen. Die deutschen Städte wiesen hier für ihn den Weg; dort sei »city management« – der Begriff ist ebenfalls neu und bezeichnend, insofern er »city government« ablöst – eine Profession, ein Lebenszeitberuf. »Sogar spezielle Schulen gibt es dafür.«⁴³

Doch sah Foulke zugleich ein Problem, das deutlich macht, wie schwierig selbst für die radikalsten Reformer der Ablösungsprozeß von den traditionellen Idealen der direkten Demokratie war: »Wie sollen die Experten ausgewählt werden?«⁴⁴ Dafür, daß sie *nicht* direkt gewählt werden sollten, bot er eine lange und umständliche Rechtfertigung an. Auch andere bemühten sich zu zeigen, daß das auf Verdiensten beruhende System kein »Verlassen der fundamentalen Prinzipien der amerikanischen Politik«⁴⁵ bedeute. Aber Zweifel blieben. Auf keinen Fall, so Foulke, könne das

⁴⁰ Zu Amerika jetzt v. a. J. C. Teaforde (s. A 25), S. 132–173; zu Deutschland vgl. nur die Hinweise bei H. Matzerath (s. A 20), S. 353–357; J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985, S. 129ff.

⁴¹ C. L. King, The Appointment and Selection of Government Experts, in: NMR 3 (1914), S. 304–315, hier 304.

⁴² M. N. Baker, Municipal Engineering and Sanitation, N. Y. 1906, S. 7f.

⁴³ W. D. Foulke (s. A 32), S. 20.

⁴⁴ W. D. Foulke, Expert City Government, in: NMR 1 (1912), S. 549–561, hier 552.

⁴⁵ J. A. Fairlie, Essays in Municipal Administration, N. Y. 1908, S. 47.

deutsche System in jedem Punkte übernommen werden, vor allem das Amt des *mayor* müsse ein Wahlamt bleiben. Und er beendete sein vehementes Plädoyer für Expertenverwaltung in typisch amerikanischer Weise – sei es aus Überzeugung, sei es, um Gegnern der Reform nicht Anlaß für den Vorwurf des Abweichens von amerikanischen Grundprinzipien zu bieten, also aus taktischen Gründen: »Aber gute Stadtverwaltung kann nicht durch eine bloße Maschinerie produziert werden. Eine Stadt muß in ihren Leistungen von den Bürgern abhängig sein und nicht von irgendeiner Form von Verwaltung, sei es auch die beste der Welt.«⁴⁶

Bei genauem Hinsehen zeigt sich also, daß der Jargon der Effizienz selbst auf seinem Höhepunkt mit Einschränkungen versehen war, daß Deutschland zwar das formal »beste« Verwaltungssystem haben mochte, aber ein umstandsloser Import schwer möglich erschien. Viele versuchten, einen Mittelweg zu finden, »Ineffizienz einerseits und Bürokratie andererseits zu vermeiden«⁴⁷ – eine Sensibilität, nebenbei bemerkt, die in Deutschland zur gleichen Zeit sicher eher die Ausnahme als die Regel war. Zahlreiche Begründungen wurden eingeführt, die Expertenverwaltung und Demokratie als vereinbar erscheinen oder sogar als einander bedingend erscheinen lassen sollten: Die typisch amerikanische Vermengung von Administration und Repräsentation sollte schärfer differenziert werden, lautete ein Vorschlag; ein anderer wollte die kommunale Bürokratie unter ständige Aufsicht von Laien gestellt wissen.⁴⁸

Doch waren die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts zugleich fasziniert vom Aufstieg von Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft. Der rasante Bedeutungsanstieg von Wissenschaft, Technologie und organisierter Planung in der Großindustrie führte viele Amerikaner dazu, diese Methoden auch auf den politischen Bereich übertragen sehen zu wollen,⁴⁹ und auch diese Topoi treten in der Perzeption deutscher Städte besonders klar hervor. Hielt man sich selbst schon für ein vom Geist der Wissenschaft besonders stark durchdrungenes Volk, fühlte man sich von Deutschland doch noch übertroffen. Schon relativ früh bemerkte Albert Shaw im Hinblick auf Verwaltung und kommunale Leistungen der Städte, »die Deutschen scheinen mehr wissenschaftlichen Geist und wissenschaftliche Methoden zu haben als andere Völker«, sie hätten »die Angewohnheit, gründlich zu sein«. Doch sparte er sich auch den kritischen Hinweis nicht, das kommunale Leben in Deutschland sei auf Wissenschaft

»reduziert« worden.⁵⁰ Frederic Howe pries am Beispiel Düsseldorfs die »wissenschaftliche Effizienz« deutscher Städte, wo alles »System, Wissenschaft, Ordnung« sei.⁵¹ Das Gefühl, die Politik in den eigenen Städten sei korrupt, spielte eine große Rolle bei solchen Gegenüberstellungen. Stadtverwaltung in Deutschland sei eine Wissenschaft und kein »politischer Fußball«, war Howes Fazit.

Ganz ähnlich wurden Politik und *business* kontrastiert. Das Wachstum der Städte habe zu neuen Anforderungen geführt, denen dadurch entsprochen werden sollte, städtische Politik »gemäß anständiger Geschäftsmethoden« durchzuführen. Diese Methoden existierten in deutschen Städten angeblich schon, während in Amerika noch »verschwenderische politische Methoden« herrschten.⁵² Obwohl die Amerikaner sich gerne als »business people« apostrophierten, mußten sie zugeben, daß die deutschen, aber auch die englischen Städte »sogar noch geschäftsmäßiger« organisiert waren.⁵³ Die Anwendung dieser Prinzipien auf die eigenen Städte konkretisierte sich im sog. *commission manager movement* zu Beginn des 20. Jahrhunderts.⁵⁴ Die Grundidee war, politische Macht in der Stadt zu zentralisieren und zu effektivieren, indem die durch Konflikte der Wahlbezirke, der »wards«, dominierte und dadurch zersplitterte Machtverteilung in einem kleineren Gremium von »Ratsherren« konzentriert würde. Auch hier hatte man sich mit Einwänden auseinanderzusetzen: Die *commissioners* würden eine Oligarchie, wenn auch eine gewählte, bilden, und das sei »kein Regierungssystem, das mit amerikanischen Idealen übereinstimmt«.⁵⁵ Die Befürworter argumentierten dagegen, das *commission government* sei zwar »ein Verlassen der Formen kommunaler Demokratie«, aber nicht »des Geistes«⁵⁶ – und verwiesen auf die erfolgreichen deutschen Städte: »Wende das Berliner System auf New York an, und du erhältst Berliner Ergebnisse.«⁵⁷

Dabei war die Nähe des *commission government* zur deutschen Stadtverfassung nicht sehr groß. Viel auffälliger ist die Verwandtschaft im Falle des *manager government*-Systems, einer Reformkonzeption, die ebenfalls noch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und in ganz bewußter Anlehnung an die deutsche Bürgermeisterverfassung geschaffen worden war. Oswald Ryan vom *Department of Government* der Harvard University überschrieb ein Kapitel über das *manager government* mit »The

⁴⁶ W. D. Foulke (s. A 44), S. 559.

⁴⁷ A. L. Lowell, Permanent Officials in Municipal Government, in: NML-Proceedings, Philadelphia 1908, 215–222, hier 218.

⁴⁸ Vgl. T. H. Reed, Government for the People, N. Y. 1915, S. 196; O. Ryan, Municipal Freedom. A Study of the Commission Government, Garden City, N. Y. 1915, S. 61 f.

⁴⁹ Vgl. S. Haber, Efficiency and Uplift. Scientific Management in the Progressive Era 1890–1920, Chicago 1964; S. Hays, Conservation and the Gospel of Efficiency. The Progressive Conservation Movement 1890–1920, Cambridge, Mass. 1959; D. F. Noble, America by Design. Science, Technology, and the Rise of Corporate Capitalism, N. Y. 1977.

⁵⁰ A. Shaw (s. A 18), S. 290 u. 330.

⁵¹ F. C. Howe, Düsseldorf, A City of Tomorrow, in: Hampton's Magazine 25 (1910), S. 697–709, hier 698 u. 705; das folgende Zitat 708.

⁵² So D. B. Eaton (s. A 24), S. 13 u. 362.

⁵³ J. Martin, Business Thrift in American and European Cities, Especially with Respect to Franchises, in: NML-Proceedings, Philadelphia 1905, S. 154–169, hier 154 ff.

⁵⁴ Vgl. allg. B. R. Rice, Progressive Cities. The Commission Government Movement in America, Austin 1977.

⁵⁵ A. Wilcox, Popular Arguments against the System, in: C. R. Woodruff (Hrsg.), City Government by Commission, N. Y. 1911, S. 143–165, hier 148.

⁵⁶ O. Ryan (s. A 48), S. 92 f.

⁵⁷ F. E. Chadwick, The Newport Plan, in: C. R. Woodruff (s. A 55), S. 187–210, hier 193.

Coming of the Burgomaster«.⁵⁸ Die deutschen Bürgermeister, besonders die Oberbürgermeister von Großstädten wie Berlin, Frankfurt am Main oder Düsseldorf, hatten unter den amerikanischen Reformern große Beachtung gefunden: Ihr relativ »unpolitischer« Charakter, ihre Fachschulung und ihre Berufung unabhängig vom Herkunftsort wurden immer wieder als beispielhaft gelobt. Der undemokratische Charakter ihres Amtes wurde dagegen selten genannt. »Das deutsche Modell«, notierte Clinton Woodruff anerkennend, »beinhaltet die Wahl des Bürgermeisters unabhängig von politischer Partei, Herkunft oder irgend etwas anderem, das nicht mit Leistung und Verdienst zusammenhängt« – Grundsätze, die er auch in amerikanischen Städten allmählich vordringen sah.⁵⁹ Das *manager government* versuchte dem zu entsprechen, doch blieben seine Erfolge auf wenige und zumeist kleinere Städte begrenzt. Der Bürgermeister konnte nur so lange als »heutiger Meister der Stadtverwaltung«⁶⁰ gelten, wie Effizienz andere Maßstäbe einer guten Politik verdrängen konnte.

III

Hatten Selbstverwaltung und Expertensystem der deutschen Städte für die amerikanischen Zeitgenossen unmittelbar auf Probleme der eigenen politischen Organisation verwiesen, gab es auch einen Aspekt deutscher Städte, der zunächst einmal in ästhetischen Kategorien gefaßt zu werden versucht wurde: ihre Schönheit und Ordnung, die vor allem auf umfassende Planung zurückgeführt wurden. Stadtplanung ist immer eine kollektive Anstrengung, jedenfalls in ihrem Ziel. Sie soll individuelle Bestrebungen koordinieren und auf das Wohl der Gemeinschaft hin formen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß Stadtplanung in der so individualistisch geprägten Gesellschaft der USA sich bis heute nicht leicht durchsetzen kann. Doch unter dem Einfluß der *progressive reformers* konnte sie an Einfluß gewinnen,⁶¹ weil deren Perspektive sich vom radikalen Individualismus jedenfalls teilweise auf eine Orientierung am Kollektiv verschob. »In vieler Hinsicht ist Stadtplanung die erste bewußte Anerkennung der Einheit der Gesellschaft. Sie bedeutet die Vergesellschaftung von Kunst und Schönheit und die Kontrolle der unbeschränkten Rechte des Individuums.«⁶² Von hier war es kein weiter Weg mehr bis zu der Feststellung, daß umfassende Planung nur bei einem

⁵⁸ O. Ryan (s. A 48), S. 94; H. G. James, *The City Manager Plan, The Latest in American City Government*, in: APSR 8 (1914), S. 602–613.

⁵⁹ C. R. Woodruff (s. A 12), S. 8 ff.; vgl. auch J. T. Bishop, *The Bürgermeister, Germany's Chief Municipal Magistrate*, in: APSR 2 (1907/08), S. 396–410; R. T. Ely, *The Coming City*, N. Y. 1902.

⁶⁰ J. Martin (s. A 53), S. 160.

⁶¹ Vgl. allg. M. Scott, *American City Planning Since 1890*, Berkeley 1969.

⁶² F. C. Howe, *The Remaking of the American City*, in: HM 127 (1913), S. 186–197, hier 186 f.

gewissen Maß an öffentlicher Kontrolle von Privateigentum möglich war, die in den amerikanischen Städten fehlte – im Gegensatz zu den deutschen.⁶³

Von daher resultierte das große Interesse der Städtereformer am deutschen »Munizipalsozialismus«, und seit 1900 waren sie zunehmend bereit, ihn als vorbildhaft für die eigenen Städte zu sehen. Noch 1896 hatte sich Frank Loomis zwar auf der *National Conference for Good City Government* der *National Municipal League* gegen die kommunale Kontrolle von Land und Infrastruktureinrichtungen ausgesprochen und dabei den deutschen Munizipalsozialismus als undemokratisch abqualifiziert, europäisches Vorbild war für ihn eher Frankreich.⁶⁴ Und auch später dominierten, wenn es um die konkrete Einführung des Systems in amerikanischen Städten ging, die vorsichtig-abwägenden Stimmen: Dies müsse nach den Bedingungen jeder einzelnen Stadt entschieden werden.⁶⁵ Doch der Charakter des Munizipalsozialismus als umfassende städtische Sozialpolitik wurde anerkannt und prinzipiell begrüßt. »Die deutsche Meinung hat eine klare Konzeption von der Gemeinde als Organisation für wirtschaftliche und soziale Ziele«. »Es ist Aufgabe der Gemeinde, ihre eigene Wohlfahrt und die ihrer Bürger in jeder möglichen Weise zu befördern«, und er vergaß auch nicht hervorzuheben, daß dies von »Sozialismus« sorgfältig zu unterscheiden sei, eine Bemerkung, die dem Abbau der Skepsis der an dieser Stelle besonders empfindlichen Amerikaner gedient haben mag.⁶⁶

Es waren vor allem vier Aspekte des »Munizipalsozialismus«, die immer wieder hervorgehoben wurden: der städtische Besitz der Ver- und Versorgungsnetze sowie der Massenverkehrsmittel (– in amerikanischen Städten meist über *franchises* an private Unternehmer vergeben –); die Schaffung öffentlicher kultureller Einrichtungen wie Opernhäuser oder Ausstellungsgebäude; ferner der öffentliche Besitz bzw. die Kontrolle von Boden in und außerhalb der Stadt, was aus der Sicht des amerikanischen Eigentumsverständnisses als »der bemerkenswerteste Fall des Eindringens der Stadtverwaltung in einen Bereich, der nach unserer Auffassung ganz dem privaten Unternehmertum vorbehalten ist«⁶⁷ gelten mußte; und schließlich die städtische Finanzwirtschaft und hier besonders das Steuersystem. Immer wieder wurde über die Wertzuwachssteuer auf Landbesitz geschrieben, die Bodenspekulation eindämmen sollte.⁶⁸ Diese Steuer wurde positiver beurteilt, als man vielleicht zunächst annehmen

⁶³ Vgl. ebda., S. 195.

⁶⁴ F. M. Loomis (s. A 22), S. 214.

⁶⁵ Vgl. z. B. J. A. Fairlie (s. A 45), S. 262–274; E. J. Levey, *Municipal Socialism and Its Economic Limitations, with Special Reference to Conditions in New York City*, in: PSQ 24 (1909) S. 23–56.

⁶⁶ A. Shaw (s. A 18), S. 322 f.; vgl. allg. auch E. J. James, *Municipal Administration in Germany, as seen in the Government of a typical Prussian City*, Halle a/S., Chicago 1901.

⁶⁷ W. D. Foulke (s. A 35), S. 29.

⁶⁸ Vgl. etwa E. Roberts, *Monarchical Socialism in Germany*, N. Y. 1913, S. 109–115; J. Martin, *The Unearned Increment in Cities*, in: NML-Proceedings 1910, S. 346–352; vgl. dazu H. Lindemann, *Art. Wertzuwachssteuer*, in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 4, Jena 1924, S. 473–482; sowie allg. W. R. Krabbe, *Kommunalpolitik und Industrialisierung*, Stuttgart 1985.

sollte, da die meisten Amerikaner sich eine Skepsis gegenüber einem Kapitalismus, der nur auf Spekulationsgewinnen aufbaute, bewahrt hatten und die Wertzuwachssteuer insofern dem Ideal des Kleinproduzentenkapitalismus der Ära Jacksons entsprechen konnte. Es wurde aber auch generell anerkannt, daß die deutschen Städte in der Lage seien, den wachsenden Finanzbedarf »zur Durchführung ihrer sozialen Reformpolitik« zu decken.⁶⁹

Der starke, manchmal überragende Stellenwert, den all diese Themen in der amerikanischen Reflexion über deutsche Städte hatten, macht die – vorübergehende – Anziehungskraft eines »kollektivistischen« Denkens deutlich. Einige sprachen von »pervertierten Begriffen von Individualismus und privatem Unternehmertum« oder kritisierten den »übertriebenen Individualismus« Amerikas.⁷⁰ Das öffentliche Wohl sollte vor dem Druck von Privatinteressen in Schutz genommen werden.⁷¹ Soziale und Versorgungsfunktionen der Kommune konnten so manchem wichtiger erscheinen als allgemeine Partizipation und demokratische Selbstverwaltung, die ja in den deutschen Städten nur höchst unvollkommen gegeben waren. Mehr noch, Demokratie konnte sich dann nicht nur als »Partizipationsdemokratie«, sondern auch als »Versorgungsdemokratie«, in der gleichen Versorgung aller, erfüllen.

Die traditionelle amerikanische Definition von Gleichheit meint Rechts- und Chancengleichheit. Doch das genügte zu Beginn des 20. Jahrhunderts einigen nicht mehr: Sozialökonomische Gleichheit trat als Ziel daneben, und in den deutschen Städten sah man sie, wenn nicht verwirklicht, so doch ein gutes Stück vorangekommen. Schon 1890 hatte Frank Goodnow an den preußischen Städten den Versuch hervorgehoben, der Allgemeinheit »den Nutzen der öffentlichen Tätigkeit der wohlhabenden Bürger« zukommen zu lassen,⁷² und immer wieder wurde danach der breite gesellschaftliche Konsens über den Munizipalsozialismus als beispielhaft gewürdigt. Die deutsche Gesellschaft, wie sie sich in ihren Städten spiegelte, verhielt den Amerikanern eine Einheit, die ihnen selbst durch Industrialisierung und soziale Differenzierung abhanden gekommen war. Henry Adams stellte die Lebenserfahrung des Übergangs von »unity« zu »multiplicity« exemplarisch in seinen Werken dar.⁷³

Besonders die Bereitschaft des Wirtschaftsbürgertums, für die Versorgung der Bevölkerung Opfer in Form hoher Steuersätze zu bringen und sich für das Wohl der

⁶⁹ R. C. Brooks (s. A 18), S. 665.

⁷⁰ K. F. Geiser, German Municipal Socialism as Illustrated By Ulm, in: NMR 1 (1912), S. 355–363, hier 360; F. C. Howe (s. A 35), S. 368.

⁷¹ Vgl. A. Shaw, Problems of American Development, N. Y. 1907, S. 29; vgl. dazu D. T. Rodgers, In Search of Progressivism, in: Reviews in American History 10 (1982), S. 113–132, der die »language of social bonds« als eine von drei »languages of progressivism« sieht.

⁷² F. J. Goodnow (s. A 9), S. 156f.

⁷³ Vgl. H. Adams, The Education of Henry Adams. An Autobiography, Boston (1918) 1946; ders., Mont-Saint-Michel and Chartres, Boston 1904; vgl. auch J. Higham, Hangin' Together: Divergent Unities in American History, in: Journal of American History 61 (1974), S. 5–28.

Stadt einzusetzen wie für die »privaten Geschäftssachen«, beeindruckte und wurde dem »egoistischen Geschäftsgeist« der eigenen Oberschicht gegenübergestellt.⁷⁴ Stauend stellte man etwa bezüglich des Preußischen Kommunalabgabengesetzes von 1893 fest, daß Finanzminister v. Miquel Städte als »vorwiegend wirtschaftliche Verbände« bezeichnet hatte, damit aber etwas geradezu gegensätzliches zu der vielgehörten amerikanischen Phrase »municipal government is business, not politics«, gemeint sein sollte: »Denn während wir bei uns manchmal das Argument hören, städtische Politik sollte von Geschäftsleuten, mit ihren Methoden und in ihrem Interesse, betrieben werden, war v. Miquels Schlußfolgerung, daß Geschäftsleute als Hauptnutznießer der städtischen Verwaltung auch den größten Beitrag zu ihrer Finanzierung leisten sollten.«⁷⁵ Der paternalistische Charakter der deutschen kommunalen Sozialpolitik wurde zwar vermerkt, stand der positiven Beurteilung aber nicht im Wege, und sogar dem deutschen Militarismus wurde bescheinigt, daß er Früchte trage in Form einer besonderen »Bürgertugend«: »Unsere eigene kommunale Erziehung ist noch nicht so weit gekommen.«⁷⁶

Die Anerkennung Deutschlands ging an dieser Stelle über die der Städte hinaus; sie weitete sich zum Topos des »monarchischen Sozialismus« oder »Staatssozialismus«, der sowohl die Ambivalenz im amerikanischen Denken jener Zeit als auch die ambivalente Modernität Deutschlands im Kaiserreich deutlich werden läßt. Die Darstellung dieses »Staatssozialismus« und die Wahrnehmung Deutschlands überhaupt konzentrierte sich oft auf seine dynamischen sozioökonomischen Aspekte und vernachlässigte die starre, autoritäre Herrschaftsstruktur im Reich und in den Einzelstaaten.⁷⁷ In einer Empfehlung zur Nachahmung gipfelte die Anerkennung Deutschlands aber dennoch ganz überwiegend nicht. Immerhin war es ungewöhnlich genug, etwa Wilhelm II. als Demokraten zu bezeichnen: »Kaiser Wilhelm, Demokrat und Monarchist. Als Demokrat lebt der Kaiser geistig inmitten der fortschrittlichen Gedanken der Zeit... Er begrüßt die Verteilung von Reichtum und Ideen und führt den Sozialismus der Krone an, der Deutschland wirtschaftlich umgestaltet. Als Monarchist verteidigt er hartnäckig Privilegien, rühmt die Dienste der Hohenzollern für Deutschland und widersteht fast unbeweglich jenen, die seine ererbten Rechte teilen möchten.«⁷⁸

⁷⁴ F. C. Howe (s. A 16), S. 143; ders. (s. A 51), S. 709; s. auch ders., City Building in Germany, Boston 1911; ähnlich E. D. Durand (s. A 38), S. 449.

⁷⁵ R. C. Brooks (s. A 18), S. 670f.; vgl. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1893, Nr. 21, S. 152–184.

⁷⁶ W. D. Foulke (s. A 35), S. 31f.

⁷⁷ Vgl. z. B. W. H. Dawson, Bismarck and State Socialism. An Exposition of the Social and Economic Legislation of Germany since 1870, London 1890; ders., The Evolution of Modern Germany, London/N. Y. 1908; ders., Industrial Germany, London 1913.

⁷⁸ E. Roberts (s. A 68), S. 116.

»Zweifaches Deutschland« – auf diesen Begriff konnte diese Ambivalenz gebracht werden. Deutschland werde von einer Oligarchie beherrscht, aber diese sei demokratisch gesinnt. Es gebe in Deutschland nicht weniger Freiheit als in Amerika, sondern eine andere Art Freiheit, und der »wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit« wurde die »politische und persönliche Gleichheit« gegenübergestellt.⁷⁹ Dahinter verbirgt sich genau das, was wir oben mit »Versorgungs-« und »Partizipationsdemokratie« zu bezeichnen versucht haben. Das »zweifache Deutschland« spiegelte hier gewissermaßen nur eine zweifache Seele Amerikas. Doch die Anerkennung der deutschen Art von Demokratie war labil. Deutschland war »ultra-modern«, doch zugleich ersetzte es Selbstverwaltung durch »Polizeihererschaft«.⁸⁰ Hier schlug die Zustimmung wieder in Distanzierung um. »Als eine Nation denken und handeln wir immer noch in den Begriffen eines früheren Zeitalters, genau wie die Deutschen.« »Wir jedoch denken in Begriffen der Pionier-, sie in solchen der Feudalgesellschaft.«⁸¹ In der Tat, Amerika begann, jedenfalls diskursiv, eine Rückkehr zu seinen Ursprüngen.

Doch bevor wir darauf im nächsten Abschnitt näher eingehen, wollen wir uns noch einmal kurz systematisch vergewissern, wie in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts das neue Konzept der Effizienz zum Begriff der Demokratie in Beziehung gesetzt wurde und in welcher Weise Demokratie und »good government« selbst definiert worden sind.

Denn »Demokratie«, so viel ist schon deutlich geworden, blieb in der Diskussion der Reformen ein ganz entscheidender Bezugspunkt, der von »Effizienz« oder anderen Kategorien nie verdrängt wurde; wohl aber wurde er im Verhältnis zu den neuen Leitbegriffen neu zu bestimmen versucht. In der rückblickenden Perspektive ist das ganz deutlich, während manche Zeitgenossen durchaus den Eindruck gewannen, bei ihren Landsleuten würde das Interesse an demokratischer Regierung nachlassen. Aber wenige Jahre später hatte der Ruf nach Effizienz seine Überzeugungskraft verloren. Dennoch: Die Wahrnehmung des hohen Ranges von Effizienz als politischem Leitwert wirft ein Licht auf die Vehemenz und die geradezu revolutionäre Neuartigkeit, die diese intellektuelle und politische Bewegung für die amerikanischen Zeitgenossen gehabt haben muß.

Einen Konflikt zwischen Demokratie und Effizienz mußte es deshalb nicht unbedingt geben: Die eigentliche Spannung, so wurde argumentiert, bestehe zwischen Demokratie und der vielkritisierten, ineffizienten und korrupten Maschinerie der Städte. So gesehen, konnte Demokratie sich gerade durch Effizienz erfüllen, jedenfalls aber mit dieser koexistieren. Davon war zum Beispiel Richard Dana überzeugt, damals Präsident der *National Civil Service Reform League*, die sich bereits seit den

⁷⁹ F. C. Howe, *Socialized Germany*, N. Y. 1915, S. 1–7, 82–85; vgl. auch W. S. McNeill, Rez. von Howe, *Socialized Germany*, in: NMR 5 (1916), S. 684–685.

⁸⁰ R. H. Fife, *The German Empire Between Two Wars*, N. Y. 1916, S. VII u. 292.

⁸¹ F. C. Howe (s. A 79), S. 81.

1880er Jahren und nicht nur im kommunalpolitischen Raum für Expertenverwaltung einsetzte.⁸² »Der Glaube, daß Demokratie Ineffizienz bedeutet und bedeuten muß, ist weit verbreitet«, meinte er. »In ihrer Verzweiflung drängen manche auf den Selbstmord der Demokratie und die Geburt eines Reiches, weil sie nur eine Wahl zwischen Freiheit und Stärke sehen. Aber ich bin überzeugt, was wir brauchen, ist nicht der Verlust von Freiheit, sondern ihre Partnerschaft mit Expertenverwaltung.«⁸³

Diese Partnerschaft wurde auch allgemein für möglich gehalten, allerdings unter der Voraussetzung, daß den veränderten Bedingungen nicht mehr angemessene Strukturmerkmale demokratischer Herrschaft in den Städten geändert würden. So wurde durchaus die gute Absicht anerkannt, mit der ein Jahrhundert zuvor das Montesquiesche Prinzip der Gewaltentrennung in den Stadtverfassungen verankert worden war, doch nunmehr führe es zu Ineffizienz und mache eine stärkere Zentralisierung erforderlich. »In früherer Zeit«, erinnerte Oswald Ryan an die Motive der Amerikanischen Revolution, »führte die Angst vor politischer Tyrannei zur Forderung nach Gewaltenteilung; heute läßt die Angst vor politischer Ineffizienz manche diesen Grundsatz bekämpfen.«⁸⁴ Die deutschen Städte waren in ihrer »harmonischen Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive«⁸⁵ Vorbild für ein vorsichtiges Abrücken von Montesquieu, das aber keinen Verzicht auf das demokratische Prinzip an sich implizieren sollte.

Den vielleicht besten Blick für die strukturellen Probleme, die für den – vermeintlichen oder realen – Konflikt zwischen Demokratie und Effizienz verantwortlich waren, bewies damals Leo Rowe, Professor für politische Wissenschaft an der *University of Pennsylvania*, in einem offenbar vielbeachteten Artikel für das noch junge *American Journal of Sociology*. Auch er wies auf die revolutionäre Tradition und ihren Niederschlag in der Kommunalverfassung hin. »Ein Minimum an Regierung und ein Maximum an individueller Freiheit waren die obersten Werte politischen Denkens und Handelns.«⁸⁶ Die Entstehung und das rapide Wachstum von großen Städten habe nun zu neuen Anforderungen an städtische Politik und Verwaltung geführt, doch die ungebrochene Herrschaft der politischen Ideen des 18. Jahrhunderts verhindere eine Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereichs. »Amerikanische

⁸² Vgl. F. M. Stewart, *The National Civil Service Reform League*, Austin 1929. Das folgende Zitat R. H. Dana (s. A 38), S. 45. Ähnlich A. L. Lowell, *Expert Administration in Popular Government*, in: APSR 7 (1913), S. 45–62.

⁸³ Belege für diese angebliche Meinung habe ich übrigens für die hier diskutierte Zeit nicht gefunden. Vielleicht drücken solche Äußerungen deshalb eher die eigene Befürchtung als die publizierte Meinung eines politischen Kontrahenten aus.

⁸⁴ O. Ryan (s. A 48), S. 98; vgl. auch ders., *The Commission Plan of City Government*, in: APSR 5 (1911), S. 38–56, hier 38 f.

⁸⁵ E. D. Durand (s. A 38), S. 685.

⁸⁶ L. S. Rowe, *The Relation of Municipal Government to American Democratic Ideals*, in: *American Journal of Sociology* (= *AJS*) 11 (1906), S. 75–84, hier 76; die folgenden Zitate ebda., S. 81 u. 78.

Städte sind noch organisiert, als wären sie die Kleinstädte und Dörfer von vor fünfzig Jahren.« Das war nun gewiß eine starke Übertreibung, der man aber doch ein Körnchen Wahrheit nicht absprechen konnte. Vor allen Dingen besaß sie offenbar eine relativ starke Überzeugungskraft in einer Zeit, in der industrielle und soziale Organisation, wie auch Rowe meinte, zu einer wachsenden Konzentration von Verwaltungsmacht neigten und zu einem parallelen Anstieg der Effizienz. Er nannte es eine Illusion, die doch nicht dauernd bewahrt werden könne, daß »durch eine magische Kraft die Politik von den Tendenzen abgeschirmt werden kann, die jeden anderen Bereich des Lebens unserer Nation bestimmen.« Die Macht der sozialökonomischen Verhältnisse schien die traditionellen politischen Ideale Amerikas zu zerreisen.

Ein Ausweg bestand, wie bereits angedeutet, in der Unterscheidung zwischen »government« und »administration« oder, was dasselbe bedeutete, zwischen einer »politischen« und einer »administrativen« Seite von *government*. »Administration« wurde als ein allgemeiner Ausdruck verstanden, »anwendbar auf das Management aller Art von Geschäften«;⁸⁷ er meinte also die technische Seite von Verwaltung, sei es öffentlicher oder privater, und hier konnte Effizienz verwirklicht werden, ohne mit Demokratie zu kollidieren. Auf den eigentlich politischen Bereich konnte dann das demokratische Prinzip angewendet werden, und hier hatte wiederum Effizienz kein Maßstab zu sein.⁸⁸ Doch wie diese Unterscheidung institutionell umgesetzt werden konnte, blieb unklar. Das war wohl auch der Grund dafür, daß sie sich nicht dauerhaft durchsetzen konnte.

Zwischen 1900 und 1915 war die traditionelle amerikanische Hingabe an das »small government« stark geschwächt, wie Richard McCormick richtig meint.⁸⁹ Doch waren die Veränderungen komplexer und vielschichtiger, als dadurch zunächst nahegelegt wird. Die Rückkopplung der Definitionen von Demokratie an die amerikanische Tradition ging ja nicht verloren. Der abstrakte Begriff des »good government« diente auch der Legitimation der radikalen Reformen. »Good government« war der Titel der seit 1881 erscheinenden Zeitschrift der *National Civil Service Reform League*, und auch die jährlichen Tagungen der *National Municipal League* hießen »Conference for Good City Government«. Die Überzeugung blieb: »Unser kommunales System muß in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Verfassung und dem gesellschaftlichen Leben gestaltet werden«; es müsse »mit den fundamentalen Theorien republikanischer Politik vereinbar« sein.⁹⁰ Doch traditionelle Leitbegriffe wurden neu gefüllt. »True Americanism« konnte jetzt darin gesehen werden, das

⁸⁷ J. A. Fairlie (s. A 26), S. V.

⁸⁸ Vgl. H. E. Deming, *The Government of American Cities*, N. Y. 1909, S. 198 ff.

⁸⁹ Vgl. R. L. McCormick, *The Party Period and Public Policy. American Politics from the Age of Jackson to the Progressive Era*, N. Y. 1986, S. 276.

⁹⁰ D. B. Eaton (s. A 24), S. V.

Beste in allen Ländern zu suchen und für die eigenen Zwecke zu nutzen: »Die Anpassungsfähigkeit der Amerikaner ist eine vielfach bewunderte Eigenschaft.«⁹¹ Zehn Jahre vorher oder zwanzig Jahre später hätte »wahrer Amerikanismus« wohl kaum gerade durch den Verzicht auf die eigenen Traditionen und die Orientierung an anderen Ländern bestimmt werden können.

Auch »good government« und Demokratie erfuhren eine Umdeutung, und zwar gerade durch die Übernahme von Konzepten anderer Länder, besonders Deutschlands und seiner Städte, wie wir gesehen haben. Wenn europäische Städte als »besser« regiert gesehen wurden, war der Maßstab nicht mehr Partizipation, sondern, neben der allgemeinen Effizienz, »gut gepflasterte und saubere Straßen, sauberes Wasser, Kanalisation, wissenschaftlich arbeitende Gesundheitsbehörden, anständige und effektive Polizei«,⁹² eine Liste, die der Autor auch noch um andere Versorgungsleistungen hätte erweitern können. Der Engländer William Dawson, dessen Bücher über Deutschland auch in den USA starke Beachtung fanden, drückte aus, was auch ein für Städtereformen engagierter Amerikaner hätte sagen können: »Was also ist das Wesen von freier Selbstverwaltung? Nicht notwendigerweise direkte Regierung des Volkes in allen Einzelheiten ... Das Wichtigste ist, daß der Wille des Volkes befolgt wird.«⁹³ Ob er selbst erkannte, wie leicht damit eine paternalistisch-autoritäre, aber soziale Verantwortlichkeit zeigende Verwaltung wie die der deutschen Städte gerechtfertigt werden konnte? Die deutsche Konzeption der Versorgungsdemokratie, wie sie sich den Amerikanern vor allem im »Munizipalsozialismus« offenbarte, war den Reformen als Alternative zu dem, was sie selbst unter Demokratie zu verstehen gelernt hatten, vor Augen getreten. Thomas Reed nannte ein Buch »Government for the people« – nicht: »by the people« – und drückte damit die Bevorzugung dieser Alternative aus.⁹⁴ Doch die Ernüchterung folgte sehr schnell. Amerika erwies sich als lernfähig.

IV

Der Erste Weltkrieg bildet einen fundamentalen Einschnitt in der Geschichte der amerikanischen Gesellschaft und in ihrem Denken über sich selbst.⁹⁵ Er beendete nicht nur die Isolation der Vereinigten Staaten, sondern auch ihre »Unschuld«.⁹⁶ Für die, die zuvor in Deutschland oder wenigstens in einzelnen Aspekten seiner politisch-sozialen Struktur ein Vorbild für das eigene Land gesehen hatten, mußte der Wechsel

⁹¹ R. T. Ely (s. A 59), S. 37.

⁹² E. D. Durand (s. A 38), S. 437.

⁹³ W. H. Dawson (s. A 36), S. 442.

⁹⁴ T. H. Reed (s. A 48).

⁹⁵ Vgl. etwa D. M. Kennedy, *Over Here. The First World War and American Society*, N. Y. 1980.

⁹⁶ Vgl. H. F. May, *The End of American Innocence. A Study of the First Years of Our Own Time 1912–1917*, N. Y. 1959.

besonders abrupt sein. Die USA bekämpften in Deutschland nicht nur irgendeinen machtpolitischen Gegner, sondern eine grundsätzlich andere politische und soziale Ordnung, die als der eigenen unterlegen eingestuft wurde.

Für die Wahrnehmung und Beschreibung deutscher Städte konnte das nicht ohne Auswirkungen bleiben. Der Umschlag vom Enthusiasmus zur Kritik, der im folgenden beschrieben werden soll, fällt offensichtlich mit dem Kriegsbeginn (nicht erst mit dem Kriegseintritt der USA) zusammen, und schon die Zeitgenossen haben diesen Zusammenhang gesehen. Roger Wells, der 1927/28 ein Jahr in Deutschland verbrachte und das Material zu seinem Buch über »German Cities« sammelte, reflektierte im Vorwort das starke Interesse an der deutschen Städteverwaltung vor dem Krieg, die Wahrnehmungen, wie sie damals gewesen waren, kontrastierend: hier die korrupten, nur formell demokratischen, ineffizienten Städte Amerikas, dort die unabhängigen, effizienten Städte des Deutschen Reiches. »Zweifelloos war das kommunale Wahlrecht zum größten Teil eng und undemokratisch. Das erschien jedoch relativ unbedeutend, verglichen mit den Erfolgen dieses Systems.«⁹⁷ Dann kam der Krieg, fuhr Wells fort und gab damit seine Erklärung des nachgelassenen Interesses an den deutschen Städten, »which cast a cloud upon all things German«.

Doch irrte er, wenn er seine Erklärung damit für vollständig hielt. Der Krieg war wohl der Anlaß zum Umdenken, aber nicht die Ursache. Dies schon deshalb nicht, weil das Lob der deutschen Städte, wie wir gesehen haben, nur Ausdruck einer viel weiter reichenden Änderung im politischen Denken war, und als das Pendel zurückschlug, veränderte sich wiederum mehr als bloß das Urteil über Expertenverwaltung oder Munizipalsozialismus. Der Erste Weltkrieg löste einen grundsätzlichen Besinnungsprozeß aus, der, so meine These, auch ohne ihn eingetreten wäre – wohl etwas später und ohne die radikale Plötzlichkeit, die manch einen wie aus einem Traum aufwachen und seine Überzeugung von gestern widerrufen ließ. So warnte Clinton Woodruff in seinem Jahresbericht vor den Delegierten der *National Municipal League* bereits Ende 1915, nur zwei Jahre nach seinem letzten großen Plädoyer für die deutsche Effizienz: »Viele Jahre hat sich die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf die Effizienz der deutschen Städte gerichtet, und wir haben von den herrlichen Leistungen der dortigen Verwaltung geschwärmt; aber das ist bisher noch nicht überzeugend gewesen, denn die Situation in Deutschland und in diesem Land ist sehr verschieden. Effiziente Verwaltung ist dort eher ein Geschenk von oben als Ergebnis des Wünschens und Sehnsens des Volkes selbst.«⁹⁸

Der Meinungsumschwung war auch Folge eines Nachlassens der Reformdynamik, jedenfalls einer Abschwächung ihrer Rhetorik, ein Phänomen, das für viele Reform-

⁹⁷ R. H. Wells, *German Cities*, Princeton 1932.

⁹⁸ C. R. Woodruff, *American Conceptions of Municipal Government*, in: *NMR* 5 (1916), S. 1–11, hier 5.

bewegungen in der modernen Geschichte gilt. Daß die *American Political Science Review* 1915 ihre Rubrik *Current Municipal Affairs* einstellte, ist nur ein Indiz unter vielen für das generell sinkende Interesse an dem Thema. Zu einem völligen Stillstand in den Reformbemühungen kam es nicht, und noch 1925 konnte Thomas Reed von einer Ausdehnung des *Home-Rule*-Prinzips und Erfolgen des *city manager*-Plans berichten.⁹⁹ Doch der Ton war pragmatischer, nüchterner, und vor allem: Reformen speisten sich jetzt aus eigenen Konzepten, nicht aus denen anderer Länder. Die Stimmung war wieder verbreitet, daß man auf das durch eigene lange Anstrengungen Erreichte auch stolz sein könne. Amerika wurde jetzt sogar zum Vorbild für andere Staaten: »Amerika ist jetzt für die Welt das beste Labor kommunaler Experimente. In diesem Bereich der Verwaltung und Politik kann Europa so viel von uns lernen wie wir von Europa. Eine Generation früher war das noch nicht so«,¹⁰⁰ von Munro als Beleg für die auffälligen Fortschritte der eigenen Städte gewertet, die er nun selbst in vielen Versorgungsfunktionen als den europäischen überlegen sah.

Gegenüber der Orientierung an anderen Ländern herrschte nun eine grundsätzliche Skepsis. Das wurde schon 1915 vorsichtig registriert,¹⁰¹ ein Jahrzehnt später war es eine explizite Distanzierung, die den Sinn von Vergleichen grundsätzlich in Frage stellte. Der Politikwissenschaftler Chester Maxey befand, ein Vergleich europäischer und amerikanischer Formen der Stadtverwaltung sei »nicht immer so fruchtbar, wie er interessant ist«; er könne höchstens noch dazu dienen, sich grundsätzliche Unterschiede klarzumachen.¹⁰² Darauf folgten insgesamt anderthalb Seiten über die englische, französische und deutsche Stadtverfassung, wo fünfzehn Jahre früher in einem ähnlichen Buch jedem der Länder ein ganzes Kapitel gewidmet worden wäre. Maxey hatte damit bezüglich des Sinns von Vergleichen wieder die Position erreicht, die Frank Goodnow 1890 vor dem Beginn des reformerischen Diskurses eingenommen hatte.

Den Höhepunkt in der radikalen Revision einer eigenen früheren Überzeugung stellte wohl die 1927 erschienene Neuauflage von Munros *Government of European Cities* dar. Hatte er 1909 noch über den undemokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts galant hinwegsehen können, prangerte er jetzt, als es schon jahrelang abgeschafft war, noch einmal ausführlich seine »Absurditäten« an.¹⁰³ Die Schuld an seinem früheren Fehlurteil deklarierte er zur perfiden Absicht des preußischen Systems: »Es war unglaublich erfolgreich darin, die eigenen Schwächen vor der

⁹⁹ Vgl. T. H. Reed, *Notes on Municipal Affairs*, in: *APSR* 19 (1925), S. 325–337.

¹⁰⁰ W. B. Munro, *Municipal Government and Administration*, 2 Bde., N. Y. 1923, Bd. 1, S. VIII.

¹⁰¹ W. B. Munro, *A Bibliography of Municipal Government in the United States*, Cambridge, Mass. 1915, S. IV.

¹⁰² C. C. Maxey, *An Outline of Municipal Government*, Garden City, N. Y. 1925, S. 42f. u. 70.

¹⁰³ W. B. Munro, *The Government of European Cities*, Revised Edition, N. Y. 1927, S. 347ff.; die folgenden Zitate ebda., S. 342 u. 355.

Öffentlichkeit zu verdecken.« Die Effizienz der deutschen Städte war nur noch eine »scheinbare«, und vor allem wurde Effizienz generell abgewertet. »Es reicht nicht, daß Politik ›für das Volk‹ gemacht wird. Sie muß auch vom Volk und durch das Volk gemacht werden.« Intelligente Menschen »ziehen sogar eine schlechte Regierung, die sie selber gemacht haben, einer effizienten vor, die ihnen von anderen auferlegt wurde.«

An dieser Stelle wird deutlich, daß das Abrücken vom deutschen Modell wesentlich mehr war als eine ideologische Begleitung der Kriegsführung. Die Vorstellung davon, was Demokratie heißen könne und solle, hatte sich noch einmal radikal geändert, diesmal im Sinne einer Rückkehr zur amerikanischen »Partizipationsdemokratie«. Die deutsche »Versorgungsdemokratie« war nicht mehr gefragt; ein Buch über die deutschen Städte beschäftigte sich noch auf zweieinhalb Seiten mit den kommunalen Versorgungsunternehmen,¹⁰⁴ und »government«, die Kommunalverfassung im rechtlichen Sinne, erhielt wieder den Vorrang vor »administration«. Frederic Howe stellte mit einem Unterton von Resignation fest: »Ich hatte Hoffnungen einer sozialen Demokratie«.¹⁰⁵

Dazu kam ein generell neutraler Ton in der Literatur, Zeichen der Verwissenschaftlichung eines vorher nicht scharf zwischen Wissenschaft und Politik, Analyse und Meinung trennenden Diskurses. Das ist etwa an den Artikeln der *National Municipal Review* ganz deutlich abzulesen. Und schließlich verloren die Politikwissenschaftler ihr Monopol über die Beschäftigung mit Städten: Soziologische Analysen der Stadt waren seit Robert Parks bahnbrechendem Aufsatz von 1916 möglich geworden und zogen bald einen großen Teil der Aufmerksamkeit auf sich.¹⁰⁶

Betrachten wir zunächst einige charakteristische Einzelaspekte der Wahrnehmung deutscher Städte – und Deutschlands insgesamt – nach 1915 näher, bevor abschließend die Neubestimmung von Demokratie, Effizienz und ihres Verhältnisses zueinander in systematischer Perspektive beleuchtet wird. Einer der häufigsten Topoi vor dem Ersten Weltkrieg war die Anerkennung der kommunalen Demokratie als Selbstverwaltung und Unabhängigkeit vom Staat gewesen. Nun war es genau umgekehrt: Die Staatsabhängigkeit der deutschen Städte wurde kritisiert, obwohl sie, alles in allem, auch in der Weimarer Republik über die der amerikanischen Städte nicht hinausging;¹⁰⁷ und ihre interne Demokratie schien prekärer als je zuvor, obwohl es hier nach

¹⁰⁴ B. W. Maxwell, *Contemporary Municipal Government of Germany*, Baltimore 1928, S. 91–93.

¹⁰⁵ F. C. Howe, *The Confessions of a Reformer*, N. Y. 1925/ND Chicago 1967, S. 236.

¹⁰⁶ Vgl. R. E. Park, *The City: Suggestions for the Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment*, in: *AJS* 20 (1915), S. 577–612; als Beispiele für eher sozialwissenschaftliche Literatur: H. P. Douglass, *The Suburban Trend*, N. Y. 1925; P. Studenski, *The Government of Metropolitan Areas in the United States*, N. Y. 1930; R. D. McKenzie, *The Metropolitan Community*, N. Y. 1933.

¹⁰⁷ Vgl. C. Engeli, *Städte u. Staat in der Weimarer Republik*, in: B. Kirchgässner / J. Schadt (Hrsg.), *Kommunale Selbstverwaltung – Idee u. Wirklichkeit*, Sigmaringen 1983, S. 163–181.

1918 ganz eindeutig eine Entwicklung gegeben hatte, die die Amerikaner hätten positiv anerkennen müssen. Das war aber die Ausnahme. Nur ein Deutschland besonders freundlich gesonnener Politikwissenschaftler wie Wells würdigte ausdrücklich, daß demokratische Ideen und allgemeines Wahlrecht die auf ein beschränktes Wahlrecht gestützte konservative Herrschaft abgelöst hätten.¹⁰⁸

Die deutsche Tradition war für die Amerikaner jetzt die von »strenger zentralisierter Verwaltungsaufsicht und Kontrolle«, dem ein »Wunsch des Volkes nach Selbstverwaltung« zwar gegenüberstehe, aber sich doch nicht recht durchsetzen könne.¹⁰⁹ Ob die Deutschen darin Erfolg haben könnten, ihre effiziente Stadtverwaltung zugleich nach demokratischen Prinzipien zu organisieren, würde erst die Zukunft zeigen können.¹¹⁰ Interessant ist, daß die sozialpolitische Komponente des deutschen Zentralismus, die in der Weimarer Republik ja besonders ausgeprägt war, im Gegensatz zum früheren Bild des Kaiserreichs und seines Staatssozialismus nun nicht einmal mehr wahrgenommen wurde. Der kluge Blick für die Einheit der Ambivalenz von autoritärem Regime und Sozialpolitik war allerdings schon früher abhanden gekommen. So erschien es Herman James, Professor im texanischen Austin, schon 1917 »seltsam«, daß soziale Wohlfahrtsmaßnahmen in den Städten des »undemokratischen Deutschland« weiter entwickelt waren als in den amerikanischen.¹¹¹ Und aus dem Land, dessen gesellschaftlichen Konsens man bewundert hatte, war »das klassische Land der Klassenunterschiede« geworden, ein noch wenige Jahre zuvor fast undenkbares Urteil.

So erfuhren auch Effizienz und Professionalisierung der Verwaltung eine Neubewertung, die die alten Maßstäbe zum Teil explizit zurücknahm. »Man hat gewöhnlich gemeint, deutsche Städte würden von professionellen Experten verwaltet werden«, der Unterschied zu anderen Ländern und besonders zum eigenen sei aber oft übertrieben worden. Die Verwaltung durch Experten galt nun sogar als Bruch mit den positiven amerikanischen Traditionen. »Wo Laien in Europa Macht haben, erwarten sie, daß Experten sie für sie ausüben; das ist die europäische Tradition.«¹¹² Die fortgesetzte deutsche Tendenz zur Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung und zur Förderung von »business-like management« wurde, wenn überhaupt, mit geradezu ironischer Distanz beschrieben, als hätte es eine solche Bewegung in den USA nie gegeben, geschweige denn mit Deutschland als Vorbild.¹¹³

¹⁰⁸ Vgl. R. H. Wells, *Partisanship and Parties in German Municipal Government: A Study of City Politics in Post-War Germany*, in: *NMR* 17 (1928), S. 473–481, hier 473 f.

¹⁰⁹ *Home Rule and Efficiency*, in: *NMR* 19 (1930), S. 117.

¹¹⁰ Vgl. B. W. Maxwell (s. A 104), S. 130.

¹¹¹ H. G. James, *Municipal Functions*, N. Y. 1917, S. 151. – Das folgende Zitat: ebd., 167.

¹¹² W. B. Munro (s. A 100), Bd. 2, S. 10 u. 12.

¹¹³ Vgl. Notiz »Efficiency in Government«, in: *NMR* 17 (1928), S. 712; s. auch W. J. Shepard, *The New Prussian Constitution*, in: *APSR* 16 (1922), S. 661–665.

Das andauernde Städtewachstum, insbesondere die vehemente Suburbanisierung, ließ in den 1920er Jahren auch in den Vereinigten Staaten Eingemeindungen und Gebietsneugliederungen notwendig erscheinen, doch immer häufiger scheiterten sie an der wachsenden Überzeugung, die Zerstörung bestehender, kleinerer politischer Einheiten sei undemokratisch. Chester Maxey war einer der wenigen, die den vielzitierten Satz Jeffersons: »That government is best that governs least« unter den veränderten sozioökonomischen Bedingungen für »so veraltet wie den Dinosaurier« hielt. »In einer ländlichen Wirtschaft mag er gerechtfertigt gewesen sein, in einer städtischen aber ist er unerträglich.«¹¹⁴ Er folgte der deutschen Argumentation, nach der die politische Integration verstädterten Raumes nur eine Anpassung an »soziale und wirtschaftliche Tatsachen« darstellte.¹¹⁵ Thomas Reed dagegen argumentierte jetzt dafür, die Bindung von Individuen an »örtliche Gemeinschaften« verstärkt zu beachten; es sei ein Fehler von Politikwissenschaftlern, die Gefühle der Betroffenen zu ignorieren, wie irrational auch immer sie erschienen. »Die Organisation großstädtischen Raumes darf sich nicht gegen die Traditionen und Gewohnheiten der Menschen richten, sondern muß, soweit es eben geht, die herkömmlichen Einheiten der Kommunalverwaltung bestehen lassen.«¹¹⁶ Gesteigerte Effizienz war auch hier kein Kriterium mehr; Partizipation war allein entscheidend. Daß die Auflösung bestehender Selbstverwaltungseinheiten auch ein Schritt zur gleichmäßigeren und gerechteren Versorgung sein konnte, wie es das Konzept der »kommunalen Leistungsgerechtigkeit« im Deutschland der Weimarer Republik zum Ausdruck bringen sollte,¹¹⁷ erkannten die Amerikaner nun nicht mehr.

Mit der Betonung des »small government« war eine tendenzielle Verschiebung des Interesses von den Städten zum ländlichen Raum und zum *county government* verbunden. Die Stadt war nicht mehr »Hoffnung der Demokratie«, im Gegenteil.¹¹⁸

¹¹⁴ C. C. Maxey (s. A 102), S. 10.

¹¹⁵ C. C. Maxey, The Political Integration of Metropolitan Communities, in: NMR 11 (1922), S. 229–253, hier 229 u. 252.

¹¹⁶ T. H. Reed, The Region, A New Governmental Unit, in: NMR 14 (1925), S. 417–423, hier 417; vgl. ders., Dual Government for Metropolitan Regions, in: NMR 16 (1927), S. 118–126; B. Smith, City-County Consolidation Considered in New Jersey, in: NMR 12 (1923), S. 156–157; P. Studenski (s. A 106), S. 155; C. A. Dykstra, Cleveland's Effort for City-County Consolidation, in: NMR 8 (1919), S. 551–556, hier 551.

¹¹⁷ Vgl. die aufschlußreiche Äußerung des preuß. Innenministers Grzesinski (SPD) in der 1. Lesung des Gesetzentwurfs über die kommunale Neugliederung in Rheinland-Westfalen am 26. 4. 1929: »Jeder Staatsbürger hat selbstverständlich das Recht, in jedem Kommunalverband in Preußen entsprechend seinem Bedürfnis und entsprechend der Leistung des Staates und des ganzen Landes – im allgemeinen natürlich – kommunal gleich gut versorgt zu werden. (...) Diese kommunale Leistungsgerechtigkeit kann hier in diesem Gesetze nunmehr endlich ... geschaffen werden.« Sitzungsberichte des Preuß. Landtags. 3. Wahlperiode, 5. Bd., 6738; vgl. zu diesem Problem näher: P. Nolte, Eingemeindungen und kommunale Neugliederungen in Deutschland und den USA bis 1930. Ein Beitrag zur vergleichenden Urbanisierungsgeschichte, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 27 (1988), S. 14–40.

¹¹⁸ F. C. Howe, The City, The Hope of Democracy, N. Y. 1905.

Im *American Political Science Review* wurde 1928 eine regelmäßige Rubrik »Notizen zur ländlichen Kommunalverwaltung« eingerichtet, und die *National Municipal League* hatte bereits 1917 einen besonderen Ausschuß für Fragen des *county government* geschaffen. »Das *county*, so lange der »dunkle Kontinent der Politik«, beginnt nun Aufmerksamkeit für sich zu beanspruchen.«¹¹⁹ Howards einflußreiches »Garden Cities of Tomorrow« hatte bei seinem Erscheinen 1902 keine besondere Aufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten gefunden; knapp zwanzig Jahre später erschien ein Plädoyer für »Gartenstädte«, das die industrielle Großstadt als »übelstes Produkt der Zivilisation in allen Ländern« denunzierte, ein Ton, der in der Reformzeit in der *National Municipal Review* nicht denkbar gewesen wäre.¹²⁰

Wir hatten gesehen, daß auch zwischen 1900 und 1915 »Effizienz« nie »Demokratie« als obersten Wert zu verdrängen vermocht hatte. Doch die »Partnerschaft« zwischen beiden, die damals entworfen worden war, stellte sich seit dem Ersten Weltkrieg als unversöhnliche Antinomie dar. Nur im Krieg dürfe Selbstverwaltung der Effizienz untergeordnet werden, und dies habe dem deutschen Staatssozialismus einen Vorteil über seine demokratischen Gegner gegeben. Daß Demokratie in Effizienz resultiere, sei nicht zu erwarten, »denn das Ziel von Demokratie ist es ja gerade, Wünschen und Regungen Ausdruck zu verleihen, die nur schwer miteinander vereinbart werden können.«¹²¹ Die Heterogenität und Divergenz von Interessen wurde jetzt anerkannt und der als konformistischer wahrgenommenen deutschen Gesellschaft vorgezogen – für Amerika ein Schritt zur Anerkennung der Moderne.

Die Kritik richtete sich mithin auf die deutsche Konzeption von Politik und Gesellschaft insgesamt, auf die Überzeugung, das Problem des »government« sei »seiner Natur nach eines, dessen befriedigende Lösung nicht dadurch erreicht werden kann, daß dem Volk Kontrolle und Einfluß zugestanden werden.«¹²² Deutschem »Materialismus« und »organisierter Effizienz« wurden »wahre moralische und geistige Elemente«, »individuelle Spontaneität und Freiheit« gegenübergestellt. Ein amerikanischer Offizier berichtete aus dem revolutionären Deutschland, die Kommunalverwaltung sei »außerordentlich effizient«, doch der demokratische Geist fehle.¹²³ Damit wurde auch die Parallelisierung von Wirtschaft und Wissenschaft mit Regierung und Verwaltung zurückgenommen. Die Analogie sei zu weit getrieben worden; Ziele und Funktionen von beiden wurden jetzt grundverschieden gesehen: Erzielung eines

¹¹⁹ NMR 7 (1918), S. 11.

¹²⁰ T. Adams, An American Garden City, in: NMR 10 (1921), S. 31–38, hier 31; vgl. E. Howard, Garden Cities of Tomorrow, London 1902.

¹²¹ C. G. Fenwick (s. A 3), S. 565.

¹²² W. W. Willoughby, The Prussian Theory of Monarchy, in: APSR 11 (1917), S. 621–642, hier 640; das folgende Zitat 642.

¹²³ German Municipal Efficiency, in: NMR 8 (1919), S. 263.

Profits auf der einen Seite, Erfüllung des kollektiven Willens des Volkes auf der anderen.¹²⁴

Demokratie und »good government« waren nach 1915 wie vorher zentrale Begriffe, doch sie wurden ganz anders gefüllt. Die Schnelligkeit, mit der dieser Wechsel vollzogen wurde, bleibt erstaunlich und vielleicht erklärungsbedürftig. »Die alte Konzeption«, hieß es schon 1916, »unseres Gemeindelebens und unserer Kommunalpolitik bedeutete von oben gegebene Verwaltung – ein Geschenk der Götter oder der Staatsregierungen«. Das zielte nicht nur auf eigene »Sünden«, sondern zugleich auf Deutschland. Die »neue« Konzeption dagegen »bedeutet die Annahme und Ausarbeitung umfassender Pläne durch das Volk selbst«.¹²⁵ Nun wurde zum »Axiom« der politischen Wissenschaft, daß Demokratie in kleinen, homogenen Einheiten am besten funktioniere.¹²⁶ Die aufmerksamen Zeitgenossen sahen, daß dies auch ein wesentliches Motiv für die nun einsetzende »Flucht« in die »suburbs« war: »der Wunsch, in kleinere Gemeinden zu ziehen, in denen das Leben in kleinerem Maßstab organisiert werden und individuelle Partizipation wirkungsvoller sein kann.«¹²⁷

Die vollständige und effiziente Versorgung der Stadtbevölkerung zählte nun nicht mehr zu den Aufgaben eines »good government«. Nicht mehr sauberes Wasser, Parks und Straßenbahnen in öffentlicher Kontrolle sollten zur Verfügung gestellt werden, sondern »die Möglichkeit eines geordneten und vollen Lebens«.¹²⁸ Anstatt »von oben nach unten« wurde »von unten nach oben« gedacht. Das hieß auch, daß Demokratie in Staat und Nation nur unter der Bedingung funktionierender, das heißt, an individuellen Partizipationschancen ausgerichteter lokaler Selbstverwaltung existieren konnte.¹²⁹ Konzeptionen der Kommunalverfassung weiteten sich so zu einer politischen Theorie des gesamten Gemeinwesens aus.

V

»Die Vereinigten Staaten wurden auf dem Lande geboren und sind in die Stadt gezogen. Von Anfang an sind ihre politischen Werte und Ideen notwendigerweise

¹²⁴ H. T. Hunt, Obstacles to Municipal Progress, in: APSR 11 (1917), S. 76–87, hier 81; ganz ähnlich W. B. Munro (s. A 100), Bd. 2, S. 5 ff.

¹²⁵ C. R. Woodruff (s. A 98), S. 11.

¹²⁶ T. H. Reed, Municipal Government in the United States, N. Y. 1926, S. 22. Vgl. auch R. S. Childs, Views and Reviews, in: NMR 8 (1919), S. 211–213, hier 213.

¹²⁷ R. D. McKenzie (s. A 106), S. 198; vgl. auch Douglass, Suburban Trend, 327; P. Studenski (s. A 116), S. 11. – Zur »Suburbanisierung« der USA vgl. zuletzt K. T. Jackson, Crabgrass Frontier. The Suburbanization of the United States, N. Y. 1985.

¹²⁸ C. S. Ascher, Regionalism – A New Approach to the Good Life, in: NMR 20 (1931), S. 592–596, hier 596; vgl. auch The Ideal City, in: NMR 13 (1924), S. 721.

¹²⁹ T. H. Reed, Dual Government (s. A 116), S. 123.

durch das Leben auf dem Land geprägt worden.«¹³⁰ Schon der revolutionäre Gründungsprozeß der Vereinigten Staaten verweist auf die tiefe Skepsis gegenüber starken, auf Effektivität ausgerichteten politischen Machtzentren. Doch ganz so bruchlos, wie Hofstadters einflußreiche Interpretation unterstellt, wurden politische Traditionen und Strukturen nicht weitergetragen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts schienen sie gar in einer Sackgasse verfahren. Wir haben hier versucht, die daraus resultierende Krise und ihre Lösung als einen politisch-sozialen Lernprozeß im Übergang zur Moderne zu verstehen.¹³¹ Das politische Denken und seine institutionalisierten Strukturen waren im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wachsenden Herausforderungen ausgesetzt, einem »challenge«, der durch Stichworte wie Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung beschrieben werden kann. Die bestehenden politischen Einrichtungen und Denkstrukturen, die aus älterer Zeit stammten und den damaligen sozioökonomischen Verhältnissen gut entsprochen haben mochten, waren dem nicht mehr gewachsen.¹³² Die direkte Partizipation, die Demokratie des Marktplatzes gewissermaßen, war nicht mehr möglich; außerdem entstanden ganz neuartige Anforderungen an Leistungen und Lebensstandard.

Deutschland, ein ebenfalls außerordentlich dynamisches Land, schien Probleme einer ganz ähnlichen sozioökonomischen Entwicklung gelöst, die politischen Strukturen den neuen Ansprüchen erfolgreich angepaßt zu haben, gerade in seinen großen Städten. Das konnte dem Blick amerikanischer Reformer nicht entgehen, und in einer überschießenden Reaktion auf ihre eigene Krise entwickelten sie einen Enthusiasmus für die in den deutschen Städten verkörpert politisch-sozialen Strukturen, der auf einen Import in das eigene Land abzielte: Auf Demokratie konnte nicht verzichtet werden, und wenn die eigene, auf Partizipation beruhende ausgedient hatte, warum es dann nicht mit der deutschen »Demokratie« der Versorgung versuchen?

Doch rasch wurde deutlich, und der Weltkrieg erleichterte und beschleunigte diese Einsicht, daß eine solche Übernahme sich nicht auf das Abschauen pragmatischer Reformen beschränken konnte, sondern tiefere Implikationen hatte. Die politische Struktur der deutschen Städte hatte Wurzeln in einem autoritär-paternalistischen Denken, die nicht einfach abgeschnitten werden konnten. Die Versorgungsdemokratie wurde als Pseudo-Demokratie entlarvt. Dann kehrte man schon lieber zu den eigenen Traditionen und Werten zurück, und dies geschah wiederum mit einer überschäumend vehementen Rhetorik. Es war, das muß betont werden, nicht einfach eine Rückkehr zur Situation vor der Krise. Amerika hatte etwas dazugelernt. Schließlich hatte die vorübergehende Orientierung an Deutschland institutionelle Reformen angeregt

¹³⁰ R. Hofstadter (s. A 27), S. 23.

¹³¹ Dazu aus soziologischer Perspektive am besten K. Eder, Geschichte als Lernprozeß? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland, Frankfurt 1985, S. 9–63.

¹³² Sehr scharfes zeitgenössisches Bewußtsein davon bei H. A. Garfield, Recent Political Developments: Progress or Change?, in: APSR 18 (1924), S. 1–17, hier bes. 3 f.

und vorangetrieben, und wenn auch die Idee der Versorgung im Diskurs der 1920er Jahre keine Rolle mehr spielte, ließ sie sich aus der künftigen amerikanischen Geschichte nicht mehr wegdenken. Das zeigte bereits wieder der »New Deal«. Doch im Vordergrund blieb, bis heute, der andere Strang des politischen Denkens.

Es war ein Lernprozeß in Sachen Demokratie. Die USA zeigten sich fähig, die eigene, auf politischer und individueller Gleichheit beruhende Konzeption, die ich Partizipationsdemokratie genannt habe, zu problematisieren, die deutsche Konzeption, hier Versorgungsdemokratie genannt und auf sozialökonomischer Gleichheit beruhend, argumentativ abzuwägen und sich schließlich zwischen beiden zu entscheiden – im wesentlichen für die eigene Tradition. Diese Konzeptionen gelten, wenn auch abgeschwächt (in der Bundesrepublik vor allem durch den westlichen Einfluß nach dem Zweiten Weltkrieg), bis heute und verweisen auf tiefsitzende politisch-soziale Unterschiede, die mehr sind als das, was herkömmlich unter der Geschichte politischer Ideen verstanden wird. Ich möchte, versuchsweise, von unterschiedlichen politischen Mentalitäten sprechen.

Die Untersuchung amerikanischer Wahrnehmungen der deutschen Gesellschaft im Bild ihrer Städte war auch als ein indirekter Vergleich gedacht. Die Beschreibungen geben ein verzerrtes, aber manchmal gerade dadurch pointierteres Bild der deutschen Gesellschaft besonders des späten Kaiserreichs, vor allem, wenn man den Maßstab der realen Verhältnisse in Deutschland mit einbezieht. Das konnte hier nicht konsequent geschehen, verweist aber auf Möglichkeiten, hier angesprochene Probleme genauer zu untersuchen. Gab es auch in Deutschland ähnliche Lernprozesse, und wie, mit welchen Folgen liefen sie ab? Der erste Eindruck von der deutschen Geschichte stimmt freilich eher pessimistisch: Man wünschte ihr etwas von der Offenheit und Lernfähigkeit, die die amerikanische bewiesen hat.

Hans Schmalscheidt

Hierarchie der Plätze

Ein Beitrag zur Aufgabe und Planung von Plätzen

Vorbemerkungen – 1. Der wohnungsbezogene Platz – 2. Der hausbezogene Platz – 3. Der blockbezogene Platz – 4. Der quartierbezogene Platz – 5. Der stadtbezogene Platz – 6. Einzelheiten zur Gestalt von Plätzen – 7. Der landschaftsbezogene Platz

Vorbemerkungen

Versuche einer Definition von »Platz« beschreiben auch die menschlichen Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Abwechslung und Identifikation.¹ Also ist der Platz hochaktuell. Aber wo, gemessen an den gigantischen Bauleistungen der Nachkriegszeit, ist der schöne, selbstverständlich genutzte, bewohnte neue Platz? Er ist meines Erachtens die seltene Ausnahme, weil vielfach die strukturellen Voraussetzungen zur Platzbildung nicht erfüllt sind. Der Blick auf die endlosen Randzonen der Städte und das Umland zeigt heute vielfach isolierte, introvertierte,² monofunktionale und flächenfressende Haus- und Siedlungsstrukturen als direkte Umkehrung der europäischen Stadtbau-tradition. Hier ist unsere Bereitschaft gefordert, das zu ändern, »Platz zu machen«.

Das bedeutet konkret, mitabgeleitet aus meinen Erfahrungen als Stadtbewohner: 1. als Maß der baulichen Nutzung überall eine Geschoßflächenzahl von 1,5–2,4 anzustreben (dies ergibt eine hohe Bewohnerkonzentration als Voraussetzung von Mannigfaltigkeit); 2. Festsetzen der Geschoßzahl i. M. bei 3–4 (so sind u. a. Straße und Platz von allen Bewohnern noch direkt erreichbar, ebenso der geschützte

¹ Versuch einer Definition: Platz ist räumliches Ausgrenzen aus der Ansiedlung oder der Landschaft, Platz ist umgekehrt schützendes Eingrenzen gemeinsam zu nutzenden Raumes, Platz ist Ort (Ort im ursprünglichen Sinn bedeutet die Schneide, die Spitze), also die Schnittstelle von Bezugslinien, von Straßen und Wegen. Somit ist Platz Ziel, Straße ist Mittel. Platz wird gebildet durch den Rahmen der bewohnten Wände mit Fassaden, Gesichtern und durch die benutzbare Fläche, er belebt durch wechselnde Akteure (wichtig dabei sind geschützte Randbereiche; Verkehrsstraßen sollten höchstens tangieren, niemals durchschneiden). Platzbesucher sollen und wollen sehen und gesehen werden, sie wollen erleben.

Vgl. auch R. Andrey, Adam und sein Revier. Der Mensch im Zwange des Territoriums, München 1972.

² Als Stichworte hierzu mögen genügen: Privatstraßen, Gegensprechanlage, Lichtschränke, abgeschottete Vorgärten, keine Namensschilder, Einwegscheiben, Anwohnerparken, Privatspielplätze, »reines« Wohngebiet.

Rückbereich); 3. Anbieten von Mischnutzungsmöglichkeiten im Erdgeschoß (nur so entsteht städtische Mannigfaltigkeit); 4. Konzentration der Stellplätze in grundsätzlich mehrgeschossigen Tiefgaragen (gerade der Luxus der ebenerdigen Stellplätze hat ja mit zur Zerstörung von Straßen- und Platzräumen beigetragen); 5. Häuser mit belebbaren Gesichtern: Fassaden in engem Bezug zum eindeutig gerahmten öffentlichen Bereich bauen (es muß wieder ein eindeutiges Vorn und Hinten geben bei einer innigen Durchdringung von Innen und Außen).

Eine weitere strukturelle Voraussetzung für Straßen und Plätze ist mithin angesprochen, die Palladio schon formuliert, »... da die Stadt gewissermaßen nichts anderes als ein großes Haus und – dementsprechend – ein Haus eine kleine Stadt ist.«³ Das bedeutet eine enge Verzahnung öffentlicher (stadtbezogener) und privater (hausbezogener) Bereiche.⁴

Vor diesem einleitenden Hintergrund stelle ich die Forderung, daß jedes Haus, ja jede Wohnung, möglichst direkten Bezug zu Straße *und* Platz sowie zu einem privaten Rückzugsbereich haben sollte. Der direkte Bezug eines jeden Hauses zu einem Platz wird möglich in einem Netz hierarchisch angeordneter Plätze mit unterschiedlichem Öffentlichkeitsgrad. Als ein aktuelles Beispiel zum Verständnis der These »Haus wie Stadt, Stadt wie Haus« sei auf den neuen Ort Halen bei Bern hingewiesen (vgl. Abb. 1), der als völlige Einheit gedacht, geplant und gebaut ist mit Häusern, gruppiert um Innenplätze, mit Straßen wie Korridore, die auf einen mittleren Platz wie auf einen zentralen Wohnraum münden.

1. Der wohnungsbezogene Platz

Im Vorhergehenden ist angedeutet: Platzbilden beginnt in der gut gebauten Wohnung. Die Rückzugsbereiche, die Zimmer der einzelnen Wohnungsmitglieder, sind um den Wohnplatz gruppiert. Hierfür gibt es natürlich unzählige Varianten: Atrium, Vorhaus, Deele etc.; in Danzig erweitert sich das Vorhaus zum straßenverbindenden Beischlag (vgl. Abb. 1). Zum Wohnplatz im vornehmen Haus der Antike sei Vitruv zitiert: »Denn in die Privaträume haben nicht alle Zutritt, sondern nur geladene Gäste. Allgemein zugängliche Räume aber sind die, in die auch ungeladene Leute aus dem Volk mit Fug und Recht kommen können, d.h. Vorhallen, Höfe, Peristyle und solche Räume, die in derselben Weise benutzt werden können.«⁵

Ein Beispiel des Wohnplatzes im modernen Geschosswohnungsbau zeigen die Stadthäuser in Schwabing von Hillmer/Sattler (vgl. Abb. 1): »Hier hat die geräumige

³ A. Palladio, Die vier Bücher zur Architektur, München 1983, S. 163.

⁴ Solche Kategorien wie wohnungs-, haus-, block-, quartier- und stadtbezogen zu verwenden anstelle unscharfer Begriffe wie halböffentlich u. ä. schlägt K. Schalhorn vor.

⁵ Vitruv, Zehn Bücher über Architektur, Darmstadt 1976, S. 283.

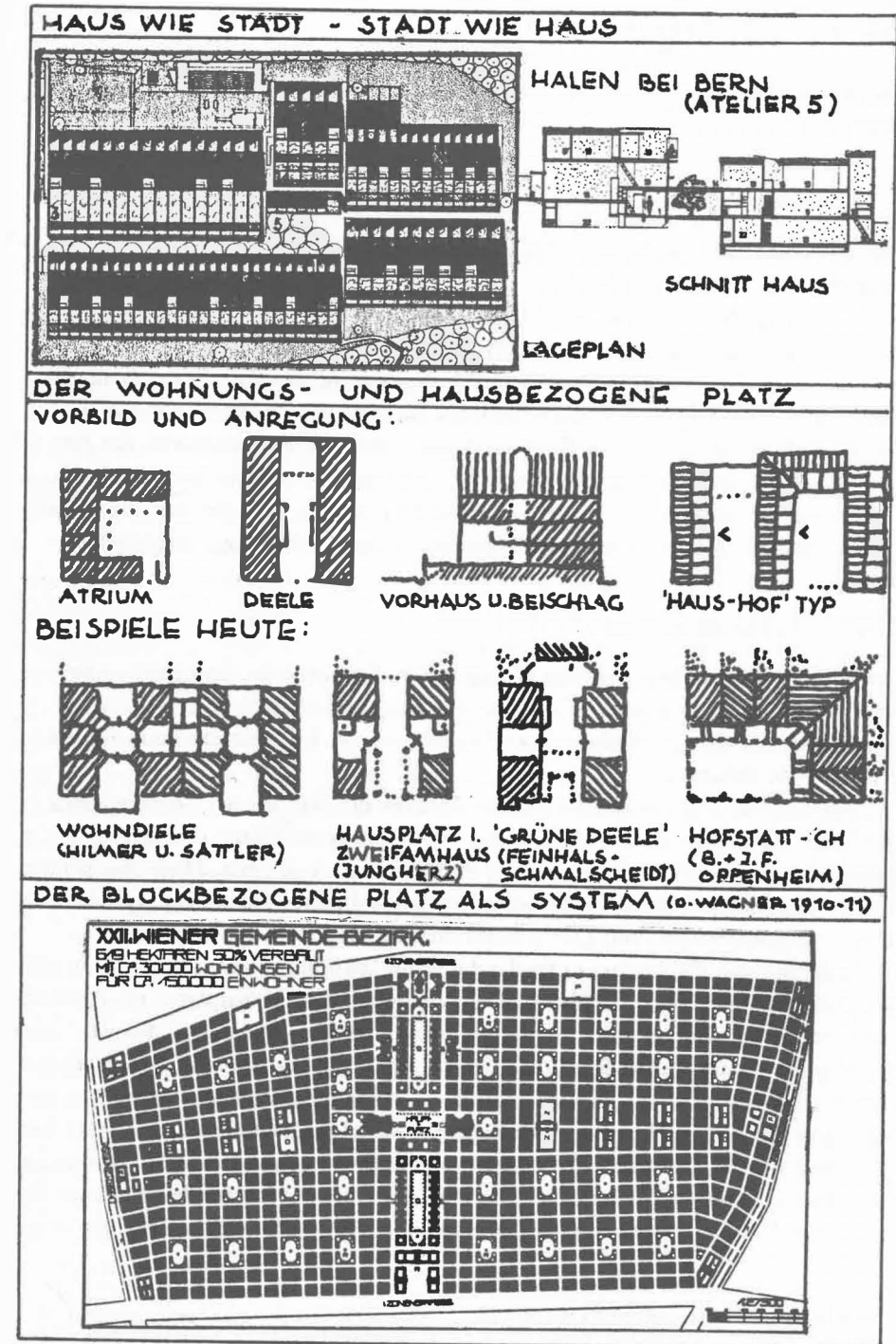


Abbildung 1

achteckige Diele die verbindende Funktion: Sie gibt der Wohnung Mitte und Ordnung.«⁶

2. Der hausbezogene – gruppenbezogene Platz

Auch Wohnungs- bzw. Hausgruppen sollten um einen Hausplatz oder Straßenhof gruppiert sein mit der Möglichkeit – aber nicht dem Zwang zur Kommunikation.

Beispiele solcher Hausplätze sind etwa aus dem Vorbild der Deele entwickelt: Mehrere Wohnungen liegen um einen zentralen Erschließungsplatz, der sich zur Straße öffnen kann. Dieses Prinzip läßt sich sogar in den Geschosswohnungsbau übertragen: Die Treppe endet jeweils nicht in knappen Podesten, sondern in gut geschnittenen und belichteten Räumen. Diese werden beispielsweise in der Sozialwohnüberbauung in Utrecht »Stockwerkhallen« genannt. »Auf ihnen – und durch sie – entstand ein ungeplantes Gemeinschaftsleben, das sich über die einzelnen Stockwerke hinaus auf die Überbauung mit ihren 168 Sozialwohnungen ausdehnte.«⁷

3. Der blockbezogene Platz

Der blockbezogene Platz vereinigt Hausgruppen, bei denen die Anordnung »außen« (hoher Öffentlichkeitsgrad) und »innen« (geringerer Öffentlichkeitsgrad) möglich ist. Zugänglichkeit und Benutzbarkeit sind dabei von der Qualität der baulich-räumlichen Details abhängig.

Otto Wagner zeigt in seinem berühmten Plan des XII. Wiener Gemeindebezirks (1910/11) die systematische Anordnung blockbezogener Plätze. Verteilt über das ganze Gebiet umschließen jeweils 3 × 4 Baublocks einen Platz. Diese Anordnung ergibt – zumindest über Eck – für jeden Block den direkten Platzbezug (vgl. Abb. 1). Wie ein solches Schema mit Leben zu erfüllen ist, zeigen einige Beispiele:

Zunächst seien die Squares in England genannt als Außenplätze mit eingeschränkter Öffentlichkeit. Dazu Stübgen: »Das Vaterland der Gartenplätze ist England. Namentlich in London und Edinburgh finden sie sich in reicher Auswahl und anmutigster Gruppierung. Der große Bezirk des Londoner Westend vom Holborn-Viaduct bis zum Regents-Park ist hierfür ein zusammenhängendes Beispiel... Der Square in England ist übrigens in der Regel ein Mittelding zwischen dem öffentlichen Platz und dem Privatgarten. Er ist zwar von allgemein zugänglichen Straßen umgeben, aber meistens nicht allgemein betretbar. Er pflegt eingefriedigt und nur für diejenigen Familien – gewöhnlich die umwohnenden zugänglich zu sein, die einen

⁶ Vgl. die Notiz in: Baumeister 4/1981, S. 345.

⁷ Beispiel zitiert aus: Das andere Wohnen, Katalog Museum für Gestaltung, Zürich: Kunstgewerbemuseum 1987, S. 72. Dort finden sich auch zahlreiche andere Beispiele für Hausplätze.

Schlüssel zum Eingange besitzen.«⁸ Diese Anordnung fördert das Gemeinschaftsgefühl, verhindert Vandalismus und entlastet die Gemeindekassen, da die Pflege des Innenbereichs ja Sache der Anwohner ist (vgl. Abb. 2).

Die Squares sind übrigens ein – in diesem Falle positives – Ergebnis des spekulativen Wohnungsbaues. Daß die Vorzüge der Squares auch schon früh in Deutschland erkannt wurden, zeigt eine Diskussion von 1870 über den berüchtigten Hobrechtplan der Stadterweiterung von Berlin: »Im Einzelnen glaubt er (der Redner; Vf.) als Mangel bezeichnen zu müssen, daß die Anlage zahlreicher kleiner Plätze, die in dem Straßenverkehr ruhige Oasen bilden müssen, sehr vernachlässigt sei. Diese Anordnung bilde einen Hauptreiz der neuen Stadtviertel Londons, wo noch hinzutrete, daß diese Plätze meist mit Berücksichtigung der vorhandenen Gruppen alter Bäume so angelegt würden, daß diese hierdurch geschont und als Zierde der Stadt erhalten würden... Jene zahlreichen Squares in London würden auf Kosten der Grundbesitzer angelegt und unterhalten...«⁹

Blockbezogene Innenplätze sind in der europäischen Stadt seit jeher üblich etwa als Beginenhöfe, erweiterte Gangsysteme, Wohnhöfe, meist also als Freibereiche der kleinen Leute. Und um die Jahrhundertwende begannen Städtebauer wie Eberstadt/Goecke/Möhring diesen Ansatz planmäßig weiterzuentwickeln und mit dem System »gemischte Bauweise« die überfüllten Mietkasernenquartiere zu reformieren.¹⁰

Dies wurde fast wörtlich in einigen holländischen Stadtquartieren der 20er Jahre realisiert, so etwa beim Zaanhof (Amsterdam) von J. Walenkamp: Einer 4–5geschossigen Blockrandbebauung antwortet eine niedrige zweigeschossige Innenplatzfassung, dazwischen liegen Privatgärten. Der Innenbereich ist eine geschützte, intime Platzfläche, zugänglich ist sie – ohne Schwellenangst – durch Tore. Dem Platz sind eine Grundschule und ein Kindergarten zugeordnet. Insgesamt fördert auch diese Bauform in hohem Maße das Gemeinschaftsgefühl und ermöglicht ruhiges ungestörtes Wohnen mitten in der Stadt (vgl. Abb. 2).

Variationen des Themas blockbezogener Platz sind ja unendlich möglich. Aber da ich hier einen ganz wichtigen Ansatz für die auch heute noch/wieder bewohnbare Stadt sehe, einige weitere Beispiele.

Das Vorbild der Squares finden wir in Oxford und Cambridge. Die Bauten der Colleges bilden fast wörtlich die Maschen eines Netzes, das grüne teilöffentliche Innenplätze umschließt und so das Paradox der dichtgebauten grünen Stadt möglich macht.

⁸ J. Stübgen, Der Städtebau, Leipzig 1924, S. 155 f.

⁹ Vgl. K. E. O. Fritsch, Bericht über zwei Diskussionen im Architekten-Verein Berlin 1870/1877, in: H. Hammer-Schenk, Kunstgeschichte des 19. Jhs in Deutschland II, Stuttgart 1985, S. 157 f.

¹⁰ Vgl. dazu G. Fehl / J. Rodriguez-Lores, Die gemischte Bauweise. Zur Reform von Bebauungsplan und Bodenaufteilung, in: Stadtbauwelt 71.

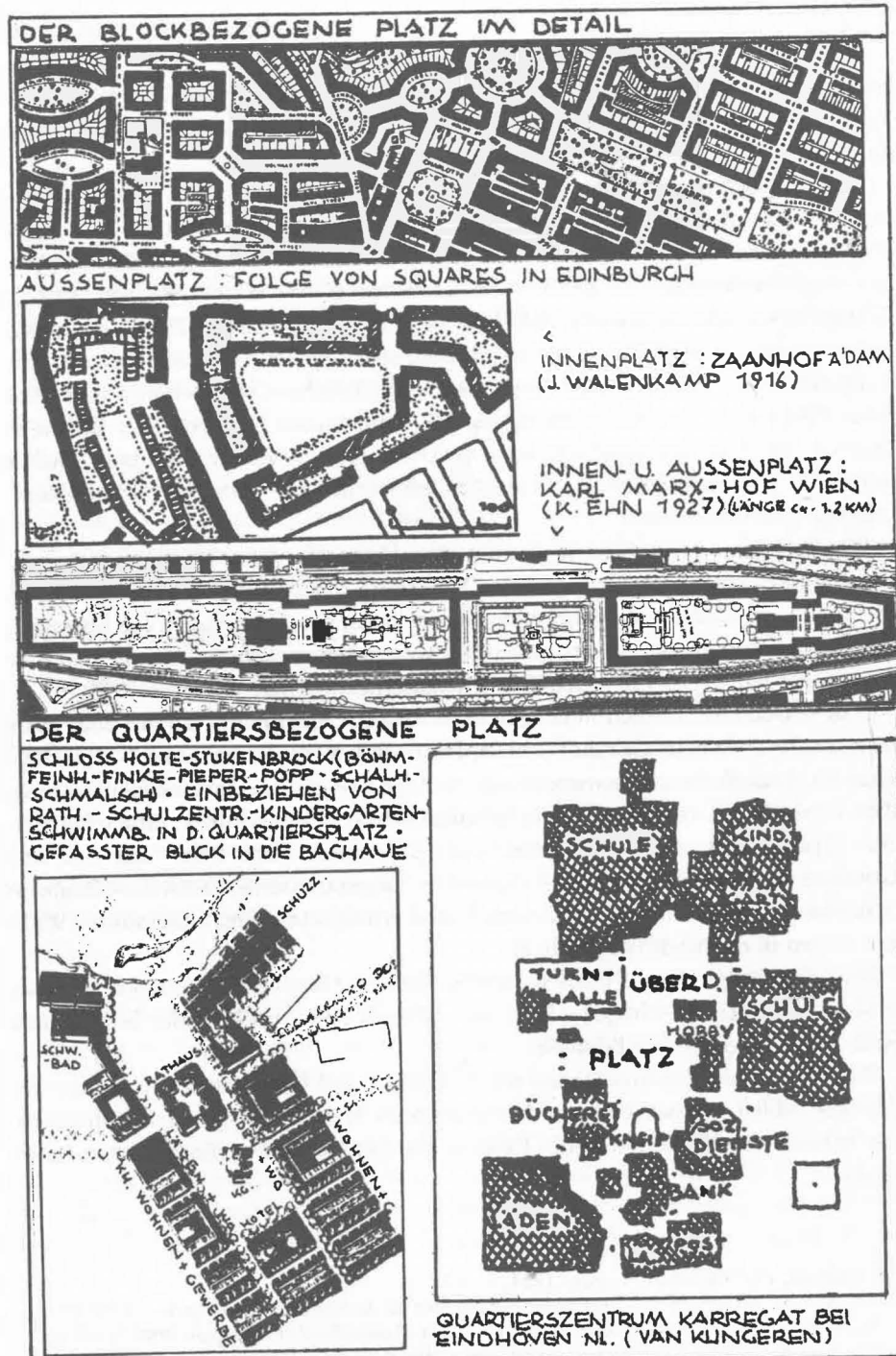


Abbildung 2

Mitten in der Weltstadt Paris bietet das Palais Royal die Qualitäten eines blockbezogenen Innenplatzes mit uneingeschränkter Öffentlichkeit: Die Randbebauung mit öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsnutzung und Wohnen umschließt schützend die ruhige Platzfolge. Im Erdgeschoß ist sie umrahmt von einer innenliegenden Arkade, die zum Flanieren einlädt. Die Fläche ist wohlüberlegt aufgeteilt: Hinter den öffentlich genutzten Kopfbauten liegt der durch eine Kolonnade abgegrenzte steinerne Ehrenhof, auch für Ausstellungen zu nutzen, mittig der baumbestandene »Garten«, am gutbesonnenen Nordende der große, stark frequentierte Spielplatz. »Die Bewohner dieses Gartens im Herzen der Stadt wissen um den Preis dieser Stille, die nur Kindergeschrei und aufgeschreckte Tauben unterbrechen.«¹¹

Der Karl-Marx-Hof in Wien als *das* Beispiel des Gemeindewohnungsbaues der 20er Jahre ist die raffinierte Kombination von Außen- und Innenplatz: Die mehr steinerne, repräsentative Mitte – geöffnet zur Stadt – wird gerahmt von parkartigen Innenplätzen mit hohem Erholungswert. Hier liegen die Eingänge der Häuser, hier herrscht belebte Ruhe (vgl. Abb. 2).

All diese Beispiele blockbezogener Plätze zeichnen sich aus durch ruhige, geschützte, überwiegend grüne, im Zusammenhang nutzbare Flächen, also kein Zerstückeln in kleinliche Einzelbereiche, durch rhythmische Umbauung durch »ehrliches« Reihen gleicher Einheiten, wodurch eine einheitliche Gesamtwirkung entsteht, Geschlossenheit der Platzräume sowie durch Sparsamkeit und Einheitlichkeit in Material, Farbe und Detailausbildung.

Das alles gibt diesen Plätzen den selbstverständlichen Charakter. Die heute so beliebten Effekte willkürlicher Belebung durch aufgesetzte Form- und Materialvielfalt sind hier überflüssig. Keiner dieser Plätze ist langweilig.

4. Der quartierbezogene Platz

Stadtteilmittelpunkte sind für uns selbstverständlich. In neuen Quartieren allerdings sind sie außerhalb der Geschäftszeiten oft recht unbelebt. Deshalb ist zu fragen, ob nicht ein Teil der vielfach isolierten Spiel- und Bewegungseinrichtungen hier angelagert werden könnte. Es würden Anziehungspunkte für jüngere Leute entstehen, die sich hier aktiv betätigen können. Aber gerade auch für die mehr zuschauenden älteren Bürger wäre die Integration von mehr Spiel und Sport interessant.

Vorbilder und Anregungen bieten Plätze, die etwa aus antiken Arenen entstanden sind. Aber auch der mittelalterliche Platz hatte vielfach bewußt Raum und Zuschauermöglichkeit für Wettkämpfe und Schauspiele.

Ein modernes Beispiel einer geplanten Verbindung mehrerer Bereiche am Platz ist der »Karregat« bei Eindhoven (vgl. Abb. 2). Dort liegen am wettergeschützten Quar-

¹¹ Die blauen Führer, Paris/Wien 1981, S. 223.

- Der Holzgraben für Stände politischer und religiöser Gruppen.
- Der Münsterplatz für Blumenstände usw.

Also – für fast jedes Bedürfnis ist ein Zimmer vorhanden mit belebten Fassaden.

Wichtig in solch einem Gefüge ist die Ergänzung »aktiver«, belebter Platzräume durch »passive« Plätze als Ruhe-, Erholungs- und Reserveflächen. Man hüte sich, hier nivellierend einzugreifen und der Sucht unserer Zeit nachzugeben, auch den letzten Winkel »belebend« zu verplanen, alles »interessant« zu machen. Das führt zum Verlust von Spannung und Unterscheidbarkeit. Bezogen auf Aachen ist ein solcher passiver Platz der Raum zwischen Dom und Rathaus: Der Katschhof. Immer wieder wird gefordert, ihn zu beleben. Aber der Wettbewerb einer Aachener Zeitung zu diesem Problem brachte die Lösung: »Als beste Arbeit bewertete die Jury die Arbeit von Norbert Kottmann. Der 27jährige Design-Student will die Front der Domsingenschule mit der Inschrift schmücken: »Die Stille zwischen Dom und Rathaus.«¹⁴

Exkurs: Einzelheiten zur Gestalt von Plätzen

Ein Platz ist nur so gut wie seine Rückseite. Dieser Hinweis scheint mir wichtig, wenn wir die Realität vieler Städte betrachten, bei denen die Rückseiten von Straßen und Plätzen vielfach leergeräumt sind und als geschäftsnahe Parkwüsten dienen. Hier ist zu fordern, daß den schön gestalteten (sanierten) Fassaden der Platzgruppen und der sie verbindenden Straßen räumlich gefaßte, bewohnte Rückbereiche antworten müssen. Sonst wirken Plätze unwahr und unbefriedigend – als Kulissenarchitektur.

Doch zurück auf den Platz. Da gibt uns Camillo Sitte einen auch heute noch gültigen Katalog von Gestaltungsregeln, entwickelt aus der intensiven Beobachtung der Benutzung.¹⁵

Ich nenne die wichtigsten Stichworte: Freihalten der Mitte, Geschlossenheit der Plätze, Unregelmäßigkeit alter Plätze.

Dabei scheint mir der Punkt Geschlossenheit besonders wichtig. In alten Städten öffnen sich enge Gassen und meist schmale Straßen in oft recht bescheiden dimensionierte Plätze. Diese wirken als Gegensatz trotzdem großzügig; überwältigend ist dann natürlich der Eindruck großer zentraler Platzräume, wie es etwa die großartige Platzfolge von Arras zeigt.

Wie anders heute: In vielen Neubaugebieten sind wegen der zu großen Straßenbreiten Ausweitungen und Kreuzungsbereiche kaum noch als Plätze zu erleben. Die Räume verschwimmen. Dazu kommt die häufig zu kleinteilige Detaillierung der Häuser mit vielfältigen Farben, Formen, Materialien, mit unmotivierten Vor- und

¹⁴ Vgl. Aachener Nachrichten v. 19. 3. 1988.

¹⁵ C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien ³1901.

Rücksprüngen und eine oft kleinliche Flächenaufteilung. Das alles macht Platzsituationen unklar, spannungs- und kontrastlos.

Ein weiterer wichtiger Einzelpunkt C. Sittes ist die These, daß gerade die Verwendung architektonischer Innenmotive (Stiegen, Hallen usw.) bei der Außenarchitektur eine der wesentlichen Ingredienzien des Reizes antiker und mittelalterlicher Anlagen darstelle.¹⁶ Auch hier wird die Forderung erhoben nach Durchdringung, nach engem Bezug von innen und außen. Das macht eine Platzfassung plastisch, interessant und die Nutzungsmöglichkeiten vielfältig. Der Platz wird so etwas wie ein öffentliches Theater. – Man vergleiche damit die unplastische Kälte vieler moderner Plätze.

Daß es heute auch anders geht, zeigen z. B. viele Arbeiten Gottfried Böhms – ich erinnere etwa an sein Stadthaus in Rheinberg (vgl. Abb. 4). Hier gehen Platzraum, Vorhaus, Treppenhalle und großer Saal ineinander über. Dieses Prinzip wird nach innen erweitert mit Korridoren, die wie kleine Straßen den zum Platz hin geöffneten Saal umschließen. Innen- und Außenplatz bilden weitgehend eine Einheit.

Damit ist das Stichwort »Innenplatz« gefallen, der ja für viele moderne Bauaufgaben wie Büros, Verwaltungen, Banken, Kaufbereiche, Hotels usw. zunehmend interessant wird. Aber in den genannten Programmen liegt zugleich die Einschränkung: Es handelt sich fast immer um private, nur bedingt zugängliche Bereiche. Die für den echten Platz unverzichtbare Belebung durch Anwohner fehlt zumeist. Sicherheit ist nur durch gezielte professionelle Überwachung zu erreichen. Klima und Geräuschpegel (Musikberieselung) für die Besucher sind fremdbestimmt.

Unter solchen Aspekten ist das wachsende Netz von Passagen mit Innenplätzen in vielen Städten kritisch zu sehen. Dazu kommt, daß hier wichtige Komponenten ausgeschlossen sind, die Plätze besonders charakteristisch machen können: das Einbeziehen von Topographie und Landschaft, das Aufnehmen von Blickbezügen, das Erlebnis von Sonne und Schatten sowie der Jahreszeiten. Welch einen Unterschied macht es doch, einen Platzraum morgens oder abends, im Schnee oder in Sonnenglut zu erleben.

Vor allem das Einbeziehen der Landschaft – von der Renaissance wieder entdeckt – kann einen Platz bei grundsätzlichem Beibehalten der Geschlossenheit unverwechselbar machen, wie Idealstadtansichten das demonstrieren. Die meisterhafte Übersetzung des Ideals zeigt der Domplatz von Pienza: Die steinerne Platzhülle wird rechts und links des Domes fensterartig durchbrochen mit weiten Ausblicken in die Hügel Landschaft. So ist der Platz fest verankert im Umland und gewinnt trotz kleiner Dimension Großzügigkeit und Weite (vgl. Abb. 4).

Dieses Prinzip – Einbeziehen der Landschaft – ist gerade heute ungemein reizvoll bei unserem Raumempfinden, das nach Geborgenheit und Freiheit verlangt.

¹⁶ Ebda., S. 116.

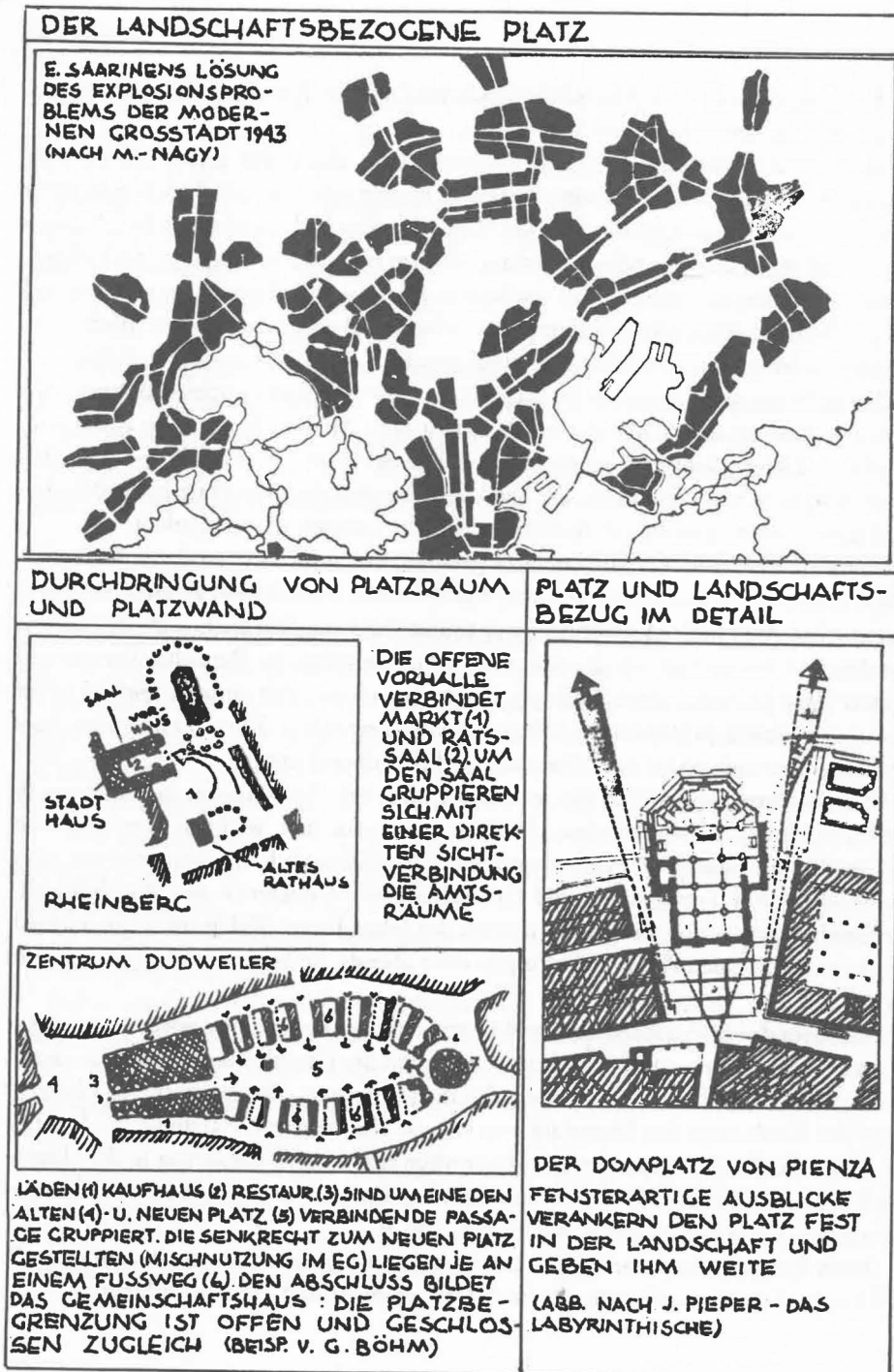


Abbildung 4

Eine planerische Umsetzung dieser Forderung haben wir versucht beim Gutachten Schloß Holte-Stuckenbrock, der Kernbildung einer neuen Gemeinde (vgl. Abb. 2).¹⁷ Das Herzstück des neuen Ortes ist ein auf drei Seiten streng begrenzter Angerplatz mit Arkaden. Im Nordwesten, an der Schmalseite, öffnet er sich in die leicht eingetiefte Bachaue. Das mittig stehende Rathaus – das einen intimen Innenplatz für den Tagesmarkt umschließt – akzentuiert den Raum. Der Hauptplatz ist so geschlossen und offen zugleich, der Blickbezug in die Bachaue schafft eine unverwechselbare Situation.

Als Schlußpunkt dieses Exkurses sei der Hinweis gestattet, daß durch die Integration ortstypischer Elemente bestehende unbefriedigende Platzsituationen eine bessere Maßstäblichkeit, Erkennbarkeit und Flächennutzung bekommen können. Anknüpfungspunkte, Zitate können dabei der historische Stadtgrundriß, typische Bau- und Hausformen, aber auch Farben, Materialien, Details usw. sein.

Dabei scheint mir wichtig, solche Zitate nicht als reine Dekorationselemente zu verwenden, die vor allem für Touristen interessant sind. Versteinerte Gags verlieren schnell ihren Effekt. Das Ziel muß vielmehr sein, den Gebrauchswert von Plätzen und die Aufenthaltsqualität auf Dauer im städtischen Alltag zu steigern.

Was damit gemeint ist, sei am Beispiel des Wettbewerbs »Künstlerische Ausgestaltung des Innenbereichs der Gesamthochschule Essen 1981« erläutert.¹⁸ Der großflächige Innenplatz ist gerahmt von vielgeschossigen und gleichmäßig gerasterten Institutsbauten. Trotz hohem Grünanteil ist der Raumeindruck eher nüchtern; der gleichförmige Rahmen der Gebäude erschwert die Orientierung. Die große Fläche und die unbelebten Fassaden erzeugen ein Gefühl der Verlorenheit. Deshalb habe ich das vorhandene Wegenetz auf dem Platz durch überwachsene Pergolen gefaßt, so daß unterscheidbare Teilräume entstehen. Vor allem habe ich versucht, dem Platz einen ortstypischen Mittelpunkt zu geben. Eine Gruppe von grünen Bergmannshäusern aus Hecken schafft intime Erholungsräume und weckt Erinnerungen an die heute weitgehend demolierten Ursprünge des Quartiers.

7. Der landschaftsbezogene Platz

Die bisher angesprochenen Beispiele vom wohnungs- bis zum stadtbezogenen Platz basieren auf dem Prinzip des Ausschneidens und Aussparens von Platzraum aus dem Volumen der gebauten Stadt. Das Weiterdenken der räumlichen Hierarchie der Plätze führt zu einem zweiten Prinzip: dem des Umschließens und Begrenzens großer Freibe-

¹⁷ Vgl. Böhm / Feinhals / Finke / Pieper / Popp / Schalhorn / Schmalscheidt, Gutachten Schloß Holte-Stuckenbrock. Kernbildung einer neuen Gemeinde, veröff. u. a. in: Wohnen in der Stadt heute, Bielefeld 1981.

¹⁸ H. Schmalscheidt, Künstlerische Ausgestaltung des Innenbereichs der Gesamthochschule Essen 1981 (3. Preis), veröff. in: architektur und wettbewerbe 109.

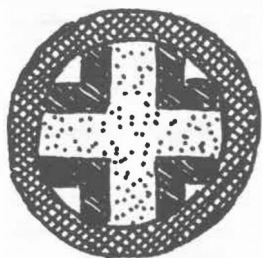


Abbildung 5 Die Hieroglyphe für Stadt:
Sie zeigt Abgrenzung und Durchdringung – vorn und
hinten – Straße und Platz.

reiche, ja ganzer Landschaftsteile durch (meist bandartige) Baustrukturen mit hoher Dichte, intimen Innenplätzen und ablesbaren Rändern.

Vorbild für mich sind dabei etwa die großmaschigen Heckenstrukturen der Hocheifel.

Hier liegt ein denkbarer Ansatz, anstelle von großflächigem Siedlungsbrei spannungsvolle Bau- und Freiraumstrukturen zu bilden. Vorteile dabei sind außerdem ein sparsamer Landschaftsverbrauch, enge Beziehung innen – außen sowie eine Durchlässigkeit und doch Geschlossenheit der Bebauung. Die so gebildeten Landschaftsplätze können vielen Funktionen dienen: der Erholung, dem Naturbezug der »Um«wohner, der Landwirtschaft, dem Klimaausgleich usw. Sie bieten räumliche Spannung und erfüllen unser Verlangen nach intimer Großmaßstäblichkeit.

Das Schlußwort gebe ich Rudolf Schwarz. Er sagt 1949: »Stadt und Land sind ins Fließen gekommen, und aus ihrer trüben Vermischung setzt sich die Stadtlandschaft ab. Das überspannte Gebilde der Großstadt zerreißt: Die endlosen Randbebauungen der ausfallenden Straßen reißen ab und sammeln sich um neue eigene Mitten, die sich zwischen den anbaufreien Straßen im stillen Zwischenraum bilden, zu neuen Gemeinden... Die Stadt bedeckt als ein oberster Zustand die Landschaft mit allem, was darin ist, doch das Dorf dringt bis in die Mitte der Stadt vor, die sich in neue Stadtdörfer teilt, ein anderer Zustand der Landschaft.«¹⁹

¹⁹ R. Schwarz, Von der Bebauung der Erde, Heidelberg 1949, S. 205 f.

Jörg Leist

in Zusammenarbeit mit Joachim Scheible und Herbert Weiß

Altstadtsanierung: Zum Beispiel Wangen im Allgäu

I. Sanierungsgrundsatz: Bewahrung der Identität

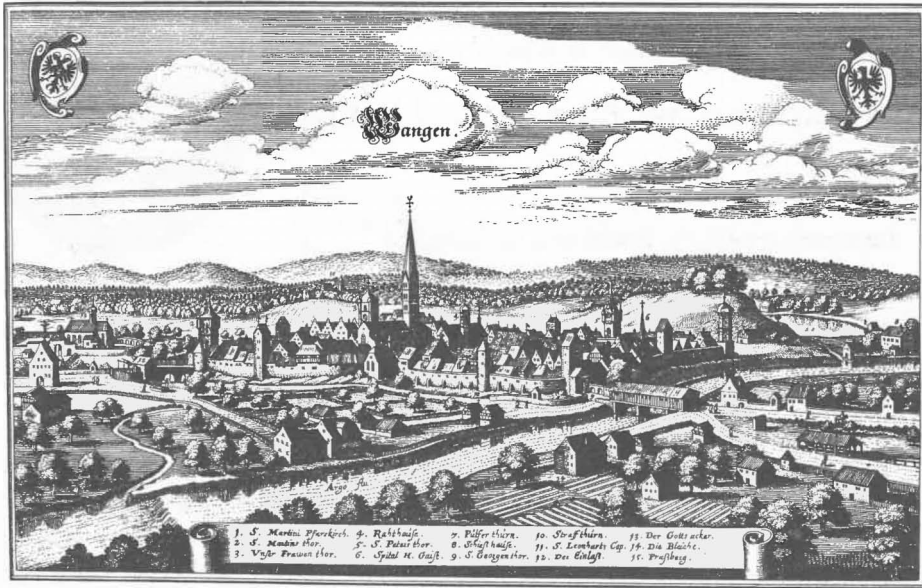
Städte sind Persönlichkeiten. Deshalb reagieren wir auf sie. Mit jedem Stein und Ziegel ist Geschehnis, Zufall oder Absicht verbunden. Noch immer gibt es den Glücksfall, daß wir spüren können, wie sich die Wesenszüge einer Stadt aus ihrem Entstehen, aus ihrer Geschichte herleiten lassen. Weil alte Städte sehr lebendige Individuen sind, können sie nicht nach einem allgemeingültigen Rezept saniert werden. Gute Sanierung setzt Kenntnis der besonderen Eigenschaften einer Altstadt voraus. Sanierungsschablonen und architektonische Sanierungsversatzstücke, wie man sie immer wieder landauf – landab beobachten kann, lassen sich dadurch leichter vermeiden. Das Ergebnis einer erfolgreichen Altstadtsanierung darf keine wesensveränderte Stadt sein.

II. Geschichte und Wesen der Stadt Wangen

Am Anfang einer sensiblen Sanierung sollte deshalb die Beschäftigung mit Stadtgeschichte, örtlicher Bau- und Handwerkstradition, aber auch mit der Baugesinnung der Bürgerschaft stehen. Aus diesem Grund gibt es für mich keine rasch auswechselbaren »Sanierungsspezialisten«, auch wenn sie fachtechnisch noch so beschlagen sind.

Die Stadt Wangen, welche hier vorzustellen ist, gehört zu den Städten, die sehr langsam gewachsen sind. Alles in dieser Stadt ist noch ablesbar und verständlich. Es entspringt nichts einer nicht nachvollziehbaren »großen Planungs-idee« und kaum etwas einem ungewöhnlichen Ereignis.

An der Stelle, wo die beiden Argen-Flüsse am nächsten zusammenkommen, gerade im Bereich offener Talauen und der fruchtbaren Hochebene zwischen den Flüssen, wo sich uralte Wege an flachen Furten trafen, liegt der Ursprung von Wangen: Das Wort »Wangen« bezeichnet ja einen »sanft geneigten Wiesenhang«. Hier ist noch deutlich zu sehen, wo der sanktgallische Maier um die Jahrtausendwende seinen Kellhof führte, wo der Abt von St. Gallen den ersten Marktfriedebereich abgränzte, warum die Pfarrkirche St. Martin mit ihrem befestigten Gottesacker wie eine Bastion an ihrer – und an keiner anderen – Stelle steht, am Ende des Argenprallhangs, im Scheitel eines alten Argenknies. Wir kennen die »Nahtstelle« am heutigen Marktplatz, wo der Stadtgründer Friedrich II. zu Beginn des 13. Jahrhunderts seine staufische Stadt dem



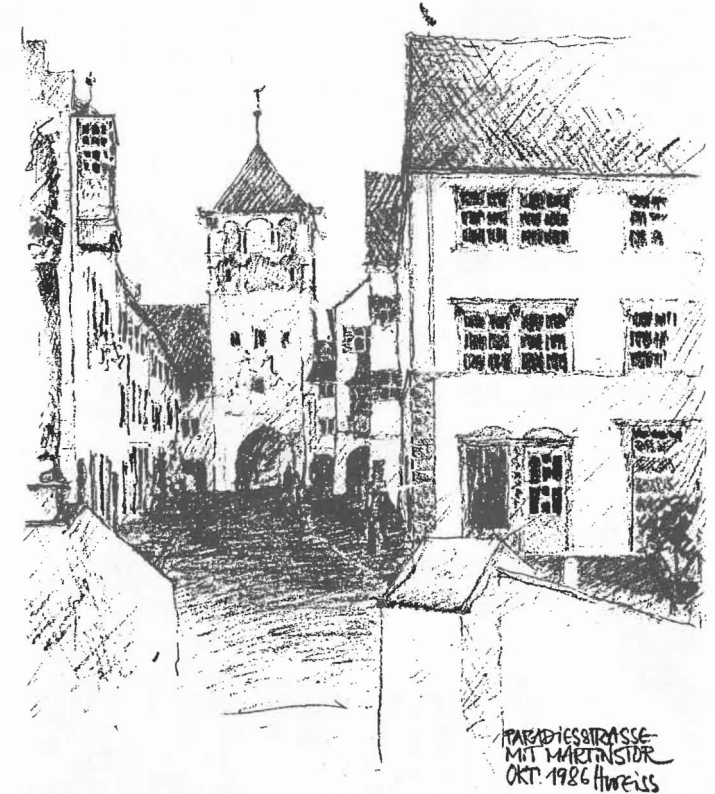
Wangen i. Allgäu im Jahre 1643.

Geländeverlauf folgend an den bestehenden sanktgallischen Markt ansetzte. Bis zum heutigen Tag ist die Stadt, obwohl auf eine Zahl von 24000 Einwohnern und eine Fläche von über 100 Quadratkilometern angewachsen, im Grunde das geblieben, als was sie vom Abt und dem großen Staufer gedacht war: Marktstadt und Mittelpunkt eines bäuerlichen Umlandes, das sich hier begegnet, Ware kauft und verkauft, Mittelpunkt einer überschaubaren Kleinwelt, von wo aus die Vermittlung örtlicher Produkte in alle Welt erfolgt – früher Leinwand und Eisenwaren, heute vor allem Textilien, Metallwaren, Laboreinrichtungen, Elektronik und sehr viel Käse –, wo Fremdes kritisch geprüft, hereingeholt oder abgewiesen wurde, alles, Gewürze, Nachrichten, Mode, Ideen.

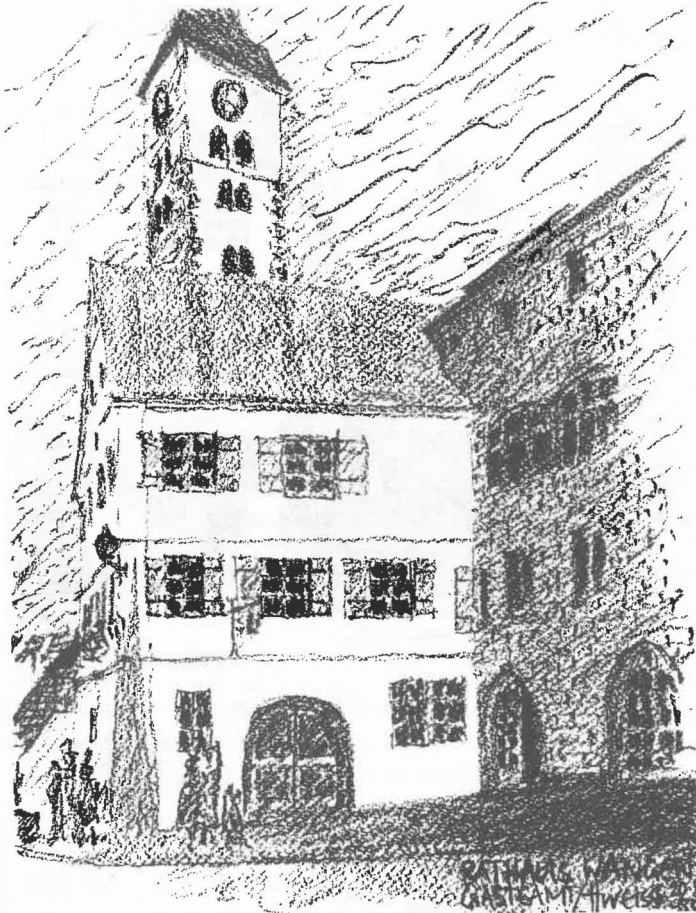
Zu den Bauern, die ernteten, aber auch Leinwand woben, zu den Händlern und Amtspersonen aus dem Kreis der Melioren gesellten sich von Anfang an die Handwerker. Alles fand seinen sinnvollen Platz: die riesigen mönchischen Teichanlagen in den Senken, die Flachs- und Kornfelder in den Ebenen, die Bleiche am Wasser, die Mühlen, Gerben, Walken und Eisenhämmer an den Bächen, die Schmieden, Werkstätten und Kontore in der Stadt.

Es gab eigentlich nichts besonderes, was der Stadt Brillanz verlieh. Sie war klein bis weit ins 19. Jahrhundert, im Durchschnitt schützte sie 1400 Einwohner. Ein exemplarisches Beispiel dafür, wie die Stadt baute, sparsam, vorsichtig, lieber ein bißchen zu klein, und doch brauchbar, ist das Rathaus: Hinter einer barocken Fassade steckt ein

Blick auf Martinstor und Paradiesstraße. Sie war Mittelpunkt des sanktgallischen Marktfleckens.



Mittelpunkt der Stadt und der Fußgängerzone ist der Marktplatz. In der Mitte das Rathaus, rechts die Pfarrkirche St. Martin, links ein patrizischer Renaissance-Bau.



Rückfront des Rathauses mit Turm von St. Martin.

gotischer Bau und dieser wieder umschließt ein uraltes römisches Haus, das Teil der ersten Stadtbefestigung war.

Das heutige Bild der Altstadt wurde geprägt durch die Blütezeit im 16. Jahrhundert bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Glücklicherweise ist ein sehr genaues Abbild der Stadt, 1611 von einem bedeutenden Kartographen gemalt, erhalten geblieben. Städtebaulich gesehen lebt der Stadtkern seit jener Zeit im wesentlichen von dieser Substanz.

Nach Jahrzehnten bürgerchaftlicher Streitigkeiten im 18. Jahrhundert wurde nämlich das Städtchen, arg gerupft durch den Reichsdeputationshauptschluß, in die neueste Geschichte gejagt. Wangen wurde württembergische Grenzstadt. Der schönste Teil des Reichsstadteritoriums fiel an Bayern. An alte Tradition anknüpfend entstand als einzig echte Industrie eine Baumwollspinnerei und -weberei. Beginnend

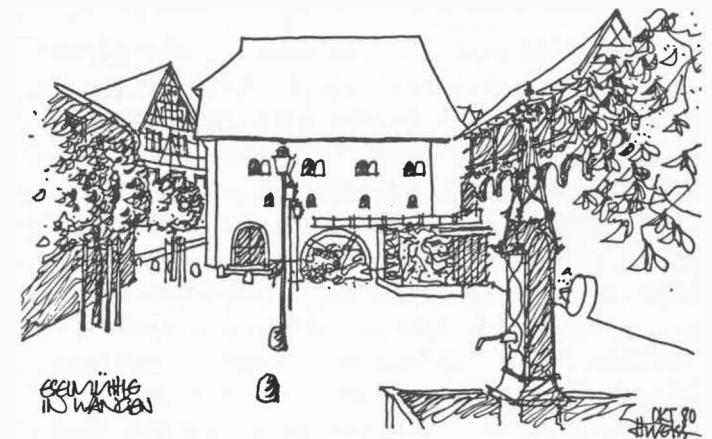
mit der Arbeit vieler kleiner Käsereien wurde die Stadt zur württembergischen »Käsemetropole«. Die uralte Wechselbeziehung zwischen Stadt und Landschaft funktionierte wieder: Austausch, Zuarbeiten, Handel. Den Kenner wundert nicht, daß in fast jedem Wangener Betrieb, auch in den größten, ein alter Handwerksbetrieb oder handwerklicher Produktionszweig steckt, der für das bäuerliche Umland arbeitet. Jeder Fabrikant könnte noch Handwerker sein. So wie es früher kein ausgeprägtes Patriziat in der Stadt gab, gibt es heute keine »Haute volée«. Ein gewisses Understatement, vermischt mit katholischer Freude an Farbe und Dekor, haben das Stadtbild bis zum heutigen Tag geprägt.

Nach den landschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten wurde in den letzten Jahrzehnten der Fremdenverkehr aufgebaut. Er kann (und soll) zwar die Stadt nicht prägen, gibt ihr aber einen freundlichen Hauch. Bemerkenswert, daß die ersten Gedanken über Stadtverschönerung, vor allem auch Denkmalpflege und Stadtbilderhaltung, bereits vor 100 Jahren eng verknüpft waren mit dem Wunsch, die Stadt für Fremde attraktiv zu machen.

Glücklicherweise hat die Stadt keine Kriegsschäden erlitten. Deutlich zu erkennen sind aber noch die Spuren eines Stadtbrandes, der 1874 große Teile der Unterstadt verheerte. Vor allem dieses Ereignis hat zur Folge, daß wir uns bei der Stadtsanierung auch mit – eher bescheidenem – Baubestand des 19. Jahrhunderts beschäftigen dürfen.

III. Sanierung braucht ein Leitbild

Angesichts mancher Sanierung fragt man sich schon nach der Zielrichtung der Sanierungsbestrebungen. Ist es genug, alles großartiger, teurer und bis ins letzte »durchgestylt« zu machen, wenn's am Ende nur korrekt, hart und unterkühlt wirkt, trotz allem Allerwelts-Sanierungsdekor?



Blick auf die Eselmühle mit wiedereingerichtetem Wasserrad und die freigelegte Stadtmauer rechts.

Vielleicht klingt's komisch und antiquiert: Auf dem Wege zur Bewahrung der Stadtidentität hilft uns die schon erwähnte Stadtansicht des Kartographen Johann Andreas Rauch, die er 1611 dem ehrsamem Rat der Stadt mit guten Wünschen zum Neuen Jahr dedizierte. Sie hängt seit dieser Zeit im Ratssaal – und sie ist bis zum heutigen Tag aktuell geblieben. Ich möchte natürlich nicht in den Verdacht kommen, diese alte Stadtansicht im ganzen oder im Detail als »Sanierungsplan« verwenden und einer »Nostalgie totale« frönen zu wollen. Mit wehmütiger, altertumsverliebter Nostalgie habe ich nichts im Sinn. Ich suche die erneuernde Kraft, die aus guter Tradition erwächst.

So verstanden ist die alte Stadtansicht ein Leitbild, weil sie eine in allen Funktionen intakte und zudem auch architektonisch schöne Stadt schildert. Wir wollen also keineswegs unsere Altstadt in den Zustand von 1611 »zurückbauen«, sondern die ganze moderne Stadt dem ausgewogenen Vor-Bild annähern. Zur Verdeutlichung muß ich noch anfügen, daß das Bild von 1611 Wangen in einer Blütezeit zeigt und durch die Besonderheit der Darstellung auch einen guten Einblick in die »Nutzungszonen« der Stadt und in das Arbeitsleben der Bürger gibt. Aber nicht nur dies: auch das Spiel der Kinder, die Schule, das feierabendliche Gartenvergnügen, die Demonstration, die Prozession, der Hausfrauentratsch auf der Straße und vieles andere – eigentlich alles, was »Urbanität« ausmacht – sind dargestellt.

Das Bild lehrt Details sehen und – im Vergleich mit heute – Veränderungsprozesse erkennen. Wie schon gesagt, wollen wir ja keine Stadt von 1611 bauen, sondern registrieren genauso sorgfältig auch jeden Zustandsbefund aus der nachfolgenden Barockzeit, dem Biedermeier oder dem späten 19. Jahrhundert, das uns noch manch originelle Zutat gebracht hat.

IV. Ein bißchen Wangener »Sanierungsphilosophie«

Die notwendige individuelle Stadtsanierung setzt das »Sehen der eigenen Stadt« voraus. Das ist nichts anderes als ein fortdauerndes Üben. Man tut dies am besten »im Umherstreifen«, zu allen Tageszeiten, bei allen Beleuchtungen, mit dem Versuch, neue Blickwinkel zu finden. Wichtig ist es, gelegentlich einen kleinen Abstand zu bekommen. Der Rundgang durch die Stadt nach einiger Ferienabwesenheit bringt manchmal ganz neue Erkenntnisse. Heutzutage mag man das alles »ein Stadtbild analysieren« nennen. Ich mag hier das Wort »analysieren« nicht recht und würde es gern durch das Wort »lieben« ersetzen. Liebe macht nämlich nicht nur blind. Wer wüßte nicht, daß sie doch vor allem feinfühlig und empfindsam macht.

Eigentlich sollte man »Sanieren« irgendwo lernen können. Was mir heute noch nachgeht, ist die verhältnismäßige Ahnungslosigkeit, mit der ich als junger Bürgermeister über die Abgründe hinweggesehelt bin. Man lernt ja vorher alles mögliche,

aber gewiß kaum das, was man für eine ordentliche Sanierung braucht, wenn man diese nicht als rein technisch-hygienischen oder vornehmlich finanziellen Vorgang betrachtet. Wenn nicht bereits besonders glückliche Umstände herrschen, muß ein Bürgermeister bei Gemeinderat und Verwaltung Verständnis schaffen für eine gute Sanierung. Dies ist für einen neuen Bürgermeister – und ich meine auch für einen jungen Architekten – außerordentlich schwierig, da er zunächst (und wohl auch zurecht) keinen diesbezüglichen Kredit beanspruchen kann.

Ich glaube, es ist wichtig, sich für die Sanierung eine Art ortstypisches »Vokabular« zusammenzustellen. Dies erfordert das Erkennen ortstypischer und zeittypischer Bauformen. Mit dem letzteren Begriff ist eine geschichtliche Dimension angesprochen. Ich halte sie für besonders wichtig: Häuser, Stadtviertel oder auch bauliche Details, die saniert werden, haben ja immer auch eine Aussage zur Geschichte der Stadt, zur Sozialgeschichte oder auch zur Geschichte einzelner Bürger zu machen. Wenn wir uns darum nicht kümmern, tun wir das gleiche wie eine hygiene-fanatische Hausfrau, die mit einem scharfen Putzmittel ihr schönstes altes Möbel kaputt macht. Sanierung sollte die Geschichtlichkeit der Bauwerke nicht auslöschen. Nicht alles Krumme muß nachher gerade sein. Auch sollte man sich hüten, durch falsche Zutaten (z. B. die erwähnten architektonischen Sanierungsversatzstücke) lokale Geschichte zu verfälschen. Ich meine also, daß es sehr gut wäre, wenn ein Bürgermeister oder der für die Sanierung Zuständige sich mit der Ortsgeschichte – auch der Baugeschichte – so gut als möglich vertraut machen würde.

Ich berühre jetzt sicher einen heftig umstrittenen Punkt, der mit der Problematik der genauso oft praktizierten wie verteufelten wie verunglückten Anpassungsarchitektur zusammenhängt, wenn ich zumindest für unsere Stadt anstrebe, daß die Sanierung im guten und historisch gewachsenen Stadtbild möglichst wenig auffällt. (Dies kann natürlich nicht für die Fälle gelten, in denen eine gänzlich verdorbene Situation vorliegt oder in denen willentlich und zwingend eine Strukturveränderung angestrebt werden muß). Ich meine, wir sind es der Individualität unserer Städte schuldig, daß man nicht in wenigen Jahren konstatieren kann: Aha, hier hat das Sonderprogramm 1986 – oder sonst irgendeins – zugeschlagen!

Daraus ergibt sich eine weitere, die vielleicht am schwierigsten zu praktizierende Aufgabe, da sie oft durch hochgesteckte politische Erwartungen und vielleicht auch das eigene Naturell erschwert wird: Man sollte sich bei der Sanierung ein vernünftiges Maß an Zeit einräumen. Man muß sich, im Sinne des »Leitbildes«, langfristig zu erreichende Idealziele stecken. Gleichzeitig ist es notwendig, sich jedoch gerade deshalb auch in Geduld zu üben: Rom wurde nicht an einem Tag erbaut – und Wangen wird erst recht nicht an einem Tag saniert.

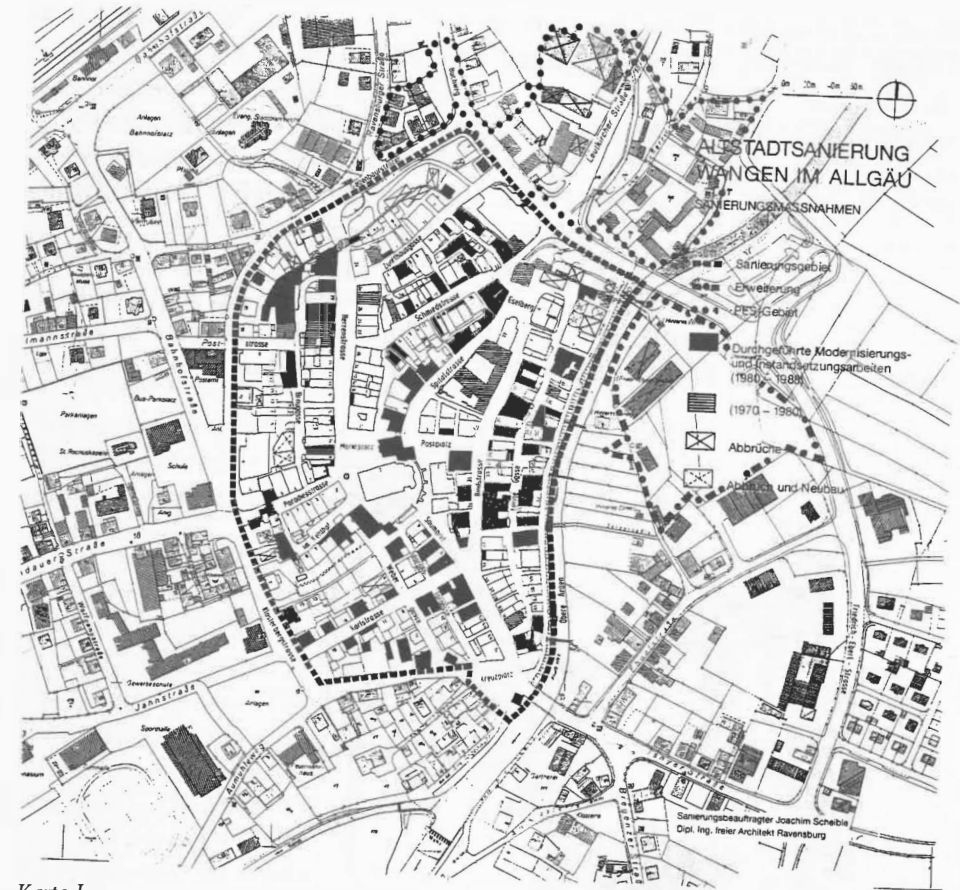
Eine behutsame, sozialverträgliche und damit vor allem menschliche Sanierung kann nicht mit (politisch oder sonstwie begründeter) Hast und mit der Brechstange gemacht werden. Es ist wohl wichtig, ständig mit Ideen zu spielen, Varianten zu



Die »Lange Gasse«, ursprünglich landwirtschaftlich geprägt, kommt allmählich in den Sog der Sanierung.

überlegen, Überlegungen zu sammeln (ganz wörtlich gemeint), die Zeit jedoch bringt erst die richtige Abklärung. Ich selbst habe zum Beispiel »Sanierungsziele«, die ich seit bald 20 Jahren ohne viel Aufhebens anstrebe. Viele Dinge können nur unendlich langsam gehen, aber was macht dies schon? Setzen wir mal den persönlichen Ehrgeiz in Relation zum Alter und zur Zukunft unserer Städte!

Manche Dinge gehen vor allem deshalb unendlich langsam, weil privates Eigentum Schranken setzt, die nicht durchbrochen, sondern nur gemeinsam aufgehoben werden sollen. Sanierungspolitik ist nicht zuletzt langjährig konsequent und zielstrebig betriebene Grundstückspolitik. Gerade diese Erfahrung hat übrigens dazu geführt, unser Sanierungsgebiet möglichst großräumig auszuweisen. Es umfaßt mit 12,3 ha das gesamte Altstadtgebiet. Bei dieser Größe wird unnötiger Vollzugsdruck vermieden. Die Stadt hat umgekehrt die Möglichkeit, auf das Veränderungsinteresse der Eigentümer zu reagieren.



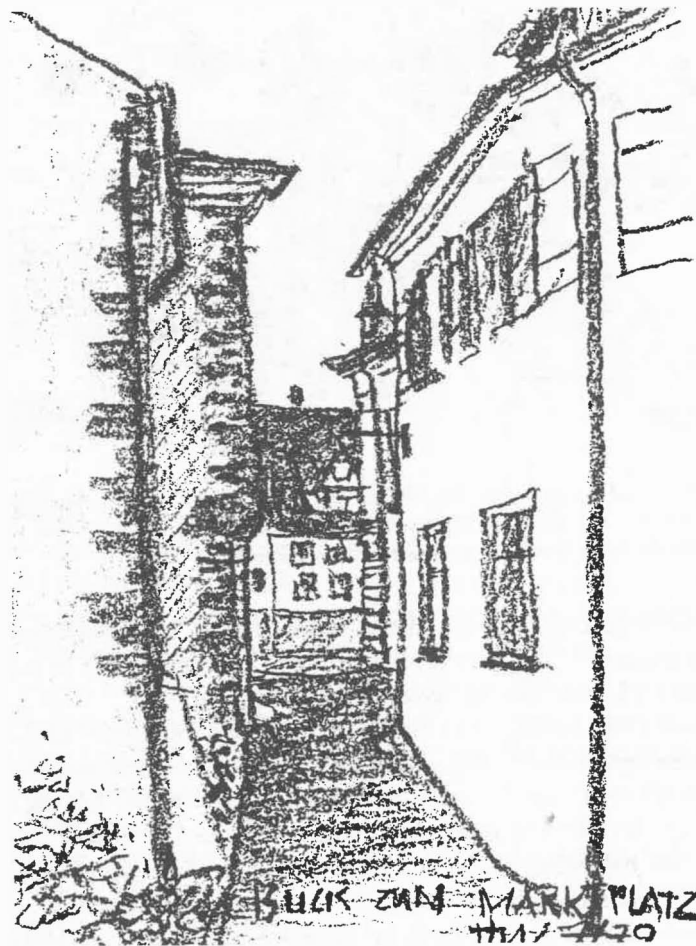
Karte I

Umfang der Sanierungsgebiete auf beiden Seiten der Oberen Argen und das PES-Gebiet (Einfache Stadterneuerung) im Norden des Altstadt-kerns. Im Sanierungsgebiet östlich der Oberen Argen ist dicht am Fluß das Bürgerhaus, östlich davon ein Einkaufszentrum vorgesehen.

Erst eine gewisse Berufserfahrung zeigt uns, daß es gerade bei der Sanierung Dinge gibt, die einfach reifen müssen. Leider steht diese Erkenntnis im Widerspruch zu der oft allzuhektischen und »soforterfolgsorientierten« Förderungspraxis.

Da dies, durch »hohe Politik« bedingt, nun mal so ist, muß auf kommunaler Ebene in Kenntnis der Gefahren daraus das Beste gemacht werden. Hier die Notwendigkeit des rechtzeitigen Gesprächs mit dem Bürger zu erwähnen, ist fast banal. Ich sag's trotzdem, weil dies nirgends so wichtig ist wie hier: Man darf keine Gelegenheit versäumen, ob beiläufig, ob halboffiziell oder hochoffiziell auf Sanierungsprobleme, Sanierungsziele, Lösungsvarianten hinzuweisen, in privater Runde, im Gemeinderat, bei Schulklassenbesuchen oder im Seniorentreff. Im Gespräch muß man seine Ideen

testen und schließlich muß man sich für seine Ideen Verbündete suchen: solche, die kritisch mitdenken, andere informieren oder Nachrichten aus der Bürgerschaft zurückbringen. Ich denke hier an die allenthalben seit langem vorhandenen oder neuerdings aus Bürgerinitiativen entstandenen Altstadtvereine oder Diskussionsforen, die sich in einem nie gekannten Ausmaß für städtebauliche Probleme interessieren und ganz wichtige Meinungsträger geworden sind. Man muß wohl auch damit beginnen, zusammen mit solchen Gruppen darüber nachzudenken, was denn den meisten Leuten eine gewachsene alte Stadt so vertraut macht. Es hängt vielleicht mit den Dimensionen zusammen, die ein Mensch durchschreiten und begreifen kann, ohne sich zu fürchten oder zu erschrecken; es hängt mit der »Farbtemperatur« zusammen, mit dem Hauch von Irrationalem, Gewachsenem, nicht Geplantem, mit



Es geht eng zu. Rechts das Rathaus, links die Pfarrkirche St. Martin. Durchblick zum Markt.

dem Mangel an Geometrie: In einer wohl empfundenen großen Ordnung steckt eine versöhnliche und tröstliche Menge von kleiner Unordnung und Ungeradem. Offenbar erkennt man sich hier leichter wieder.

Die Worte »Harmonie« und »Ästhetik« mögen bei manchen nur ein müdes Lächeln bewirken. Für mich sind diese Begriffe letztlich bei einem städtebaulichen Leitbild bestimmend. Viele Menschen mögen mit ästhetischen Minimalbedürfnissen durchs Leben kommen. Ich bin aber sicher, daß noch mehr Menschen, bewußt oder unbewußt, an einem Mangel an Harmonie und Ästhetik ihrer Umwelt leiden.

V. Sanierung in der Praxis

1. Priorität für die private Sanierung

Der Gemeinderat hat der Förderung von privaten Maßnahmen Priorität eingeräumt. Dies ist nicht selbstverständlich, aber wirkungsvoll. Die Stadt tobt sich nicht in öffentlichen Anlagen aus, sondern verwendet hierfür, was vom Privaten nicht abgeholt wurde.

2. Behutsame substanzschonende Erneuerung ist Leitziel

Am Beginn allen Planens steht daher die wesentliche Frage: Ist die beabsichtigte Nutzung mit der zu erhaltenden Substanz in Einklang zu bringen? Wir verfolgen nachdrücklich den Weg, im Vorfeld aller Planungen eine dem Gebäude gemäße Nutzung zu finden. Wohnraum bis unter den Dachfirst zerstört nicht nur manchen erhaltenswerten Dachstuhl, sondern genauso die Dachlandschaft und die für das Wohnen wichtigen Abstell- und Nebenflächen.

Auch das Aufteilen von Altgebäuden in Eigentumswohnungen gilt es im Rahmen der Sanierung einzudämmen. Aus der Aufteilung ergeben sich meist ungute Grundrißzwänge und Anforderungen an die Trittschalldämmung, die einer behutsamen Sanierung widersprechen.

Das Gebäudeinnere soll durch behutsame Erneuerung weitgehend erhalten und nach Möglichkeit restaurativ behandelt werden.

Trotz frühzeitiger Vorberatungen mit dem Sanierungsbeauftragten tauchen immer wieder Baugesuche auf, die wenig Rücksicht auf das vorhandene Grundrißgefüge eines Hauses nehmen. Leider fördert das geltende Baurecht Totalauskernungen mehr als es sie verhindert. Bleiben nur der Einsatz der Sanierungsmittel als Zuckerbrot und die Überzeugungskraft, um eine vorsichtige Bauweise durchzusetzen. Was allerdings nach der Sanierung geschieht, bleibt ungewiß.

3. Finden statt Erfinden

Diese Devise hat sich für die Behandlung von Baudetails in Wangen durchgesetzt. Damit werden falsche, importierte »Sanierungszutaten« eingedämmt. Wir bemühen

uns zum Beispiel konsequent darum, das unkontrollierte Abschlagen von historischen Putzfassaden und Innenwänden, bei dem landauf landab Unwiederbringliches zerstört wird, zu unterbinden. Auf Grund dieser Bemühungen, die aber stete Präsenz im rechten Augenblick und ein gutes Verhältnis zu Architekten und Handwerkern voraussetzen, wird das Wangener Stadtbild mehr und mehr von der differenzierten Farbigkeit ehemaliger Bemalung geprägt.

4. Nicht nur Häuser, vor allem Menschen sind von der Sanierung berührt

Mit gleicher Behutsamkeit wie die denkmalgeschützten Gebäude sind die persönlichen Belange der Altstadtbewohner zu behandeln und die nachbarschaftlichen Beziehungen zu bewahren. Der Bürger muß vor allem die Freude an seinem Haus, an seinem Besitz behalten. Mit Ausnahme eines Großprojektes sind in Wangen sämtliche Maßnahmen von einzelnen privaten Bauherren durchgeführt worden. Diese wohnen zu 38% im eigenen Gebäude oder führen dort zu 31% einen Betrieb. Um eines



Winkel beim Hospital. Das sanierte Altersheim in der Altstadt ist beliebt.

raschen Erfolges willen wollen wir keine Trägermaßnahmen. Anlaß zu Sanierungsmaßnahmen war zu 44% der Übergang des Eigentums durch Erbfall oder Kauf.

Den Kontakt zu den Bauherren suchen wir bereits zu Beginn aller Bauüberlegungen. So können schon bei der Aufstellung der Nutzungsprogramme die Fördermodalitäten eingeflochten werden. Im Vorentwurfsstadium finden bereits die städtebaulichen und öffentlichen Belange Berücksichtigung. Das Bauvorhaben wird im Vorfeld des Bauantrages einvernehmlich zwischen der Sanierungsstelle und dem Bauherren entwickelt. Dabei erfolgen Vorklärunge n sehr frühzeitig mit Baurechtsbehörde und Denkmalamt. Ein unabgestimmtes fixfertig eingereichtes Baugesuch verhärtet die Fronten und ist meist nur gegen Widerstände revidierbar. Angeforderte Tekturpläne empfindet der Bauherr oft als obrigkeitsstaatlichen Willkürakt.

Ein Baugesuch fixiert auch das Bauvolumen. Ziel der Sanierung ist es jedoch, durchgreifende Erneuerungen zu erreichen. Zuschuß und steuerliche Absetzung bewirken in der Regel, daß bei guter Beratung aus einer geplanten kleineren Umbaumaßnahme eine durchgreifende Erneuerung wird. Bezeichnend für unser Sanierungsgebiet ist immer noch eine kopflastige Alterspyramide, ein etwas höherer Anteil an Ausländern und sozial schwachen Personen. Neben aller Architektur ist die Interessenvertretung dieser Personen ein zentraler öffentlicher Belang. Soziale Probleme bleiben leichter lösbar, wenn der Sanierungsbeauftragte als Advokat zu Beginn der Planung Einfluß nehmen kann. Nicht selten läßt sich durch überlegte Planung erreichen, daß betagte Bewohner im Haus bleiben oder in der nächsten Nachbarschaft untergebracht werden können.

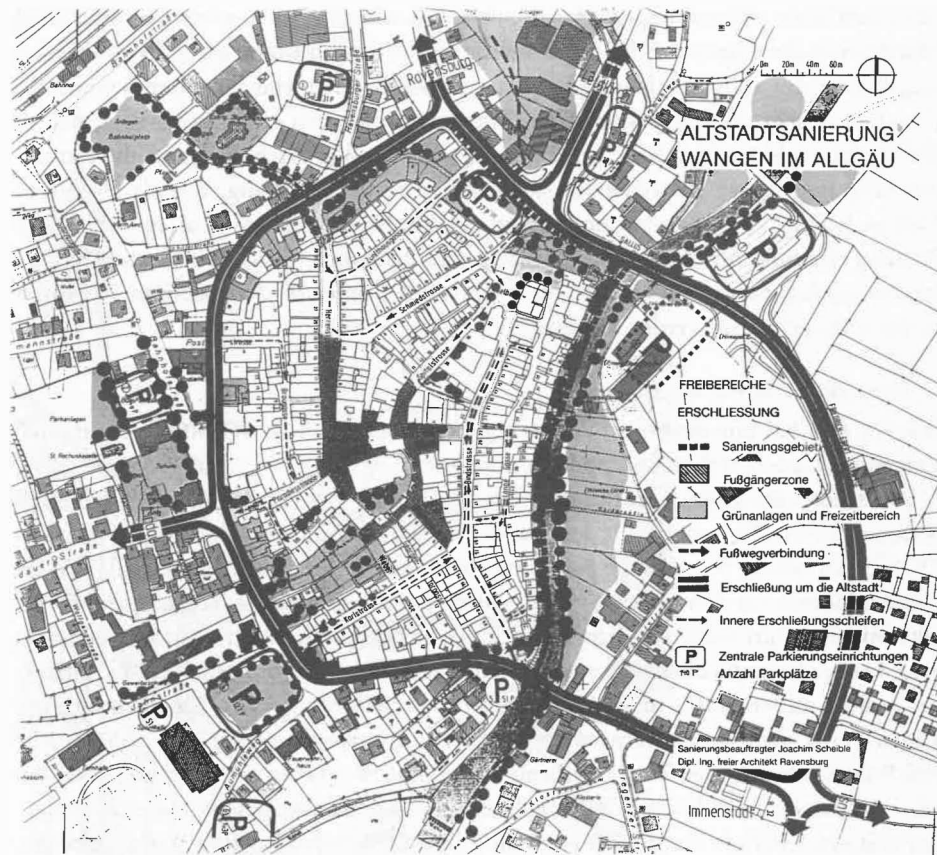
5. Freier Architekt mit Werkvertrag

Wer ist nun bei uns derjenige, der rechtzeitig dabei sein soll, vermittelt, berät, sich Zeit nimmt, auch mal tröstet und gut zuredet?

Es ist der »geeignete Beauftragte«, dessen sich die Gemeinde nach § 157 BauGB bedienen kann. Zusammen mit der benachbarten Stadt Saulgau hat die Stadt Wangen 1979 einen neuen Weg für die Sanierungsbetreuung beschritten. In einem Werkvertragsverhältnis mit den beiden Städten wurde ein sanierungserfahrener Freier Architekt mit der Durchführung sämtlicher Sanierungsmaßnahmen beauftragt. Er wirkt auch bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei den städtischen Planungen mit. Im Martins-tor – nicht im Rathaus – wurde eine Sanierungsstelle eingerichtet. Sie dient an zwei Tagen in der Woche den Bürgern als Anlaufstelle. Sanierungsgespräche bringen sehr viel Persönliches an den Tag. Der Beauftragte muß Vertrauensperson sein. Es ist bei uns von besonderem Vorteil, daß die baulichen, finanziellen und sozialen Probleme nur mit einer Person besprochen werden müssen. Nicht wechselnde Sachbearbeiter, sondern personelle Kontinuität und Kompetenz sind auf längere Zeit gefragt. Die Beratung aus einer Hand über die Höhe des Zuschusses, die Hausfarbe, die Fenster-sprossengliederung oder die Baufinanzierung wirkt sich positiv aus.

VI. Stadtentwicklung und Sanierung

Für den Altstadtkern Wangens gibt es keinen Bebauungsplan. Die Aufstellung von Bebauungsplänen wurde aber beschlossen für Randbereiche der Altstadt, speziell die ehemalige Grabenzone. Hier ergab sich vor allem die Notwendigkeit, auf diese Weise zu Vorkaufsrechten zu kommen, um notfalls Fehlentwicklungen im Ansatz stoppen zu können. Eine Besonderheit ist weiterhin, daß der gesamte Altstadtkern – ungefähr deckungsgleich mit dem Sanierungsgebiet – bereits seit 1976 unter Ensembleschutz nach dem baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz steht und also bei jedem, auch kleinsten Baugenehmigungsverfahren die Denkmalschutzbehörde zu beteiligen ist. Es sei hierzu vermerkt, daß die jahrelangen Erfahrungen durchaus positiv sind.



Karte II

Verkehrsführung und Parkplätze rund um die Altstadt. Dargestellt ist der Bereich der Fußgängerzone, die Grünzonen und die Baumpflanzungen.

Diese Situation führt dazu, daß die Stadtplanung das Sanierungsgeschehen mehr großräumig begleitet. Dies betrifft die Frage der Verkehrsführung außerhalb des Altstadtkerns, die Bewahrung oder Wiederherstellung von Landschaftskontakten zur Altstadt, die Schaffung von Parkplätzen außerhalb der Altstadt und insbesondere die Neuordnung der Bebauung in der brisanten Umstrukturierungs- und Wachstumszone, die sich auf eine Tiefe von wenig mehr als 200 Meter rund um den mittelalterlichen Stadtkern erstreckt.

Eine weitere Aufgabe, die von der Stadtplanung in Zusammenarbeit mit der Sanierungsstelle betreut wird, ist der Ausbau der Fußgängerzone, die Neugestaltung von Wegen und Plätzen sowie der Grünanlagen in den ehemaligen Stadtgräben, vor allem auch die konsequente Umgestaltung sämtlicher Zugänge und Zufahrten zum Altstadtkern: »Flugloch-Markierung« würde vielleicht ein Imker dazu sagen.

1. Der öffentliche Raum in der Altstadt und rund um die Altstadt

Bereits vor dem »offiziellen« Sanierungsbeginn wurden grundsätzliche Fragen des Umfeldes, insbesondere des öffentlichen Raumes erörtert. Das beschränkte sich nicht nur auf Straßenräume, Plätze und Grabenzone, sondern darüber hinaus auf eine weiter gefaßte Umgebung der Altstadt. Die im Zuge der mäßigen Industrialisierung voranschreitende Inanspruchnahme des Stadtumlandes läßt sich hier wie auch woanders am heutigen Stadtgrundriß ablesen. Daraus kann unschwer festgestellt werden, daß naturräumliche Gegebenheiten, deren Veränderung heute undenkbar scheint, damals bei der Besiedelung keine wesentlichen »Hindernisse« darstellten. Gar nicht existent waren im heutigen Sinne ökologische oder gestaltende Ziele der Freiraumplanung. Wer anerkennt, daß Stadtklima sowohl psychische wie auch physische Bedeutung für den Menschen hat, ist gefordert. Der »öffentliche Raum« erlebt eine Renaissance nicht nur in großen Städten. Dabei ist jedoch nicht nur der Raum wichtig, der als Weg, Straße oder Platz vielen Zwecken dient, sondern auch ein weiträumiges Umfeld, das menschliche Ausgeglichenheit begünstigt durch das Zusammenwirken von »Naturraum« und »künstlich« geschaffenem Raum.

Der öffentliche Raum innerhalb der dicht bebauten Stadt kann nicht gleichzeitig »Naturraum-Ersatz« sein. Bei der Umgestaltung des historischen »Marktes« lag daher das Schwergewicht bei der weitgehenden Eliminierung von Unverträglichkeiten, die durch den Verkehr entstanden waren.

2. Das Rezept für die Fußgängerzone

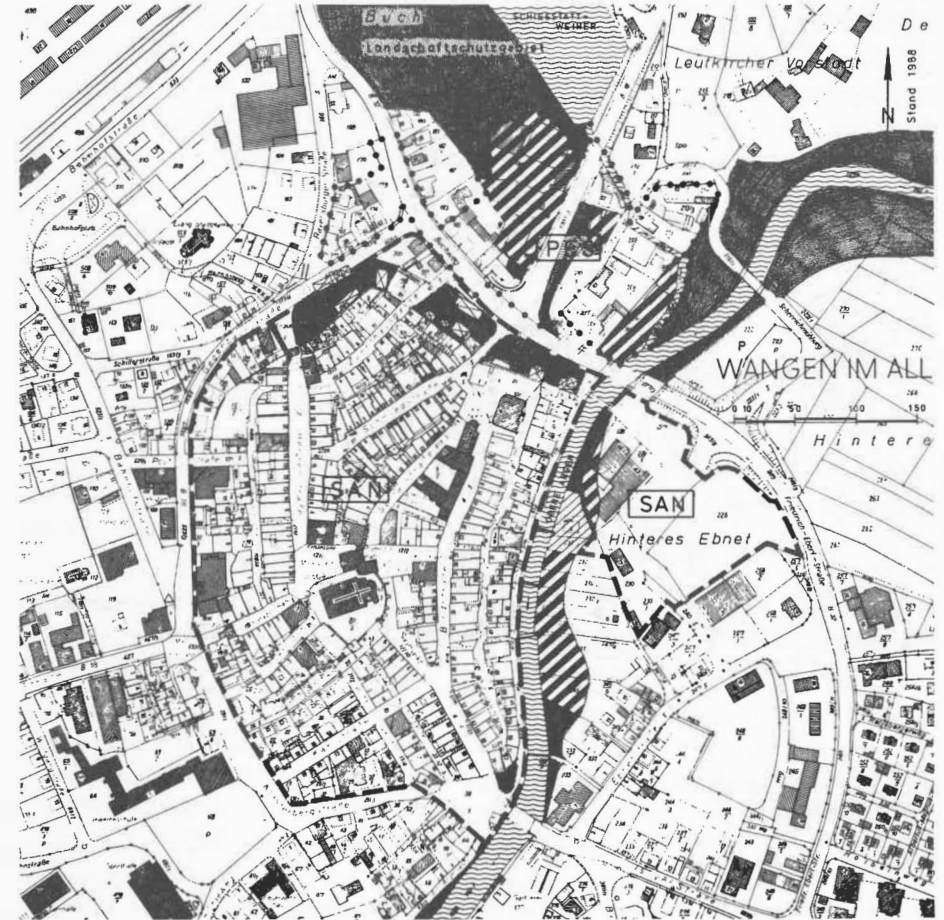
Das Gebiet der Fußgängerzone entspricht der Fläche des traditionellen, seit 1330 jeden Mittwoch abgehaltenen Wochenmarktes. Die Fußgängerzone wurde nach langer Diskussionsphase und nach Neuanlegung von altstadtnahen Parkplätzen in drei Etappen ausgebaut, so daß der Verkehr erst nach drei Jahren vollständig aus der Marktzone verbannt war. Diese Gewöhnungsphase tat gut. Auch sonst gingen wir



Wangen 1825: Ausschnitt aus der Flurkarte M. 1:2500.

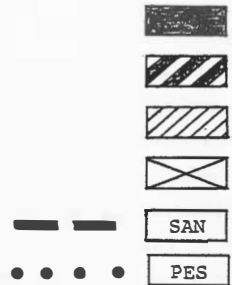
Reproduktion nach dem lithographischen Erstdruck SO 8152 der Württembergischen Landesvermessung. Herausgegeben vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1987.

behutsam vor: Die vorhandene Pflasterung vom Ende des 19. Jahrhunderts wurde übernommen. Damit wurde auf örtliche Gewohnheit Rücksicht genommen, Material und Form der Pflasterung nicht verändert. Mit Rücksicht auf die die Räume umschließende Architektur erfolgte eine zurückhaltende flächige Gestaltung. Der Pflasterunterbau, auch in Bereichen hoher Belastung, blieb »natürlich«. Es erfolgte keine flächenhafte Verwendung von Beton. Zur Zierde und als historische Notiz wurden kleine, künstlerisch gestaltete Bronzeplatten in die Pflasterung eingearbeitet. Wer sie sehen will, findet sie. Kleine Wasserläufe in Kandeln unter teilweiser Nutzung der



Wangen 1988:

- Die Umgestaltung von Straßen und Plätzen in der Altstadt im Bereich des »Marktes« umfasst: Herrenstraße, Marktplatz, Postplatz, Saumark und teilweise Spitalstraße
- Öffentliche Grünfläche im Eigentum der Stadt
- geplant (FNP, Bebauungsplan)
- derzeit nicht realisierbar, langfristig vorzusehen
- Fördergebiet »Altstadtsanierung«
- Abgebrochene Gebäude
- Fördergebiet »Programm Einfache Stadterneuerung«





Der Pulverturm in der Südostecke der Stadt ist Angelpunkt eines im Ausbau befindlichen »Museumsviertels«. Vor der Stadtmauer der beliebte Fest- und Musizierplatz.

Brunnenüberläufe wurden zur Belebung und als historische Reminiszenz an die früher vorhandenen Stadtbächlein eingerichtet. Die Möblierung wurde überwiegend nicht von der Stange gekauft, sondern selbst entworfen. Mit Rücksicht auf Umzüge und Stadtfeste ist sie mobil gehalten. Sie soll nach einer Eingewöhnungsphase wieder reduziert werden.

3. Neue Grünzonen im Grabenbereich

Wie vielerorts war auch in Wangen die alte Stadtgrabenanlage der Entwicklung weitgehend geopfert worden. Obwohl auch dieser Vorgang ein »historischer« war, kamen wir nach längerer Diskussion zur Auffassung, daß dort, wo Erscheinungsform, Gebäudesubstanz und Erschließungsvoraussetzungen mangelhaft waren, eine Freilegung sinnvoll sei. Durch Abbruch mehrerer Gebäude wurde bis jetzt eine Grünanlage von ca. 280 m Länge geschaffen. Zur Freude der Kinder gelang es, ziemlich viel Wasser in diesen Bereich zu bringen. So erhält die restaurierte Stadtmauer eine

durchaus aktuelle Funktion als Prallwand und Lärmschutz zugleich. Auch entlang des Flusses Argen, der vor der alten Stadtmauer fließt, ist ein »Spaziergängerbereich« und eine größere öffentliche Grünzone im Entstehen. Über mehrere Stege, von denen zwei erst in jüngster Zeit gebaut wurden, wird eine ca. 50 m tiefe Parkanlage jenseits des Flusses von der Altstadt her erreichbar. Erst in jüngster Zeit ist es durch einen Grundstücksaustausch möglich geworden, in diesem Bereich, also einen Steinwurf von der Altstadt entfernt, Gelände für ein Bürgerzentrum zu erwerben. Dieses Gelände wurde inzwischen in das Sanierungsgebiet einbezogen.

4. Programm »Einfache Stadterneuerung« (PES) in der »Leutkircher Vorstadt«

Durch eine frühere Gewerbeansiedlung ist eine starke und störende Veränderung an einem Gletscherhügel hervorgerufen worden, der als Ausläufer eines Landschaftsschutzgebietes bis an die Altstadt heranreicht. Auch ist die Verbindung der freien Talaue der Oberen Argen mit der Altstadt durch die gewerbliche Bebauung des 19. Jahrhunderts abgeschnitten. Eine Verbesserung ist dringend geboten. Die von der Stadt geplanten ökologischen Rückbaumaßnahmen wurden in das neue baden-württembergische »Programm Einfache Stadterneuerung« aufgenommen. Der Förderrahmen soll bei 10 Millionen DM liegen. Ein größeres Gewerbeareal wurde bereits gekauft. Der Betrieb baut neu in einem Gewerbegebiet. Durch Bebauungsplan wird nun geklärt, was von den alten Anlagen abgebrochen wird und wie der ökologische Rückbau erfolgen soll. Diese ungewöhnliche Aufgabe wird von uns als Jahrhundertchance zur Verbesserung der Stadtqualität angesehen. Bei der uns zugefallenen Wahlmöglichkeit zwischen Supermarkt und Wiederherstellung eines wichtigen Kontaktes zwischen Altstadt und freier Landschaft wollen wir uns für die vermeintlich »unwirtschaftliche« Lösung entscheiden. Wir hoffen dabei, wie bei der ganzen Stadtsanierung, daß einer späteren Generation sicherer Gewinn zuwächst.

VII. Zahlen zur Altstadtsanierung Wangen im Allgäu

Finanzierung 1980–1987

in Mio. DM

Gesamtinvestition 1980–1987 etwa	70,00
Förderrahmen genehmigt (Bund, Land, Stadt je ⅓)	18,49
beantragt bis 1993	27,29
öffentliche Baumaßnahmen	10,82
private Baumaßnahmen	41,09
Tiefbaumaßnahmen (Fußgänger-Grünzonen) und weitere Maßnahmen ca.	9,00
Fassadenerneuerungen	0,97
Maßnahmen anderer Programme	2,00
Laufzeit der Sanierung bis 1993	

Baumaßnahmen 1980–1987

- 63 durchgreifende Modernisierungen oder Teilabbruch und Wiederaufbau
- 59 weitere Instandsetzungsmaßnahmen und Erneuerungen
- 37 Schaufensteranlagen verändert
- 589 Stellplätze und Tiefgaragenplätze in Altstadt Nähe neu geschaffen
- 85 Stellplätze durch Fußgängerzonen entwidmet
- ca. 8000 m² Grünzonen im Altstadtbereich mit ca. 100 Baumpflanzungen neu angelegt
- ca. 8000 m² Fußgängerzone
- ca. 3000 m² Neugestaltung der Stadtzufahrten am Frauentor, Martinstor, am Kreuzplatz und am Peterstorplatz

Verbesserung der Infrastruktur

- Sanierung Eselmühle, Einrichtung Heimatmuseum und Käseremuseum (1975), Platzgestaltung Städtisches Altersheim Hospital zum Heiligen Geist (1978)
- Kornhaus – Einbau Bücherei und Stadtbauamt (1980)
- Neubau von Gruppenräumen für VHS und Vereine am Frauentor (1982)
- Gemeindezentrum der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin (1982)
- Rathausumbau und -ausbau des Dachgeschosses mit neuem Ratssaal (1983)
- Rathaus-Annex Mesnerhaus – Umbau (1983)
- Pulverturm und Haus Lange Gasse 1 – Museumsräume und Seniorentreff (1986)

Literatur

Albert Scheurle, Wangen im Allgäu. Das Werden und Wachsen der Stadt, 1975; *Stadtbauamt Wangen im Allgäu*, Das Kornhaus (Sanierungsbericht) 1981; *Stadtbauamt Wangen im Allgäu*, Das Rathaus (Sanierungsbericht) 1983; *Stadtbauämter Wangen / Leutkirch / Isny*, Allgäuer Altstadtibel. Gemeinsame Altstadtsatzung mit Erläuterung, 1982.

Hans Blumenfeld

Vom Kampf gegen den Kahlschlag*

Transkript und Überarbeitung: Volker Roscher

Wenn ich versuche, mir Rechenschaft abzulegen über die Zeit meines Wirkens in der nordamerikanischen Stadtplanung – nahezu ein halbes Jahrhundert – so erscheint wichtiger als positive Vorschläge ein Negativum: Verhinderung des »Kahlschlags«, der Zerstörung von Wohnvierteln der ärmeren Bevölkerung durch die »Bulldozer«, im Namen des »Urban Redevelopment«, der Stadt-Erneuerung.

Als ich kurz nach unserer Ankunft in New York im November 1938 den Architekten Simon Breines aufsuchte, lud er mich ein, am Abend eine öffentliche Veranstaltung zu besuchen, in der Robert Moses seinen Plan für »Urban Redevelopment« vorstellte. Moses, schon verantwortlich für die Straßen und Parks der Stadt, schlug vor, mehrere ausgedehnte Bezirke, die er als »Slums« definierte, abzureißen und mit großenteils öffentlichen, aber im wesentlichen privaten vielstöckigen Mietshäusern zu bebauen. Ich war entsetzt, so auch Breines, aber die Öffentlichkeit begrüßte den Vorschlag.

Der »Bürgerrat für Wohnung und Planung« (Citizens Council for Housing and Planning) bildete eine Kommission zum Studium des Problems, in die ich aufgenommen wurde. Ich traf dort führende Leute: Clarence Stein, Henry Churchill, Fred Ackerman, Clarence Perry, William Vladeck, Carl Feiss. Alle waren für »Urban Redevelopment« in großem Maßstab, Perry sah seine ideale »Nachbarschaft« von 10 000 Men-

schen als Minimalgröße für ein Projekt. Ein entsprechender Bericht wurde verfaßt.

Ich sagte und schrieb: »was immer »Urban Renewal« Gutes tun mag, es wird die Wohnungsnot der minderbemittelten Bevölkerung radikal verschlechtern, indem es das Angebot verringert und die Mieten in die Höhe treibt. Es kann daher nur empfohlen werden, wenn gleichzeitig, oder besser vorher, zwei andere Maßnahmen ergriffen werden: erstens, Mieterschutz und zweitens ein massives Programm für öffentliche Mietzuschüsse für Minderbemittelte.« Meine Kommissionskollegen waren meistens auch für Mietzuschüsse, aber sie wollten nicht die Stadterneuerung davon abhängig machen. Niederlage Numero eins.

Sechs Jahre später, Ende 1944, schuf der Staat Pennsylvania eine »Nachkriegs-Planungs-Kommission«. Man befürchtete eine Rückkehr von Krise und Massenarbeitslosigkeit und sah in der Stadterneuerung das wirksamste Gegenmittel. Abraham Freedman, Rechtsberater der Philadelphia Wohnungsbehörde, wurde beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und zog mich hinzu als technischen Sachverständigen.

Ich erklärte ihm sofort, daß und warum ich die beabsichtigte Gesetzgebung als sozial schädlich ansah. Er war beeindruckt und fragte: »Sollen wir den Auftrag ablehnen?« Ich erwiderte: »Nein, Pennsylvania wird ein solches Gesetz erlassen, wir können wenigstens Schutz gegen die schlimmsten Folgen einbauen.«

Schutzmaßnahme Nr. 1: Bestimmung, daß das örtliche Wohnungsamt bescheinigen muß, daß für die Bewohner abzureißender Häuser Standardwohnungen zur Verfügung stehen, zu vergleichbaren Mieten und in vergleichbarer Lage zu Arbeitsmarkt und Versorgung. Offensicht-

* Hans Blumenfelds letzter Aufsatz. Er verstarb am 30. Januar 1988 in Toronto. Seine Autobiographie erscheint in der Buchreihe »Stadt – Planung – Geschichte« voraussichtlich im Herbst 1988 im Christians-Verlag in Hamburg. Vgl. auch V. Roscher, Über Hans Blumenfeld, in: Die alte Stadt 12 (1985), S. 57–65.

lich, wenn solche Wohnungen auf dem Markt gewesen wären, dann wären die Slumbewohner längst in sie umgezogen. Also mußte das Wohnungsamt für alle evakuierten Bewohner neue, erheblich bezuschußte Wohnungen bauen – oder auf Abriß verzichten. So wäre es gewesen, wenn die Wohnungsämter gewissenhaft vorgegangen wären. Tatsächlich haben sie einfach die Unwahrheit bescheinigt. Schutzmaßnahme Nr. 1 hat versagt.

Schutzmaßnahme Nr. 2: Die Definition »slum clearance« als legaler Grund zur Enteignung wurde erweitert durch die Gummiparagraphen-Bestimmung: »oder wirtschaftlich oder sozial unerwünschte Zustände.«

Schutzmaßnahme Nr. 3: Einschaltung der Stadtplanung in zwei Stufen; erste Stufe: Abgrenzung einer »redevelopment area« und Richtlinien für die Erneuerung; zweite Stufe: Genehmigung von Projekten, die von privaten oder öffentlichen Unternehmungen vorgeschlagen würden.

Unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes wurde ich zum »Senior Land Planner« der reorganisierten Planungskommission ernannt und mußte mein eigenes Gesetz anwenden. Die erste Erfahrung, die auch andere Städte machten, war völlige Lähmung jeder Investition in Bauten in einer »redevelopment area«, da die Besitzer Enteignung erwarteten. Ich kam zu dem Schluß, daß wir dies nur vermeiden konnten, indem wir ganz Philadelphia, mit Ausnahme der Neubaugebiete, zur »redevelopment area« erklärten. Der Vorschlag wurde abgelehnt, aber seither sind allmählich fast alle Altbaubezirke Philadelphias so definiert worden. Im wesentlichen bestand meine Strategie darin, den Erneuerungsdrang von Wohngebieten auf andere, »wirtschaftlich oder sozial unerwünschte« Nutzungen umzu lenken.

Ein fast 5 km² großes Gebiet am Stadtrand konnte wegen des hohen Grundwasserstandes nicht mit Kanalisation versehen werden. Es war aber trotzdem während des »booms« der Zwanziger Jahre auf dem Papier geplant worden und viele Leute hatten dort Grundstücke gekauft. Etwa die Hälfte von diesen war an die Stadt gefallen, wegen nicht gezahlter Steuer. Der Rest

konnte billig erworben werden. Das Gebiet wurde dann etwa zwei Meter aufgefüllt, mit Kanalisation und Straßen versehen und allmählich an private und öffentliche Wohnungsunternehmen verkauft.

In einem anderen kleinen Gebiet hatten sich Seifenfabriken konzentriert und verpesteten die umliegenden Wohngebiete mit ihrem Gestank. Niemand wußte irgendetwas über die chemische Zusammensetzung dieser Gase, ihren Ursprung oder den Produktionsprozeß. Die Stadtplanungskommission wendete sich an das Franklin Institute – eine hoch angesehene wissenschaftliche Forschungsstelle –, das sich vertraglich verpflichtete, diese Fragen zu beantworten. Die Forscher des Instituts besprachen die Probleme mit den Fachleuten der Fabriken. Infolgedessen änderten einige Unternehmen ihre Produktionsprozesse, so daß die Abgase verschwanden, andere verlegten ihren Betrieb in die Umgebung und verkauften ihre Grundstücke und Gebäude an andere, harmlose Industriebetriebe. Das Problem war gelöst, ohne weitere Intervention.

In einem dritten, von Schwarzen bewohnten Gebiet unterhielten die Quaker ein Gemeinschaftshaus. Der Leiter entsann sich, daß während der »Depression« Quaker eine Selbsthilfe-Baugenossenschaft ins Leben gerufen hatten, die in der Nähe von Philadelphia eine Kleinhaussiedlung errichtet hatte. Er schlug der Stadtplanungskommission vor, ein Quartier mit heruntergewirtschafteten Wohnungen abzureißen und für den Bau einer ähnlichen Siedlung zur Verfügung zu stellen.

Eine so niedrige Bebauung war natürlich in innerstädtischer Lage nicht zu verantworten. Ich machte den Vorschlag einer Selbsthilfegenossenschaft für die Wiederherstellung der alten, fünfstöckigen Mietshäuser. Die Quaker führten ihn aus. Es gab einige Überraschungen. Wie kann man die Bewohner während der Bauarbeiten unterbringen? Die Sorge erwies sich als unbegründet. Die Hauseigentümer besaßen noch andere Slum-Wohnungen, in die sie die Bewohner übersiedelten. Die Quaker wollten ein rassisch gemischtes Projekt. Die Schwarzen waren schon da, die Weißen wurden noch gesucht. Als sich die Quaker die Namen der Bewerber ansahen,

war es ihnen nicht geheuer, alle waren bekannt als Mitglieder oder Mitläufer der kommunistischen Partei. Mit einiger Mühe fand man schließlich auch ein paar andere.

Bei der ersten Sitzung der Genossenschaft redeten nur die Weißen, die Schwarzen saßen in der Ecke und drückten die Bänke. Bei der zweiten Zusammenkunft – mit Hammer und Säge – gingen die Schwarzen gleich an die Arbeit und die Weißen guckten ihnen auf die Finger, um zu sehen, wie man so etwas macht.

Die nach Plänen der Architekten Stonorow und Kahn umgebauten Wohnungen waren gut, doch wie fast immer in solchen Fällen waren die Mieten zu hoch für die Mehrzahl der früheren Bewohner. Dieselben Architekten, zusammen mit dem Direktor der Planungskommission, Edmund N. Bacon, bereiteten eine Ausstellung für die Nachkriegsentwicklung der Stadt vor. Bacon beauftragte mich, ein passendes Gebiet zu finden für »Urban Redevelopment«, also Kahlschlagsanierung. Ich wendete ein, daß ein solches Projekt erstens architektonisch uninteressant wäre, weil es genauso aussehen würde wie dutzende in anderen amerikanischen Städten und zweitens, und vor allem, sozial schädlich. Ich schlug vor, stattdessen ein mit alten zweistöckigen Reihenhäusern bebautes, etwas verwahrlostes Gebiet wiederherzustellen und zu verbessern. Louis Kahn, der eben in diesem Gebiet aufgewachsen war, griff den Vorschlag mit Begeisterung auf. Die Pläne und Modelle, die er auf der Ausstellung zeigte, fanden viel Beachtung und haben zweifellos zu der späteren Wendung von Kahlschlagsanierung zu Nachbarschafts-Erneuerung beigetragen.

Kahlschlag und völliger Neubau war bis dahin auch die Regel für den öffentlichen Wohnungsbau, der nur für Mieter mit sehr niedrigem Einkommen zugänglich war. Das führte zu einer starken Konzentration von Problem-Familien in Ghettos, die bald mehr verrufen waren als die Slums, so daß wohnberechtigte, »respectable« Familien sich weigerten, dorthinzuziehen.

Zusammen mit einigen anderen schlug ich der Wohnungsbehörde vor, einfache Reihenhäuser, die auf den Markt kamen, zu kaufen und an respectable, minderbemittelte Familien zu ver-

mieten. Es war ein voller Erfolg. Die Kosten einschließlich der Wiederherstellungs- und Modernisierungsarbeiten waren ein wenig geringer als die für Neubauten. Die Wohnungen mit einem kleinen Gartenhof, waren viel besser geeignet für Familien mit Kindern als Stockwerkswohnungen. Zudem integrierten sich die Bewohner in die Nachbarschaft.

Als ich 1955 nach Toronto ging, wurde diese Politik dort nicht angenommen (erst in späteren Jahren, in etwas anderer Form). Aber es gelang mir, die einschlägigen Behörden dazu zu bringen, nicht mehr Quartiere abzureißen, um auf der so geschaffenen Wüste Wohnbauten zu errichten, sondern unbebaute Grundstücke, meist in Randlage, in Anspruch zu nehmen.

Der öffentliche Wohnungsbau spielte aber in Kanada, wie in den USA, keine große Rolle. »Urban Redevelopment«, Stadterneuerung, war in Mode, gefördert durch Bund und Provinzen. Die Quelle der Propaganda hatte sich jedoch verschoben. Vor dem Kriege waren es die Leute, die als Hausbesitzer und Hypothekengläubiger die unrentablen Slum-Wohnungen an den Staat abzuladen suchten. Das war nicht mehr nötig, denn mit gestiegenem Einkommen und Wohnungsmangel waren die Slums wieder rentabel. Jetzt kam der Druck von den Stadtverwaltungen, auch von Ladeninhabern und von der Bauindustrie. Die Städte hatten sich lange darüber beklagt, daß die Vororte ihnen die vermögenden Steuerzahler und Käufer ablockten, aber nicht ihre Armen, denen durch Zonung und Baugesetze der Zugang versperrt war. Die Städte konnten die Armen nicht aussperren, sie waren schon drinnen. Aber unter dem Banner der Stadtsanierung konnte man ihnen das Dach über dem Kopf abreißen und Bund und Staaten zahlten die Kosten. Die so geschaffenen »Kahlflächen« wurden von Unternehmern gekauft, die Wohnungen, Büros und Läden für zahlungskräftige Kunden bauten. Auf diese Weise konnten die Städte den Spieß gegen die Vororte umdrehen.

Eine wunderbare Lösung!? Die Leidtragenden waren die armen Slum-Bewohner, in den USA meist Schwarze. Schließlich schlugen sie zurück, in großen Aufständen, in denen sie oft ihre eigenen Wohnviertel niederbrannten.

Das gab den Regierenden zu denken, auch in Kanada. Eine von dem zuständigen Minister, Paul Hellger, eingesetzte Kommission empfahl das sofortige Ende der Kahlschlagprojekte. Als ihn der Sekretär und Verfasser des Hellger-Berichtes den Architekten von Toronto vorstellte, wurde er von allen Seiten heftig angegriffen. Die Hoffnung auf feste Honorare ging in blauem Dunst auf. Auf einer Versammlung mit über 200 Teilnehmern war ich der einzige Verteidiger des Hellger-Berichts. Aber die Regierung folgte ihm im großen und ganzen.

In Toronto wurden nur zwei Kahlschlag-Projekte durchgeführt, beide für Wohnungen mit ermäßigten Mieten. In Montreal, wo ich als Konsultant für die Stadtverwaltung tätig war, hatte ein Politiker namens Dozois ein umfangreiches Kahlschlag-Programm propagiert unter dem Titel »Le Plan Dozois«. Ich nannte ihn »Plan Bulldozer«. Er blieb auf dem Papier. Stattdessen hat die Stadt mehrere andere Programme entwickelt: finanzielle Unterstützung privater Hausbesitzer für Instandsetzungen und

für öffentlichen Wohnungsbau, Ankauf und Erneuerung alter Häuser und kleinere Projekte auf städtischen Baulücken.

Mittlerweile schlägt das Pendel nach der anderen Seite aus: Nicht nur öffentliche, sondern auch rein private Neubauten, denen alte Häuser zum Opfer fallen sollen, werden wütend bekämpft. Die kaufkräftigen Kunden, die in der Stadt wohnen wollen, werden dadurch jedoch nicht aufgehalten. Wenn nicht genügend innerstädtische Stockwerkswohnungen auf den Markt kommen, kaufen sie eben alte Häuser und modernisieren sie. Solche »gentryfication« ergibt hübsche »Vorher-Nachher-Bildchen«, aber ist wirtschaftlich und sozial unerwünschter als Stadterneuerung durch Hochhäuser.

Selbst heute noch betrachten viele Leute, auch solche guten Willens, »slum clearance« als eine »gute Sache«. Ich verstehe die Logik nicht. Ich sage zu meinen Freunden: »wenn du einem Mann mit einer zerrissenen Hose helfen willst, dann flickst du diese oder kaufst ihm eine neue, aber du ziehst sie ihm nicht einfach aus!«

Er saß auf seinem Koffer mitten im Steinstaub. Das Haus war zusammengesackt. Ein Sprengmeister hob den rechten Arm, zeigte, laut schreiend, laut laut aus trockenem Hals, in eine Richtung, die er empfehlen konnte. Der Sitzende aber – wer soll auf diese Idioten auch aufpassen! – blieb sitzen auf seinem Koffer, winkte.

Günter Bruno Fuchs (1928–1977), Sanierung der Stadtviertel, in: Stadtleben. Ein Lesebuch, hrsg. von K. Riha, Darmstadt 1983.

Autoren

HANS BLUMENFELD (geb. 1892) war zuletzt Chefplaner von Toronto, Kanada. Vorher Planer in Philadelphia, New York, UdSSR, Österreich und Deutschland. Grundlegende Veröffentlichungen über Stadtplanung, Planungstheorie, Architektur- und Planungsgeschichte. Verschiedene höchste internationale Ehrungen und Auszeichnungen sowie Ehrenvizepräsident des Weltfriedensrates. Am 30. Januar verstarb Professor Dr. Dr. Hans Blumenfeld in Toronto.

JÖRG LEIST, geb. 1935 in Rottweil am Neckar. Nach seiner Promotion 1962–1968 in der Landesverwaltung Baden-Württemberg tätig. Seit 1968 Oberbürgermeister in Wangen im Allgäu. – HERBERT WEISS (geb. 1944) studierte Architektur und Städtebau der TU Berlin und TU München. Nach freischaffender Tätigkeit seit 1977 Stadtbaumeister in Wangen im Allgäu und seit 1986 Lehrbeauftragter an der FHS Biberach für das Fachgebiet Siedlungswesen. – JOACHIM WOLFGANG SCHEIBLE (geb. 1945), Studium der Architektur an der Universität Stuttgart,

1972–1978 Mitarbeiter bei einem Sanierungsträger, seit 1979 Freier Architekt und Sanierungsbeauftragter der Städte Wangen im Allgäu und Saulgau sowie seit 1987 der Stadt Ravensburg.

PAUL NOLTE (geb. 1963), studierte Geschichtswissenschaft und Soziologie in Düsseldorf, Bielefeld und Baltimore, Md., USA, dort M. A. in Geschichte 1987, M. A. in Bielefeld 1988; Doktorand an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld. Aufsätze zur deutschen und amerikanischen Geschichte des 18.–20. Jahrhunderts.

HANS SCHMALSCHEIDT (geb. 1933), Studium der Architektur an der TH Aachen bei Gottfried Böhm und anschließend Assistent in Aachen. Seit 1983 Professor für Siedlungsplanung an der Gesamthochschule Kassel. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter auch Aufsätze zu Wettbewerbsarbeiten.

Notizen

Personalia

Festschrift für Rainer Jooß

Namhafte Beiträge zur Landeskunde und Geschichtsdidaktik enthält die Festschrift »*varia historica*«, mit der Professor Dr. Rainer Jooß anlässlich seines 50. Geburtstages geehrt wurde: G. Hergenröder / E. Sieber (Hrsg.), *varia historica*. Rainer Jooß zum 50., Herba: Plochingen 1988, 488 S., Abb., DM 48,-.

Professor Jooß ist Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift.

Wechsel bei ICOMOS

Das Deutsche Nationalkomitee von ICOMOS (Internationaler Rat für Kulturdenkmäler und

schutzwürdige Bereiche) hat den Bayerischen Generalkonservator Professor Dr. Michael Petzet zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Petzet ist Nachfolger von Professor Dr. Werner Bornheim gen. Schilling, dem früheren Landeskonservator von Rheinland-Pfalz, der dieses Amt 24 Jahre lang innehatte. Die Geschäftsstelle, bisher beim rheinland-pfälzischen Kultusministerium in Mainz, wechselt im September zum Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege nach München.

Wechsel bei ICCROM

Neuer Direktor des Internationalen Forschungszentrums für Konservierung und Restaurierung von Kulturgütern (ICCROM) in Rom wurde Professor Dr. Andrzej Tomaszewski. Toma-

szewski ist Direktor des Instituts für Architektur- und Kunstgeschichte an der Technischen Universität Warschau.

Im Blickpunkt: Der ländliche Raum

Die Merdinger Schlußerklärung

»Das Dorf im Wandel – Denkmalpflege für den ländlichen Raum« war Thema einer interdisziplinären Tagung vom 16.–19. Mai in Merdingen/Tuniberg:

»Die ländlichen Siedlungen, die Überlieferungen der durch die Landwirtschaft geprägten Gesellschaften, sind integrierter Bestandteil unseres kulturellen Erbes: Das Dorf war niemals eine Sonderform, sondern tragendes Element der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur. Diese Bedeutung ist ihm auch heute noch weitgehend geblieben.

Die gegenwärtige Umstrukturierung im ländlichen Raum greift jedoch tief in die sozialen, wirtschaftlichen und baulichen Gegebenheiten der ländlichen Siedlungen ein. Die Dorfbewohner wissen, daß sie einem enormen Veränderungsprozeß und Erneuerungsdruck ausgesetzt sind. Sie sind bereit, sich veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu fügen, wenn sie dabei die eigene Identität nicht aufgeben müssen. Sie sind auch bereit, an der Erneuerung der Dörfer aktiv mitzuwirken, wenn ihre Eigenverantwortung betont und durch fachliche Information Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird. Denn positive Entwicklungen stellen sich dann ein, wenn alle Maßnahmen vom Bewußtsein gemeinsamer kultureller Werte, verbunden mit einer Perspektive für eine menschenwürdige Zukunft für alle getragen werden. Die Erhaltung der Baudenkmäler und historischen Ortslagen, der Schutz des heimatlichen Lebensraumes und der Kulturlandschaft müssen deshalb zentrale Aufgabe der Erneuerungs- und Entwicklungspolitik werden. Das kulturelle Erbe ist nicht Besitz einer Generation: Es ist Auftrag zu Schutz und Pflege, um es zukünftigen Generationen übergeben zu können. Deshalb müssen folgende Forderungen mehr als bisher beachtet werden:

- Dorferneuerung ist als Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte anzusehen.
- Dorferneuerung und Dorfentwicklung müssen die geschichtliche Überlieferung und die kulturelle Identität der Bewohner bewahren.
- Jede Erneuerungsplanung ist daher aus den individuellen Bedingungen des einzelnen Dorfes, aus seinen sozialen, funktionalen und baulichen Gegebenheiten heraus zu entwickeln. Es sind Ortsanalysen zu erarbeiten, die den gegenwärtigen Ort mit allen seinen geschichtlichen Überlieferungen darstellen und aus denen sich Kriterien für Art und Umfang von Erneuerungsmaßnahmen ableiten lassen.
- Charakter und Unverwechselbarkeit des Dorfes bleiben am besten erhalten, wenn seine oftmals gering geachteten und verdeckten Qualitäten bewußt gemacht und beachtet werden. An Stelle vordergründiger »Dorfverschönerung« durch Tilgung aller Alters- und Nutzungsspuren muß das Prinzip der Instandsetzung und erhaltenden Erneuerung treten.
- Als typische Spuren dörflicher Funktionen sind nicht nur die hervorragenden Landmarken zu beachten, sondern gerade auch die unscheinbaren Dinge in den Ortslagen wie die Randbereiche und naturbelassenen Flächen.
- Die ungestalteten, nicht überplanten Flächen sind kostbare Bestandteile der ländlichen Siedlungen und Bereiche unterschiedlichster Nutzungsmöglichkeiten. Außerdem sind sie wichtige ökologische Ausgleichs- und Regenerationsflächen.
- Für die Erhaltung wertvoller Bauten muß auch ein zeitweiliger Leerstand in Kauf genommen werden, damit zukünftige Chancen einer sinnvollen Nutzung nicht verspielt werden.
- Es reicht nicht mehr aus, Denkmalbedeutung und Ziele der Denkmalpflege, Chancen und Grenzen von Dorferneuerungsmaßnahmen nur fachintern zu diskutieren. Sie müssen vielmehr mit der Dorfbewölkerung gemeinsam für ihren eigenen Ort erarbeitet werden. Dazu gehört die Information über die geschichtlichen Voraussetzungen, die auf die Gestalt und die Funktionsabläufe, auf die besonderen

Qualitäten, aber auch auf die Mißstände im gegenwärtigen Ortsbild eingewirkt haben.

- Die Dorferneuerungsverfahren müssen stärker auf denkmalverträgliche Konzepte ausgerichtet werden. Deshalb sind für alle Bereiche der Denkmalpflege erhebliche personelle Verbesserungen zu schaffen.
- Der Verbleib der Landwirtschaft und der baulichen Familienbetriebe muß gefördert werden, wo immer es möglich ist. Er bietet eine der besten Voraussetzungen für die Erhaltung der Baudenkmäler, für die Bewahrung des kulturellen Erbes und für die Pflege der schutzwürdigen Dorfbilder.
- Die begleitende fachliche Beratung muß die Dorfbewohner zur Selbstbestimmung über eigenverantwortliche Lösungen für die Zukunft befähigen. Dies schließt die Forderung nach ausreichend gut geschultem Fachpersonal ein.
- Die Menschen und die Dörfer brauchen Zeit. Zeit zur Planung, zu Beratung und zur Durchführung. Deshalb ist es wichtig, in überschaubaren Schritten vorzugehen und behutsam Maßnahmen zu planen, die auch unter sich wandelnden Bedingungen bestehen können.
- Für unsere Dörfer bedarf es dringend politischer Konzepte, die ihre Erhaltung als Siedlungsstandorte gewährleisten, die zukünftigen Aufgaben der historischen Dorfkerne beschreiben und die Existenzsicherung der Dorfbewohner ermöglichen.

Auf der Grundlage solcher Konzepte können regionalpolitische, ortsplanerische und denkmalpflegerische Maßnahmen entwickelt werden, die dem Bürger unmittelbar dienen und die Überlieferung der ländlichen Geschichte als wichtigen Teil des umfassenden kulturellen Erbes bewahren helfen.

Die in Merdingen versammelten Teilnehmer der Tagung »Das Dorf im Wandel – Denkmalpflege für den ländlichen Raum« appellieren an die Öffentlichkeit, an die Politiker, an die zuständigen Fachstellen und an alle, die das ländliche Kulturerbe als unwiederbringlichen Wert der eigenen Geschichte erkannt haben: Machen Sie die Dorferneuerung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, in der die Bewältigung der existenziellen Probleme der Betroffenen zugleich

über den Schutz der Baudenkmäler und über die Bewahrung des kulturellen Erbes entscheidet.

Forschungsprogramm Dorferneuerung

Im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaues hat das Bonner Bauministerium ein Modellversuchsprogramm zur städtebaulichen Dorferneuerung begonnen. Bundesbauminister Oscar Schneider bezifferte die Gesamtkosten auf 66 Millionen DM. Mit den Modellmaßnahmen sollen typische Problemstellungen erforscht werden wie die Sicherung und Verbesserung der zentralörtlichen Struktur von Gemeinden in ländlichen Gebieten, die Stärkung und Sicherung von Fremdenverkehrsfunktionen, die Sicherung ländlicher Wohnstandorte in der Nähe von Verdichtungsräumen und die Stabilisierung der Eigenentwicklung dörflicher Siedlungen.

Dorfsanierung und Arbeitsplätze

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, hat seine Auffassung bekräftigt, daß ein verstärkter Einsatz öffentlicher Mittel für Investitionen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erforderlich sei. Durch ein auf zehn Jahre ausgelegtes Zehn-Milliarden-Mark-Programm könnte es etwa 300000 Beschäftigte mehr geben. Als ein unerschöpfliches Investitionspotential nannte er dabei die Dorfsanierung.

Dorfvernichtung

Über die Hälfte der 13 000 rumänischen Dörfer und Landgemeinden soll bis zur Jahrtausendwende abgerissen und eingeebnet werden. »Landwirtschaftliche Systematisierung« nennt sich dieses Vorhaben der rumänischen Regierung.

Förderverein Stift Fischbeck

Das 1000jährige Dorf Fischbeck an der Weser im Landkreis Hameln-Pyrmont besitzt mit seinem Stift, insbesondere seiner romanischen Kirche ein bedeutendes, weit über Niedersachsen hinaus bekanntes Kulturdenkmal. König Otto I. bestätigte das Stift in einer Urkunde von 955. Der heutige Bau der Kirche, deren älteste Teile noch auf die Gründungszeit zurückzuführen sind, stammt aus dem 12. Jahrhundert.

Dieses bedeutende Denkmal mit seinem vollständig erhaltenen Kreuzgang hat im Laufe der Jahrhunderte besonders durch Kriegseinwirkungen, Plünderungen und Brände immer wieder beträchtliche Bauschäden erleiden müssen. Die moderne Zeit gefährdet es wie andere Bau- und Kunstdenkmäler auch durch Luftverschmutzung und säurehaltigen Regen. Staatliche Denkmalpflege und Klosterkammer allein können die Renovierungs- und Instandhaltungskosten nicht mehr tragen. Deshalb wurde ein »Förderkreis Stift Fischbeck e.V.« gegründet. Dieser Verein will zusätzlich Gelder für die Erhaltung des historisch und kunsthistorisch bedeutsamen Stiftes sammeln und seine Einrichtung als besonderes Kulturzentrum im Weserraum fördern. (Informationen: Dr. Norbert Humburg, Museum Hameln, Osterstraße 9, 3250 Hameln.)

Tagungsbericht

Geschichte in der kommunalen Kulturarbeit

Die Thomas-Morus-Akademie Bensberg veranstaltete am 23. und 24. Februar 1988 eine Studienkonferenz, die über 100 Kulturschaffende aus Städten und Gemeinden, Museums- und Archivangestellte sowie in Geschichtsinitiativen engagierte Personen zusammenführte. Diskutiert wurde auch die Frage nach der Zukunft für die Geschichte in den Kommunen:

»Unsere Kommunen werden geschüttelt von finanziellen Problemen. Städte und Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Dies sind Schlagzeilen, die sich fast jeden Tag finden lassen. Ist trotz der prekären Einengung des kommunalen Handlungsspielraums eine vernünftige und auf die Bedürfnisse des Bürgers ausgerichtete Geschichtsarbeit überhaupt noch möglich? Nötig wäre sie allemal, denn das Interesse an Geschichte erlebt einen ungeahnten Aufschwung, der sich am deutlichsten an steigenden Besucherzahlen von Ausstellungen und Museen ablesen läßt. Dabei raten Kommunalverbände und Städtetag dringend davon ab, die Mittel für Geschichte zu kürzen. Auf einer Tagung der Thomas-Morus-Akademie Bensberg in Köln bezeichneten sie es als haushaltspolitisch kurzsichtig und forderten

ganz im Gegenteil den Ausbau der personalen und materiellen Ausstattung der mit Geschichte betrauten Institutionen. Geschichte ist im Vergleich zu anderen Kulturbereichen äußerst preiswert. Mit relativ geringen Mitteln kann ein großer Effekt im kulturellen Angebot und an kultureller Identität erzielt werden. Entsprechende Konzepte für die Zukunft wurden den in großer Zahl anwesenden kommunalen Kulturbeamten für verschiedene Bereiche angeboten. Ein Vertreter des Regierungspräsidenten in Detmold stellte den Modellversuch »Geschichte in der Naherholung« vor. Regionale Schauplätze zu einzelnen Themen können auf festgelegten und beschilderten Routen abgefahren werden. Das »Inter-City«-Prinzip verbindet das Regionale mit lokalen Schauplätzen. Diese werden von den angeschlossenen Gemeinden in eigener Regie gestaltet. Zahlen liegen noch nicht vor, doch erhofft man sich eine breite Wirkung auf Einheimische und sich Erholende. Aber auch die klassischen Angebote, wie Archiv und Museum, bereiten sich auf eine größere Öffentlichkeit vor. Volker Wagner vom Stadtarchiv Bochum verlangte für das Archiv die »Öffnung nach Innen« und die »Öffnung nach Außen«. In Bochum wird versucht, ein Haus der Geschichte zu gründen. Nach dem Motto »alles unter einem Dach« wird dem Bürger ein breites Angebot an Eigenforschung, Weiterbildung und Unterhaltung geboten. Durch diese Kombination von Archiv, Museum, Kino, Freizeitheim und Geschichtswerkstatt entsteht ein zentrales Geschichtsamt. Helmut Lange vom Deutschen Städtetag forderte die Museen auf, das »aktive Dösen« des Besuchers attraktiver zu gestalten und das Museum mit Leben zu füllen. Das Museum bezeichnete er als Teil der historischen Landschaft einer Stadt oder einer Region. Historische Stätten in der näheren Umgebung müßten miteinbezogen werden, so daß ein dezentrales Museumssystem entsteht. Unterstützung benötigen die Kommunen vor allem von historisch Interessierten und gesellschaftlichen Gruppen. Das beginnt bei der Durchführung von Geschichtsfesten und endet im politischen Raum. Geschichte besitzt momentan eine zu geringe Lobby und keine gemeinsame Stimme. Eine Verbindung von einzelnen fordert der Landschafts-

verband Rheinland. Nur so kann Geschichte einen angemessenen Anteil bei der Verteilung der Haushaltsmittel verlangen.«

Publikationen

Unteilbare Landschaft

»Warum nur nehmen wir den fortschreitenden und meist endgültigen Verlust der Landschaft so gleichgültig und ohne Protest hin, während wir peinlich darauf bedacht sind, daß in unseren Interieurs und Museen alles stilvoll geordnet ist«. Anhand dieser und zahlreicher anderer Fragen wird den Ursachen des Substanz- und Gestaltverlustes unserer Landschaft nachgegangen. Ein Buch, das die Umwelt weniger als beliebig verbrauchbares Nutzungsobjekt, denn als Mittel zu verstehen gibt: *Hans Weiß*, Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis, Zürich: Orell Füssli 1987, 192 S., Fr. 34,80.

Bilanz des Verlorenen

Weit mehr als 10 000 Baudenkmäler, historische Straßenzüge und Häuserzeilen auf dem Gebiet der Bundesrepublik, die durch Kriegseinwirkungen in den Jahren 1939 bis 1945 zerstört oder beschädigt wurden, sind erstmals in einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation erfaßt worden. Das Forschungsministerium, das dieses Vorhaben mit rund einer halben Million Mark förderte, stellte die zweibändige Dokumentation »Kriegsschicksale Deutscher Architektur«, die im Wachholz-Verlag erschienen ist, nun in Bonn vor. Autoren sind der frühere Landeskonservator von Schleswig-Holstein Hartwig Beseler und der Architekt Niels Gutschow.

Altstadtsanierung in Krems an der Donau

Krems bleibt ein hervorragendes Beispiel städtischer Denkmalpflege. Die Stadt, die bereits einen Europa-Nostra-Preis gewonnen hat, erhielt nunmehr mit dem Sonderpreis abermals internationale Anerkennung. Die Restaurierungsarbeiten seien seit der ersten Preisverleihung mit gleichbleibender hervorragender Qualität fortgesetzt worden.

Einblicke in diese Arbeiten gibt jetzt die Publikation »Denkmalpflege und Altstadtsanierung Krems an der Donau«. Autor ist Professor Dr. Harry Kühnel, selbst maßgeblich an der Kremser Altstadtsanierung beteiligt.

Neuer Katalog der IRB-Literaturauslesen

Aktuelle Literaturdokumentationen zu mehr als 2000 Themen aus den Bereichen Architektur, Bauwesen, Technischer Ausbau, Bauteile und Baustoffe, Städtebau und Raumordnung enthält der jetzt wieder neu vom IRB Verlag in Stuttgart herausgegebene »Katalog der IRB-Literaturauslesen 1988«.

Dieses mehr als 400 Seiten umfassende Nachschlagewerk erleichtert die Beschaffung von Fachliteratur. Durch seine übersichtliche Gestaltung und das detaillierte Stichwortregister gibt der Katalog vor allem Bauingenieuren, Fachingenieuren, Architekten und Stadtplanern einen schnellen Überblick über die im IRB Verlag erschienenen Literaturdokumentationen.

Der Katalog der IRB-Literaturauslesen ist kostenlos zu beziehen beim IRB Verlag, Nobelstraße 12, 7000 Stuttgart 80, Telefon (0711) 6868-500.

Tagungen

Die Anforderungen der Gegenwart an die alten Stadtzentren sind vielschichtiger Art. Mit aktueller Problematik befassen sich im Herbst 1988 drei Tagungen, ausgerichtet von Mitgliedstädten der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt«:

Internationales Symposium in Trier

»Denkmalpflege und Tourismus – Mißtrauische Distanz oder fruchtbare Partnerschaft« ist vom 9. bis 12. November 1988 bereits zum zweiten Mal Thema eines Internationalen Symposiums in Trier. Beim ersten Symposium vor zwei Jahren hatten sich aus verschiedenen europäischen Ländern über 200 Fachleute der Bereiche Kunstwissenschaft, Archäologie, Architektur, Geographie, Volkswirtschaft und Praktiker der Denkmalpflege, des Tourismus, der Stadtplanung so-

wie Politiker und Publizisten an der Diskussion beteiligt und sich für eine Fortsetzung des Symposiums ausgesprochen. Für die einzelnen Referate konnten auch dieses Mal wieder namhafte Referenten, darunter Professor Dr. Manfred Fischer (Hamburg) sowie Professor Dr. Wulf Schirmer (Karlsruhe) aus dem In- und Ausland gewonnen werden. Das Symposium mit einem ansprechenden Rahmenprogramm ist in fünf Arbeitskreise unterteilt: 1) Archäologische Stätten und Tourismus, 2) Spannungsfeld Denkmalpflege und Tourismus in der DDR, insbesondere in der Stadt Weimar, der Partnerstadt von Trier, 3) Erhaltung der ursprünglichen Zweckbestimmung von Gebäuden und des damit verbundenen Nutzungserlebnisses – insbesondere von Kirchen, 4) Reiseführer-Literatur, ihr Verhältnis zur Denkmalpflege und 5) Verlust von ursprünglichen Funktionen des Dorfes und die Entwicklung des dörflichen Fremdenverkehrs.

Für die Thematik ist der Tagungsort Trier von besonderer Bedeutung, da hier wie kaum an einem anderen Ort nördlich der Alpen Bau- und Kunstdenkmäler aus zwei Jahrtausenden auf engem Raum nebeneinander erlebbar sind. Der zunehmende Touristenstrom läßt die Problematik des Symposiums in vielen Bereichen am Tagungsort selbst anschaulich werden. Interessenten, die an dem Symposium teilnehmen wollen, bekommen kostenlos das vollständige Programm zugesandt vom Verkehrsamt der Stadt Trier, Postfach 3830, 5500 Trier, Tel. 0651 / 718-2809.

Sonderveranstaltung in Engen

Innerhalb der Heimattage Baden-Württemberg vom 7. bis 11. September 1988 veranstaltet die Stadt Engen – mehrfach ausgezeichnet für die Sanierung ihres mittelalterlichen Ortskerns – auch eine Tagung zum Thema »*Einzelhandel und Dienstleistung in der sanierten Stadt*«. In der Berücksichtigung und Unterstützung der städtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe liegt eine gleichfalls zentrale Sanierungsaufgabe. Referiert wird aus der Sicht eines Denkmalpflegers, eines Vertreters der Stadtplanung sowie eines Repräsentanten des Einzelhandels.

Tagungsbeginn ist Freitag, 9. September 1988, ab 10.30 Uhr, im Gemeindezentrum Engen am Stadtpark.

Regionaltagung in Idstein im Taunus

Die diesjährige Regionaltagung der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt« findet vom 21. bis 23. Oktober 1988 in Idstein im Taunus statt: »*Alte Städte als Zentren der Gegenwart*«. Neben der besonderen Situation Idsteins stehen die Vorträge von Professor Dr. Gottfried Kiesow (Wiesbaden), »Die alte Stadt zwischen Flächensanierung und nostalgischen Träumen«, und Dr.-Ing. Ernst Schirmacher (Limburg), »Können die alten Stadtzentren noch Lebenszentren der Gegenwart sein?«, im Mittelpunkt der Tagung.

Anmeldung und Information: Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., Marktplatz 16, Postfach 269, 7300 Esslingen am Neckar, Telefon 0711 / 357670.

Zur Besprechung eingegangene Bücher

- H. H. Anton, Trier im frühen Mittelalter (= Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, Neue Folge 7), Paderborn: Schöningh 1988, 237 S., kart. DM 68,-.
- D. Apel / B. Kolleck / M. Lehmbeck, Verkehrssicherheit im Städtevergleich. Stadt- und verkehrsstrukturelle Einflüsse auf die Unfallbelastung, Berlin: Difu 1988, 249 S., 23 Abb., Tab., DM 32,-.
- W. Bettecken, Stift und Stadt Essen. »Coenobium Atride« und Siedlungsentwicklung bis 1244, Münster: Aschendorff 1988, 224 S., Ln. DM 64,-.
- B. Blanke / A. Evers / H. Wollmann (Hrsg.), Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik (Leviathan Sonderheft 7/1986), Opladen: Westdeutscher Verlag 1986, 405 S.
- D. Brandenburger / G. Kähler (Hrsg.), Architektur. Bauen in Hamburg seit 1900, Braunschweig: Vieweg 1988, 237 S., kart. DM 39,80.
- Ch. Braumann, Stadtplanung in Österreich 1918–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg, Diss. TU Wien 1986, 187 S., (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung 21).
- Bund für Umwelt und Naturschutz, Umwelt-Bilanz. Die ökologische Lage der Bundesrepublik, Hamburg: Rasch & Röhring 1988, 208 S., DM 26,-.
- J. Cramer (Hrsg.), Bauforschung und Denkmalpflege. Umgang mit historischer Bausubstanz, Stuttgart: DVA 1987, 143 S., 158 Abb., geb. DM 64,-.
- V. Darius, Der Architekt Gottfried Böhm. Bauten der sechziger Jahre, Düsseldorf: Beton-Verlag 1988, 112 S., 157 Abb., geb. DM 80,-.
- G. Dehio / A. Riegl, Konservieren, nicht restaurieren. Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900, Braunschweig: Vieweg 1988 (Bauwelt Fundamente, Bd. 80), 162 S., DM 29,80.
- M. Dinges, Stadarmut in Bordeaux (1525–1575). Alltag, Politik, Mentalitäten (Pariser Historische Studien 26), Bonn: Bouvier 1988, 588 S., DM 158,-.
- D. Ellger, Konservator im Alltag. Aufsätze und Vorträge, Bonn: Habelt 1987 (Denkmalpflege und Forschung in Westfalen 15), 90 S., DM 19,-.
- H. Fetz / Chr. Spiegel / B. Bilgeri, Ur- und Frühgeschichte des Feldkircher Raumes. Politik, Wirtschaft, Verfassung der Stadt Feldkirch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Sigmaringen: Thorbecke 1987, 388 S., 89 Abbildungen, Ln. DM 45,-.
- A. Fils, Brasilia. Moderne Architektur in Brasilien, Düsseldorf: Beton-Verlag 1988, 160 S., 230 Abb., geb. DM 98,-.
- Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band I: Von den Anfängen bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, hrsg. von D. Denecke und H.-M. Kühn, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1987, 762 S., 139 Abb., Tab., Ln. DM 98,-.
- E.-R. Hönes, Die Unterschutzstellung von Kulturdenkmälern. Das denkmalrechtliche Schutzverfahren und das Rechtsschutzsystem (Schriften zur öffentlichen Verwaltung 27), Stuttgart: Kohlhammer 1987, 348 S., kart. DM 39,-.
- Handbuch Kultur 90. Themen, Modelle, Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit der 90er Jahre, hrsg. v. Sekretariat für die kommunale Kulturarbeit der 90er Jahre, Stuttgart: Kohlhammer 1986, 300 S., kart. DM 39,80.
- U. Henn, Die Mustersiedlung Ramersdorf in München. Ein Siedlungskonzept zwischen Tradition und Moderne, München: Uni-

Druck 1987, 429 S., Abb. (Diss. z. Bayerischen Landes- und Münchner Stadtgeschichte).

Hermen Bote. Braunschweiger Autor zwischen Mittelalter und Neuzeit, hrsg. von D. Schöttker u. W. Wunderlich, Wiesbaden: Harrassowitz 1987, 260 S., Abb., brosch. DM 118,- (Wolfenbütteler Forschungen 37).

A. Herzig / Rainer Sachs, Der Breslauer Gesellenaufstand von 1793. Die Aufzeichnungen des Schneidermeisters Johann Gottlieb Klose, Göttingen: Schwartz 1987, 214 S., Abb., kart. DM 48,- (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 12).

R. Heyer, Funktionswandel innerstädtischer grün bestimmter Freiräume in deutschen Großstädten, Diss., Paderborn: Schöningh 1987, 254 S., Abb., Kart. DM 32,-.

Ch. Jencks, Architektur heute, Stuttgart: Klett-Cotta 1988, 360 S., 550 Abb., Ln. DM 198,-.

H. Kahlen, CAD-Einsatz in der Architektur, Stuttgart: Kohlhammer 1988, 220 S., Abb., DM 59,-.

H.-J. Kaiser, Die Rekonstruktion der Fassaden am Hohen Markt in Wien, Diss. TU Wien, Wien: VGWÖ 1987, 333 S., zahlr. Abb. u. Karten, DM 69,-.

Ki-Ho Jung, Bezüge des Menschen zu Haus, Dorf und Landschaft. Dargestellt an drei koreanischen Familiendörfern, Diss., hrsg. v. Institut für Ländliches Bau- und Siedlungswesen, Univ. Hannover 1987, 56 u. 59 S.

R. Koselleck (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II: Das Bildungswissen (= Industrielle Welt 41), Stuttgart: Klett-Cotta 1988, 350 S., Ln. DM 98,-.

G. Kreißig / J. Grabbe, Kultur vor Ort. Hinweise und Materialien zur Förderung der offenen Kulturarbeit in den Städten (= Neue Schriften des deutschen Städtetages 57), Stuttgart: Kohlhammer 1988, S. 140 S., kart. DM 45,-.

Landesamt für Denkmalpflege Hessen / S. Russ (Hrsg.), Kulturdenkmäler in Hessen: Wiesbaden II – Die Villengebiete, Braunschweig: Vieweg 1988 (Denkmaltopographie BRD), 635 S., ca. 2000 Abb., geb. DM 98,-.

Landesamt für Denkmalpflege Hessen / D. Söder (Hrsg.), Kulturdenkmäler in Hessen: Kreis Of-

fenbach, Braunschweig: Vieweg 1987 (Denkmaltopographie BRD), 390 S., ca. 1500 Abb., geb. DM 68,-.

U. Lauber, Gemeinden und Datenschutz in Baden-Württemberg, Stuttgart: Kohlhammer 1988, 120 S., kart., DM 29,-.

E. Lorenz, Kirchliche Reaktionen auf die Arbeiterbewegung in Mannheim 1890–1933, Sigmaringen: Thorbecke 1987, 328 S., Abb., geb. DM 48,- (Sonderveröff. d. Stadtarchivs Mannheim 11).

K. J. Müller (Hrsg.), Zur Geographie des Nordberliner Raumes (Beiträge und Materialien zur Regionalen Geographie, Heft 1), Berlin: Universitätsbibliothek Publikationen 1988, 106 S., 42 Abb., 22 Karten, DM 12,-.

Österreichisches Städtebuch, Die Städte Niederösterreichs 1. Teil (A–G) mit Landesgeschichte und Bibliographie, hrsg. von Othmar Pickl, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften 1988, 456 S., 21 Tafeln, Ln. DM 110,-.

U. v. Pretz, Stadtsanierung im Dritten Reich (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 45), Dortmund: Universität, Fachbereich Raumplanung 1988, 200 S., DM 26,-.

Revitalisierung des Stadtraumes (Architektur und Wettbewerbe 132), Stuttgart: Krämer 1988, 123 S., 300 Abb., DM 30,-.

H. Reyer / H.-G. Stephan, Der Ziegelhof in Witzhausen. Ein kommunaler Gewerbebetrieb des Späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit, Ergebnisse archäologischer und historischer Forschung, Witzhausen: Werratälverein 1988, 139 S., Abb.

E. Sass, Der gute Ort. Untersuchung über die Raumgestaltung von Orten im dörflichen und landschaftlichen Kontext, Diss., hrsg. v. Institut für Ländliches Bau- und Siedlungswesen, Univ. Hannover 1988, 134 S.

E. Schirmacher, Die Gestalt der mittelalterlichen Städte. Erhaltung und planendes Handeln, München: Artemis & Winkler 1988, 384 S., 176 Abb., DM 118,-.

C. Schmitz, Bergbau und Verstädterung im Ruhrgebiet, Bochum: Deutsches Bergbau Museum 1987, 104 S., 28 Abb., Tab., DM 85,-.

H. Schomann, Das Frankfurter Bahnhofsviertel

und die Kaiserstraße. Ein Beitrag zu Städtebau und Baukunst des Historismus. Mit einem Nachwort von Albert Speer, Stuttgart: DVA 1988, 320 S., 1250 Abb., DM 198,-.

W. Schulte / V. Voggenreiter, Natur in Bonn: Bousier 1988, 72 S., 160 Abb., DM 29,80.

V. Schwier / C. Brüggemann / A. Docter, Aspekte einer städtebaulichen Reise in die DDR, Oldenburg: Universität, Fachbereich Raumplanung 1988, 176 S., DM 6,50.

Stadt und Festung Freiburg, Bd. 1: Karten und Pläne zur Geschichte der Stadtbefestigung, 544 S., Abb., Bd. 2: Aufsätze zur Geschichte der Stadtbefestigung, 167 S., Abb. (Veröff. a. d. Archiv d. Stadt Freiburg im Breisgau 22), Freiburg: Stadtarchiv 1988.

F. Stockreiter, Die Entwicklung der Stadtplanung in Niederösterreich von der Mitte des

19. Jahrhunderts bis 1938, Diss. TU Wien 1988, 159 S. (Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung 22).

S. Tigermann, Architonns. Die autobiographischen Popveduten eines amerikanischen Architekten, hrsg. u. kommentiert v. V. Fischer, Berlin: Ernst & Sohn 1988, 52 S., 60 Abb., DM 38,-.

H. Weiss, Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis, Zürich/Wiesbaden: Orell Füssli 1988, 192 S., 32 Abb., DM 34,80.

M. Ziegler, Die Anfänge der Linzer Baugenossenschaften bis 1934, Wien: VWGÖ 1987, 249 S., brosch. DM 36,- (Diss. J. Kepler-Universität Linz 71).

Besprechungen

MARK GIROUARD, *Die Stadt. Menschen, Häuser, Plätze. Eine Kulturgeschichte*, Frankfurt / New York: Campus 1987. 398 S., 315 Abb., geb. DM 98,-.

Auch wenn es auf den ersten Blick so aussehen könnte: Dies ist kein Bilderbuch – aber es ist ein Buch der Bilder. Nicht nur der gemalten, gestochenen, photographierten Bilder, die in musterhafter Auswahl und Qualität (auch der Reproduktion) vor dem Leser ausgebreitet werden, sondern auch der sprachlichen: »Manchester: ein Himmel, der kupferrot wird von der sinkenden Sonne, eine merkwürdig geformte Wolke, die über der Erde hängen bleibt und unter dieser reglosen Decke eine Masse, ein Klumpen, schwärzlich, ungeheuer, endlose Reihen von Gebäuden, und man ist hier im Herzen eines Babylons aus Backsteinen.« Dieses Bild der »Schock-Stadt des Zeitalters«, das Hyppolite Taine in seinen Erinnerungen an eine Reise nach England festgehalten hat, steht für eine Vielzahl ähnlich eindringlicher und sprachmächtiger Schilderungen, die der Verfasser in zeitgenössischen Reisebeschreibungen, Tagebüchern, Memoiren, auch Romanen und Gedichten aufgespürt hat.

Und es ist ein Buch der Fakten. Wer gewöhnt ist, Texte auf wenig bekannte und treffende Details hin zu exzerpieren, wird hier lange zu tun haben. Er erhält Auskunft über Zahl und Nationalität der Ausländer, die im Jahr 1440 am Einzug Herzog Philipps des Guten in Brügge beteiligt waren ebenso wie über Name und Zweck der Akademien, die Ludwig XIV. zwischen 1661 und 1671 gegründet hat, über die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder der Royal Society in London in den Jahren 1660 bis 1665 wie über die Städte in aller Welt, in denen im 19. Jahrhundert englische Gesellschaften die städtischen Gaswerke bauten oder betrieben und die Straßenbahn- und Omnibusunternehmen verwalteten.

Das Buch ist schließlich, auch wenn der Verfasser im Vorwort das Gegenteil behauptet, eine Botschaft. Die Botschaft eines leidenschaftlichen Stadtliebhabs, der mit der Vorstellung aufgewachsen ist, »daß Vorstädte nichts Schätzenswertes seien«, und der voller Trauer und Entsetzen die »Orgie der Zerstörung«, die »großen Verheerungen«, die »schreckliche Gleichförmigkeit« registriert hat, die ein von einer vordergründigen Modernität besessenes Planungssystem den Städten in den 50er und 60er Jahren auferlegt hat. Und der in den neuen Vierteln vor allem das vermißt, was ihm Lebenselixier ist; »das Gefühl des Dramatischen im weitesten Sinn: das Empfinden, daß viele Spielarten menschlichen Lebens auf einer Bühne beisammen sind«.

Darüber hinaus entzieht sich das Buch jeder Einordnung in die gängigen Kategorien der Buch- und Fachwissenschaften. Es ist weder ein Handbuch noch ein Lehrbuch, weder ein Grundriß noch ein Abriß. Es ist keine Wirtschafts- und keine Sozialgeschichte, keine Bau- und keine Planungsgeschichte. In dieser Hinsicht kann und will es sicher auch nicht mit der im gleichen Verlag erschienenen »Geschichte der Stadt« von Leonardo Benevolo konkurrieren. Es ist aber auch, obwohl der deutsche Untertitel es so will, keine Kulturgeschichte. Was es am ehesten ist – der englische Untertitel »A Social and Architectural History« ist in dieser Beziehung treffender –, ist eine Darstellung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in den Städten, wie es sich in Gebäuden, im Stadtgrundriß, vor allem aber im öffentlichen Raum niederschlägt.

Diese Darstellung beginnt mit der »Wiedergeburt der Städte«, wie sie im 9. und 10. Jahrhundert von Konstantinopel ihren Ausgang nahm, und sie endet mit der »Explosion der Stadt« im 19. und 20. Jahrhundert, für deren Prototyp, Los Angeles, der Verfasser mehr Sympathie und ein feineres Gespür aufbringt als viele seiner Kolle-

gen. Was dazwischen liegt, wird zum Teil thematisch, zum Teil am Beispiel einzelner Städte – Brügge und Venedig, Amsterdam und Paris, Manchester, London und wieder Paris – behandelt, immer aber mit großer Anschaulichkeit und Sensibilität, und auf dem Hintergrund einer beidenswerten Belesenheit.

So ist dies, last not least, denn auch ein sehr gelehrtes Buch. Ein Buch, wie es nur ein führender Architekturhistoriker schreiben kann, wenn er sich einmal gestattet, die Hürden und Beengtheiten der Zunft hinter sich zu lassen – sich zur Erleichterung und Erfrischung, dem Leser zum ungeteilten Vergnügen.

Hamburg

Erika Spiegel

HELMUT JÄGER (Hrsg.), *Stadtkernforschung (= Städteforschung Reihe A, Bd. 27)*, Köln/Wien: Böhlau 1987, 395 S., geb. DM 88,-.

Dieser Sammelband vereinigt 15 Beiträge, von denen die meisten aus einer 1983 am Institut für Vergleichende Städtegeschichte Münster zum Thema Stadtkernforschung abgehaltenen Tagung hervorgegangen sind; drei Vorträge wurden, da an anderer Stelle publiziert, fortgelassen, während vier Beiträge zusätzlich aufgenommen wurden.

Die Beiträge sind zu drei Gruppen zusammengefaßt. Die erste bringt disziplingeschichtliche und terminologische Ausführungen von W. Janssen, D. Denecke und K. Blaschke. Die zweite vereinigt Fallbeispiele aus dem deutsch-österreichischen Raum und Siebenbürgen, und zwar Aufsätze von H. Steuer über Köln, M. Balzer und U. Lobbedey über Paderborn, W. Gauer über Regensburg, W. Rausch über Enns und Linz, K. Horedt über Karlsburg und Klausenburg sowie W. Schich über die brandenburgischen Städte. Die dritte Gruppe bietet Überblicke über die Stadtkernforschung in Frankreich (R. Kaiser), Belgien (A. Verhulst), die Niederlande (H. Sarfatij), Irland (J. Bradley) und Schweden (G. Dahlbäck).

Der Band ist ein schönes Beispiel für den immer deutlicher zum Tragen kommenden Charakter der Stadtforschung als einem interdisziplinären Aufgabenbereich, wobei speziell die Beschäftigung mit den Ansatzpunkten städtischer Siedlungen zu einer Zusammenführung von archäologischen Funden, historischen Quellen und geographischer Interpretation der Raumqualität des Siedlungsplatzes vordringt.

Aus etlichen Beiträgen wird deutlich, wieviele neue Erkenntnisse in der Nachkriegszeit gerade von Ausgrabungen, also von der Stadtarchäologie her, gewonnen wurden, wiewohl Janssen deren immer noch zu geringe Beteiligung an der Stadtkernforschung beklagt. Als Gründe für solch ein Manko führt er vor allem den raschen Wiederaufbau der kriegszerstörten Innenstädte, der zu wenig Möglichkeiten für intensivere Nachforschungen im Boden ließ, und das lange Zeit mangelnde Geschichtsbewußtsein in Deutschland an. Damit seien viele Chancen verpaßt worden und heute gar keine systematischen Flächengrabungen mehr möglich, sondern nur noch eher zufällige und punkthafte Grabungen.

Denecke und Blaschke gehen in ihren Beiträgen auf die Terminologie ein und weisen auf die Undeutlichkeit des Begriffes »Stadtkern« hin. Mit ihm könnten die Altstadt, die Rechtsstadt, die ummauerte Stadt, der genetische Kern oder auch der heutige funktionale Kern einer Stadt gemeint sein, deren Areale bei weitem nicht kongruent sein müssen. Stadtkern ist heute eher ein pragmatischer Begriff in Denkmalpflege und Stadtplanung als ein brauchbarer akademischer.

Bei den deutsch-österreichischen Fallbeispielen als auch bei den Länderberichten geht es um einige immer wiederkehrende Fragestellungen:

Erstens: Das Problem der *Siedlungskontinuität* bei den Römerstädten, zu dem sich vor allem Steuer über Köln und Gauer über Regensburg äußern. Diese Beiträge belegen, daß wir heute über die kritische Zeitspanne zwischen dem Abzug der Römer und der Inbesitznahme durch die Germanen ziemlich genau Bescheid wissen, sie bestätigen aber auch die bereits früher getroffene Feststellung (z. B. H. Schönberger, Das Ende oder das Fortleben spätrömischer Städte an Rhein und Donau, in: Jankuhn / Schlesinger /

Steuer, Vor- und Frühformen der europäischen Stadt im Mittelalter, Göttingen 1975), daß die Situation bei der einzelnen Stadt ganz individuell gelagert war und sich keine generellen Aussagen zu der römischen Stadt an Rhein und Donau machen lassen.

Zweitens: Es hat sich vielfach herausgestellt, daß die »Keimzelle« einer Stadt größer war, als man lange Zeit vermutet hat. Vorgängersiedlungen haben in etlichen Fällen außerhalb der heutigen Altstadt bzw. der mittelalterlichen Stadtmauer gelegen, wie Blaschke für Cham und Rausch für Linz ausführen. Daher erheben mehrere Autoren, unter ihnen Steuer und Balzer, die Forderung, die Stadt»kern«forschung unbedingt auch auf die Umgebung der mittelalterlichen Stadt auszudehnen.

Drittens: Eine *polygenetische Struktur* ist offensichtlich die Regel für die frühe Stadtentwicklung in Mitteleuropa. Diese Frage wird in mehreren Beiträgen aufgegriffen. Schich geht in seiner Untersuchung der brandenburgischen Städte speziell auf das Phänomen der Doppelstadt ein, für die es regional unterschiedliche Gründe zu geben scheint.

Viertens: Die Art und Weise, in der sich das *Stadtwachstum* vollzog, wird in mehreren Beiträgen genauer Analyse unterworfen. Hierzu ist besonders der Beitrag von Blaschke interessant, der anhand von Kirchenpatrozinien ein normatives Verhalten bei der frühen Ausweitung deutscher Städtegründungen konstatiert.

Wie allgemein bei Sammelbänden sind auch in diesem Falle die einzelnen Beiträge unterschiedlich gewichtig. Allein vom Umfang her geht die Spannweite der Länderberichte im dritten Teil des Bandes vom 15seitigen Überblick bis zur 50seitigen Dokumentation sämtlicher Städte Irlands, in denen Ausgrabungen stattgefunden haben. Aber bei allen Unterschieden auch der Problemstellung und Setzung von Schwerpunkten im einzelnen bietet der vorliegende Band mit einer Fülle interessanter neuerer Erkenntnisse ein recht abgerundetes Bild vom Ursprung und frühen Wachstum der Städte in einem großen Teile Europas.

Berlin

Burkhard Hofmeister

Die alte Stadt 3/88

HEINZ HEINEBERG (Hrsg.), *Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte (= Städteforschung Reihe A, Bd. 25)*, Köln / Wien: Böhlau 1987, zahlr. Tab., Abb., Ln. DM 98,-.

Neben den Historikern beschäftigen sich auch die Geographen mit der neueren Stadtgeschichte. In zwei Aspekten kreuzen sich ihre Interessen und bieten der interdisziplinären Zusammenarbeit ein ergiebiges Forschungsfeld. Einerseits regen Fragestellungen, die sich mit dem äußeren Beziehungsgeflecht der Städte beschäftigen, zur Kooperation an: das Stadt-Umland-Problem, die zentralen Orte, die Wanderungen; andererseits finden sich beide Disziplinen, um die innerstädtische Differenzierung und Mobilität zu untersuchen. Dieser zweite Aspekt bildet den gemeinsamen Nenner der Beiträge, die in dem vorliegenden Buch gesammelt sind. Es geht zurück auf die Vorträge einer Tagung des SFB 164 (»Vergleichende geschichtliche Städteforschung«) der Universität Münster, die im November 1984 stattfand.

Es würde zu weit führen, die 19 Aufsätze dieses Buches individuell zu würdigen. Deshalb soll es genügen, die einzelnen Themenstellungen zu referieren, aus denen die Spannweite des Gegenstandsbereichs ersichtlich wird. In der ersten Sektion über die Entwicklung der Wohnverhältnisse berichten u. a. TEUTEBERG über die Wohnungsreformbewegung zwischen 1850 und 1914, WISCHERMANN über die Differenzierung der Wohnbedingungen in ausgewählten deutschen Großstädten gegen Ende des 19. Jhs und HUGGER über das Weiterleben dörflicher Strukturen im heutigen Zürich. – Drei Beiträge stellen darauf Probleme der sozialtopographischen Veränderung vor: DENECKE und KIRCHHOFF / SIEKMANN befassen sich jeweils mit Forschungsbereichen, die bisher nur selten thematisiert wurden und deshalb auch methodisch auf keine ausgetretenen Pfade zurückgreifen; während der eine die Umzugsmobilität in südniedersächsischen Städten verfolgt, untersucht die Studie der beiden anderen die Veränderungen, die sich über Jahrhunderte hinweg

(Stichdatenbasis) in dem sozialen Verteilungsmuster der Stadt Münster vollzogen; die Eigentums-, Nutzungs-, Bodenwert- u. a. Veränderungen im Hausbestand bilden die Kriterien ihrer Quellenauswertung. SCHWIPPE befaßt sich sodann mit den Prozessen sozialer und funktionaler Segregation in Berlin und Hamburg während der Hochindustrialisierung.

Die dritte Sektion umfaßt fünf Aufsätze zum Thema Standortentwicklung im Dienstleistungsbereich. In diesem Rahmen geht z. B. HEINEBERG der Standortentwicklung nach, von der im Altstadtbereich Münsters und Dortmunds die Praxen der akademischen Freiberufler abhängig waren; Stichdaten zwischen 1886 und 1981 bilden die Marksteine der Untersuchung. In einer ähnlichen Studie verfolgt DE LANGE das Standortverhalten des Finanzwesens in Düsseldorf und Hannover. – Die vierte Sektion »Industrielle Standortveränderungen in großstädtischen Räumen« vereinigt zwei Beiträge über die Entwicklung von Textilregionen: REULECKE behandelt das Wuppertal und der englische Geograph WILD das westliche Yorkshire. – Schließlich tragen noch in der Sektion »Stadtumbau und Stadterhaltung« LAFRENZ Erkenntnisse über Planungsvorhaben in der »Führerstadt« Hamburg und der jüngst verstorbene SCHÖLLER über Stadtplanung in der DDR vor.

Die von Frau LICHTENBERGER zusammengefaßten Ergebnisse der Tagung schließen einen Band ab, der in erfreulicher Weise den erreichten Standard stadtgeschichtlicher Forschung auf dem Gebiet der innerstädtischen Mobilität widerspiegelt.

Münster/Dortmund

Wolfgang R. Krabbe

WERNER BRAAM, *Stadtplanung. Aufgabenbereiche, Planungsmethodik, Rechtsgrundlagen*, Düsseldorf: Werner 1987, 341 S., DM 48,-.

Einführungen und Lehrbücher zu verfassen, erscheint besonders für den Bereich der Stadtplanung ein schwieriges Unterfangen. Einerseits

sind beim Erscheinen des Buches Teile bereits wieder überholt, andererseits füllen bereits Einzelaspekte der Stadtplanung umfangreiche Bücher, so daß eine Gewichtung häufig problematisch erscheint. Diese Veröffentlichung geht auf die mehrfach aufgelegte »Einführung in die städtebauliche Planung« von Hans Mausbach zurück, die mehrfach überarbeitet wurde, so daß daraus eine neue eigenständige Veröffentlichung wurde. Dabei ist dieses Buch ein »Versuch, die Grundelemente des außerordentlich vielseitigen Gebietes ... in Stichworten zu erläutern und die Wege zu intensiverem Studium und zur Vertiefung des Stoffes anzudeuten« (V).

Das Buch ist grob in 5 Teile gegliedert, eine Einführung, Instrumentarium der Stadtplanung, Einzelthemen der Stadtplanung, Rechtsgrundlagen der Stadtplanung und einen umfangreichen Anhang. »Ziel der Stadtplanung ist es, sachlich richtige, inhaltlich ausgewogene und organisatorisch aufeinander abgestimmte Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Stadt für ihre Bewohner wie für auswärtige Besucher und Nutzer entsprechend den jeweiligen Erfordernissen, Vorstellungen und Möglichkeiten weiterzuentwickeln« (1). Je nach Aufgabenstellung sind dabei Fachleute anderer Disziplinen heranzuziehen, wobei sich Kooperationen verschiedener Disziplinen aufgrund finanzieller, personeller und hierarchischer Restriktionen häufig in der Praxis nur schwer realisieren lassen.

Die ausführliche Darstellung der Rechtsgrundlagen wie Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz ist allerdings durch die neue Fassung des Baugesetzbuches überholt. Hier erscheint es unverständlich, daß der Autor nicht die am 1. 7. 1987 in Kraft getretene Fassung des Baugesetzbuches als aktuelle Grundlage seines Buches berücksichtigt hat. Eine Zusammenstellung der Rechtsgrundlagen der Raumordnung, Landesplanung und Regionalplanung mit den verschiedenen Länderprogrammen und Plänen, die Planzeichenverordnung, ein Literatur- und Stichwortverzeichnis, lassen das Buch zu einem (leider schon überholten) Lehrbuch und Nachschlagewerk werden.

Hamburg

Dirk Schubert

Die alte Stadt 3/88

THOMAS HALL, *Planung europäischer Hauptstädte. Zur Entwicklung des Städtebaus im 19. Jahrhundert*, hrsg. mit Unterstützung des Schwedischen Forschungsrats für Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1986, 387 S., Abb.

Während in letzter Zeit viele Monographien über einzelne Großstädte erschienen, sind vergleichende Studien über Großstadtentwicklungen immer noch Mangelware. Das Buch gliedert sich grob in zwei Teile; im ersten Teil werden die Hauptstädte (Paris, Helsingfors, Athen, Wien, Berlin, Barcelona, Madrid, Christiana später Oslo, Kopenhagen, Stockholm, St. Petersburg, London, Brüssel, Budapest und Rom) vorgestellt, im zweiten Teil geht es um den Versuch einer vergleichenden Diskussion der Hauptstadtplanung, um Hintergründe und auslösende Faktoren, Urheber, Inhalt und Zweck der Pläne, Elemente der Pläne sowie deren Durchführung und Realisierung. Zeitlich umfaßt die Untersuchung die Phase zwischen 1850 bis ca. 1880. In dieser Zeit wurden in den untersuchten Städten »großzügige Regulierungs- und Ausbaupläne entworfen, die ihre weitere physische Entwicklung weitgehend beeinflussten. Oft wurden damals jene Partien geschaffen, welche wir heute als die charakteristischsten der jeweiligen Stadt betrachten, z. B. die Avenuen und Boulevards in Paris oder die Ringstraße in Wien« (1). Nach ca. 1880 und vor allem nach der Jahrhundertwende, so der Autor, geschahen wesentliche Veränderungen in der Planung. Einerseits entwickelte sich die moderne Städteplanung, d. h. eine detaillierte, für Grundstückseigentümer bindende Regelung der Bebauung, die auf einer wissenschaftlich begründeten Städtebaudoktrin fußte (3).

Reflektiert man in einer vergleichenden Analyse die Hintergründe und auslösenden Faktoren für Planungsvorhaben, so waren es häufig die alarmierenden sanitären Zustände in den vorindustriellen Großstädten. Die Diskussionen über unzulängliche Wohnbezirke, zuerst im Geburtsland der Industrialisierung in England einsetzend, dehnten sich bald auch auf dem Kontinent aus. Die realisierten Sanierungsvorhaben bestan-

den dabei im 19. Jahrhundert üblicherweise darin, die nicht erwünschte Bebauung abzureißen. »Der Effekt war in der Regel, daß beim Abbruch minderwertiger Häuser die Einwohner dorthin ziehen mußten, wo die Mieten am niedrigsten waren, d. h., in einen anderen gleichartigen Bezirk, der dadurch noch dichter bevölkert und baufälliger wurde« (280).

Ähnlich aktuell wie die Frage der Auswirkungen von Sanierungsmaßnahmen ist auch die Frage, ob sich im Stadtgrundriß segregiertes Wohnen herausbildete bzw. ein Planungsziel war. Mit Ausnahme etwa Castros Plan für Madrid war, so der Autor, die Wohnsegregation, »jedenfalls wenn man die hier behandelten Hauptstadtprojekte betrachtet, eher eine Konsequenz anderer Erwägungen als ein primäres Planungsziel (285)«. Besondere Bedeutung wurde demgegenüber den Planelementen Straßenraumgestaltung, Grünanlagen und Stadtbild zugemessen.

Der Untersuchung der Hauptstadtplanungsprojekte kommt dabei eine besondere Stellung zu. »Dort manifestieren sich die negativen Konsequenzen des ungehemmten Städtewachstums brutaler als anderswo, da die Hauptstadt in der Regel wesentlich größer war als die zweitgrößte Stadt eines jeden Landes. Dort wurden die Mißverhältnisse nicht nur auf lokaler, sondern auch – in mehreren Fällen – nationaler Ebene betrachtet und diskutiert. Dort hatten die Regierungen ein besonderes Interesse einzugreifen, um zu versuchen, die Verhältnisse zu verbessern (361)«. Zwar waren die Hauptstadtplanungen nicht immer die progressivsten Planungen, aber die Bedeutung für die Herausbildung der modernen Städtebaudisziplin war erheblich, »zweifelsohne weitaus wichtiger als die Schriften oder die Stadtexperimente der Utopisten«. Die Hauptstadt-Projekte nehmen planungsgeschichtlich eine zentrale Stellung ein »als Verbindungsglied zwischen den vorindustriellen Typen der Städtebauplanung und der modernen Planung, wie sich um die Jahrhundertwende herauskristallisierte, als eine von Spezialisten ausgeübte und gesetzlich geregelte Tätigkeit, die auf systematischer Wissensspeicherung und Theoriebildung fußte« (361). Eine umfangreiche Bibliographie, ein Orts- und Personenregister machen das Buch zu

einem wichtigen Nachschlagewerk zur Entwicklung des Städtebaus im 19. Jahrhundert.

Hamburg

Dirk Schubert

ULFERT HERLYN / ADELHEID VON SALTERN / WULF TESSIN (Hrsg.), *Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich*, Frankfurt: Campus 1987, 12 Abb., Tab., 324 S.

Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, sind im Rahmen des historisch-soziologischen Forschungsschwerpunktes der Stiftung Volkswagenwerk entstanden und von dieser gefördert worden. Ein Vergleich der Entstehungszusammenhänge und Lebensbedingungen in den Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre kann heute mit um so größerem Interesse rechnen, als zumindest einige der Großsiedlungen der 60er (und 70er) Jahre inzwischen in eine Krise geraten sind und immer häufiger die Frage gestellt wird: Was wurde hier falsch gemacht? Sind es einzelne, relativ schnell identifizierbare Fehler, die sich da rächen – eine verfehlte Belegungspolitik, ein kurzichtiges Finanzierungssystem, die Monofunktionalität als reine Wohngebiete, das Überwiegen städtebaulicher Großformen –, oder ist es, mehr als das, die Großsiedlung »als solche«, die sich als Irrtum erweist? Und: was verbindet diese Siedlungen mit, was trennt sie von ihren Vorläufern in den 20er Jahren? Ist der »quantitativ-qualitative Sprung«, der etwa das Märkische Viertel, München-Perlach, Köln-Chorweiler sicher nicht nur von den Siedlungen der 20er, sondern auch von denen der 50er Jahre unterscheidet, (nur) auf Änderungen der stadtentwicklungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen, oder ist er bereits im Wesen eines funktionalistisch orientierten Wohnungs- und Städtebaus angelegt?

Die Bearbeiter nähern sich diesen Fragen im wesentlichen auf zwei Wegen: Zum einen werden die Entstehungszusammenhänge und Lebensbedingungen der Siedlungen der 20er Jahre

(A. v. Saldern) und der 60er und 70er Jahre (W. Tessin und U. Herlyn) in ihrer Gesamtheit untersucht, zum anderen werden wichtige Einzelaspekte anhand historisch vergleichender Fallstudien behandelt: die Leitbilder, die dem Bau der Siedlungen zugrunde lagen (Th. Dierich), der genossenschaftliche Wohnungsbau als Alternative »von unten« (H. Eickemeier), die Mieterbeteiligung beim sozialen Wohnungsbau (R. Kunze), der sozialstrukturelle Wandel und seine Folgen für die Infrastrukturausstattung in den Siedlungen der 60er Jahre (H. Naroska).

Angesichts der Publizität, die die Siedlungen der 60er und 70er Jahre schon seit ihrer Entstehung gefunden haben, kann es nicht ausbleiben, daß der fachlich versierte Leser neue Fakten und Anregungen vor allem beim Rückblick auf die Siedlungen der 20er Jahre findet; für die eine Fülle zeitgenössischer Quellen ausgewertet wurden. So dürfte, zum Beispiel, wenig bekannt sein, daß selbst so revolutionäre und in der Fachwelt leidenschaftlich diskutierte Neuerungen wie die Siedlung Dammerstock in Karlsruhe, wie auch ähnliche, vom gleichen Architekten entworfene Siedlungen in Celle, in den Städten selbst kaum partei- oder kulturpolitische Kontroversen auslösten und, je nach Einfluß und Ansehen der damit befaßten Wohnungsbaugesellschaften, Stadtbauräte und Architekten, einmal konservativ-bürgerliche, ein andermal sozialdemokratische Mehrheiten fanden.

Gerade wer die Entstehung der Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre aus einiger Nähe erlebt hat, wird jedoch auch der Darstellung und Analyse ihrer Entstehungsbedingungen hohen Respekt zollen. Sie läßt an Klarheit und Treffsicherheit wenig zu wünschen übrig. Vor allem aber legt sie den Finger auf eine Wunde, die in diesem Zusammenhang noch selten aufgedeckt wurde: die Schein-Rationalität und Schein-Funktionalität, die allen Nutzwert-Analysen, Kosten-Nutzen-Berechnungen, Optimierungsmodellen, mit denen seinerzeit »Sachzwänge« begründet – oder konstituiert – wurden, anhaftete und die die Einsicht verstellte, daß es für diese Sachzwänge auch andere, funktional äquivalente Lösungen gegeben hätte.

Erst bei der Darstellung der Lebensbedingun-

gen in den Siedlungen macht sich ein Mangel bemerkbar, der besonders den Gegenwartsanalysen anhaftet, den aber kaum die Bearbeiter zu vertreten haben: das Fehlen einer eigenständigen empirischen Basis. Sie bleiben auf Sekundärauswertungen anderer, meist älterer Untersuchungen angewiesen, auf Expertengespräche, Tagungsberichte, statistische Unterlagen. Ob damit die »Lebenswirklichkeit« der heutigen Bewohner eingefangen wird, muß offen bleiben. Insofern gewinnen hier auch am ehesten die Wunsch- und Zielvorstellungen der Bearbeiter die Oberhand, deren Übereinstimmung mit den Wunsch- und Zielvorstellungen ihrer »Klienten« noch nachzuprüfen wäre. Entsprechen, zum Beispiel, die Genossenschaftsmodelle, die heute die meisten Reformvorschläge für einen sozial orientierten Wohnungsbau beherrschen, den Neigungen und Bedürfnissen der Bewohner (und welcher)? Inwieweit wird eine erweiterte Mietermitbestimmung von den Betroffenen in der Tat als »Demokratisierung des Wohnens« empfunden, inwieweit lediglich als Notbehelf, solange sie sich nicht nach Wunsch auf einem – funktionierenden – Wohnungsmarkt bedienen können? Und wie verträgt sich beides mit der doch gleichzeitig festgestellten »Entquartierlichung« des sozialen Lebens und der Tendenz zu einer neuen Art »lockerer, situativer« Beziehungsformen, deren besondere Qualität gerade darin besteht, daß man sich zwar »in einer begrenzten räumlichen, sozialen und kulturellen Umwelt verorten« und daraus auch emotionale Befriedigung beziehen kann, dabei aber gerade keinen Handlungs- und Kommunikationsverpflichtungen und auch keiner sozialen Kontrolle unterworfen ist? Es wäre zu wünschen, daß die Verfasser die Möglichkeit erhalten, solche und ähnliche Fragen, die sich angesichts mancher ihrer Reformvorschläge notwendig stellen, in konkret faßbare Tatbestände zu übersetzen und empirisch nachzuprüfen.

Hamburg

Erika Spiegel

KLAUS VON BEYME, *Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten*, München: Piper 1987, 412 S., Abb., DM 88,-.

Mitte der 70er Jahre war das (west)deutsche »Wirtschaftswunder«, dessen Ende sich in den Rezessionsjahren 1966/67 bereits angedeutet hatte, definitiv beendet. Parallel zu den wirtschaftlichen Wachstumsraten gingen auch die bis dahin ebenfalls sehr hohen Wohnungsproduktionszahlen zurück: Das Ende des allgemeinen »Wirtschaftswunders« der Bundesrepublik fiel zusammen mit dem Ende ihres »Wohnungsbauwunders«. Seit dieser Zeit, als offenbar eine geschichtliche Entwicklungsphase mehr oder weniger abgeschlossen war, hat das Forschungsinteresse an der deutschen Nachkriegsgeschichte zugenommen und sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Dies gilt vor allem für die allgemeine politik- und wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung. Aber auch die Geschichte der Wohnungspolitik und der Stadtplanung bzw. des Städtebaus ist inzwischen wiederholt untersucht worden.

Angeichts dieser Forschungsentwicklung kommt der umfassende Versuch einer allgemeinen Aufarbeitung und vergleichenden Darstellung der Baupolitik in der Bundesrepublik und der DDR, wie ihn Klaus von Beyme unter dem Rubrum »Der Wiederaufbau« nunmehr erstmalig unternommen hat, nicht allzu überraschend. Erstaunlich ist allerdings die enorme Breite, in der der Autor im Zeitalter des Spezialistentums sein vielgestaltiges Thema angeht. In einer ausgedehnten Tour d'horizon werden stadtplanerische, städtebauliche, architektonische, juristische, stadtgeographische, wohnungspolitische, soziologische und denkmalpflegerische Aspekte des (Wieder)Aufbaus seit 1945 behandelt, wobei von Beyme seine weitgefächerte Kompetenz durch eine Vielzahl von Beispielen und Belegen aus west- und ostdeutschen Städten immer wieder unter Beweis stellt. Die flüssig und anschaulich geschriebene Darstellung umfaßt alle wesentlichen Bereiche des baulichen (Wieder)Aufbaus, nicht dagegen den wirtschaftlichen (Wieder)Aufbau. Sie basiert auf einer Fülle statisti-

schen Materials sowie umfangreicher Literaturkenntnis und persönlicher Anschauung des Autors, der seinem Buch 61 pointiert kommentierte eigene Fotos beigelegt hat. Von Beyme hat wegen der Vielschichtigkeit des Themas unterschiedlichste Literaturgruppen ausgewertet, insbesondere aber die Bauzeitschriften der Nachkriegszeit. Archivalien hat er nicht benutzt.

Nach einem essayistisch-geistesgeschichtlichen Eingangskapitel über die »deutsche Stadt« als »Objekt nationaler und regionaler Identifikation« geht der Autor auf die Zerstörung der deutschen Städte im Zweiten Weltkrieg ein. In den beiden folgenden Kapiteln wird sowohl hingewiesen auf die große »Kontinuität der Wirkungsmöglichkeiten« (52), der deutschen Architekten und Stadtplaner über die angebliche »Stunde Null« des Jahres 1945 hinweg, wie auf die Kontinuität stadtplanerischer Leitbilder.

Nach der Behandlung der Enttrümmerungsproblematik (Kap. 5) wendet sich von Beyme der politischen Auseinandersetzung um eine zentrale Aufbauplanung und der städtebaulichen Gesetzgebung zu. Er vertritt die These, daß die »Grundstimmung« in der Stadtplanung nach 1945 »nicht mehr autoritär, sondern eher expertokratisch« war: Die Stadtplaner wollten »in partnerschaftlicher Kommunikation mit den Politikern« handeln, waren aber »der Partizipation von unten nicht sehr wohlgesonnen«, d. h. die – unumgängliche – »Minimalpartizipation« der Grundstückseigentümer wurde befürwortet, die Mieter aber blieben zunächst »völlig ausgeblendet« (127, 206 f.). Die Baugesetzgebung kam mit dem Bundesbaugesetz (1960) und dem Städtebauförderungsgesetz (1971) für die durch sie zu regelnde Rechtsmaterie jeweils ein Jahrzehnt zu spät.

Das siebente Kapitel behandelt den regionalpolitischen Funktionswandel der Städte nach 1945. Anschließend geht es um die Frage, welche konkreteren Modelle – ausgehend von der theoretisch zunächst weithin akzeptierten Grundvorstellung der »aufgelockerten und organisch gegliederten Stadt« – dem städtischen Aufbau jeweils zugrundegelegt wurden. Vom Verfasser werden drei architektonisch-städtebauliche Typen unterschieden: rekonstruktiver Wiederauf-

bau, Neubau und traditionaler Anpassungsneubau. Im allgemeinen wurde entweder einfach Neubau betrieben oder Anpassungsneubau unter Berücksichtigung und Einbeziehung der traditionellen baulichen Gegebenheiten.

Nachdem von Beyme die Denkmal- und Stadtbildpflege (Kap. 9) und die Wohnungsbaupolitik (Kap. 10) nach 1945 erörtert hat, geht er im vorletzten Kapitel gesondert auf den (Wieder-)Aufbau in der DDR ein und präsentiert abschließend ein systemvergleichendes Resümee.

Im Vergleich der beiden von vorneherein negativ aufeinander bezogenen deutschen Staaten konstatiert er als ein Hauptergebnis seines Buches das doch recht erstaunliche Phänomen, daß »ganz unterschiedliche politische Zielsetzungen und wirtschaftliche Randbedingungen noch so viele Ähnlichkeiten in der Städtebaupolitik zulassen, wie sie zwischen den beiden deutschen Staaten bestehen« (339). Dies zeigt sich insbesondere darin, daß die von ihm für die DDR unterschiedenen drei städtebaulichen Phasen durchaus ihre Pendanten in der Bundesrepublik hatten (286–304, 339 ff.). Bis Mitte der 50er Jahre war auf beiden Seiten der Traditionalismus vorherrschend. Die städtebauliche Planung und Ausführung war bis in die 50er Jahre hinein im Vergleich zur folgenden Phase meistens relativ behutsam und vorsichtig – sicherlich nicht zuletzt bedingt durch die damalige Mittelknappheit. Die zweite, bis etwa 1973 andauernde Phase brachte die sog. »Urbanität« durch Verdichtung (die »kompakte« Stadt in der DDR), den Aufbau an der Peripherie der Städte und einen umfangreichen Bau von Hochhäusern. Eine weitere ost-westliche Gemeinsamkeit war die grundsätzliche Ablehnung der alten Mietskasernenstadt und die dadurch mitbedingte Flächen-sanierung und »zweite Zerstörung« der Städte (nach der ersten Zerstörung durch den Krieg). Die dritte Phase seit der 1. Hälfte der 70er Jahre stellt eine unmittelbare Gegenbewegung zur Entwicklung in der vorangegangenen Phase dar, deren städtebauliche Ergebnisse jetzt entschieden kritisiert wurden. Es erfolgte eine Wiederhinwendung zur Innenstadt, ein qualitativer Stadtumbau löste die quantitative Stadterweiterung ab, eine behutsamere Stadterneuerung trat an die

Stelle der Kahlschlagsanierung, der architektonische Postmodernismus verdrängte die bauliche Moderne.

Dem Autor ist sicherlich darin zuzustimmen, daß in beiden deutschen Staaten – wiewohl sie negativ aufeinander fixiert waren – das bauliche Resultat »nicht radikal unterschiedlich« geriet (338). Die Ähnlichkeit des (Wieder)Aufbaus scheint aber dennoch etwas überbetont zu sein, wenn man bedenkt, daß – ganz abgesehen von wichtigen Unterschieden auch in architektonisch-städtebaulicher Hinsicht (z. B. beim Bodenrecht und der Verkehrsplanung) – die Entwicklung im zentralen Bereich der Wohnungsbaupolitik geradezu gegenläufig war: Gelang es in der Bundesrepublik mit historisch beispiellos hohen Wohnungsproduktionszahlen, bis etwa Mitte der 70er Jahre einen global ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu erreichen, so stellte die DDR in den beiden ersten Jahrzehnten den Wohnungsbau gegenüber dem industriellen Aufbau zurück und forcierte ihn als »Kernstück« ihrer Sozialpolitik erst – dann allerdings sehr stark – seit den 70er Jahren, als in der Bundesrepublik der Wohnungsneubau schon wieder zurückging, dafür aber hier Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen verstärkt wurden – während in der DDR wiederum die vernachlässigte Altbausubstanz noch bis ins nächste Jahrhundert ein großes Problem bleiben wird.

Einige Schwachpunkte des vorliegenden Buches können nicht verschwiegen werden: 1.) Seine Belesenheit verführt den Autor mehr als einmal zu themenfernen Abschweifungen. Auch die an sich sehr informative Behandlung der Entwicklung in den ehemals deutschen Städten der Oder-Neiße-Gebiete (148–156) bleibt im Rahmen der Gesamtdarstellung eine Art Fremdkörper, da diese in den »Systemvergleich« nicht mit einbezogen werden. 2.) Es bleibt z. T. unklar, in welchen Zeiträumen oder zu welchen Zeitpunkten geschilderte baupolitische Entwicklungen und Entscheidungen genau stattgefunden haben. 3.) Eine ausführlichere Behandlung der Wohnungspolitik nach 1945 wäre angesichts ihrer großen Bedeutung für die Lebensverhältnisse der Bevölkerung und der Komplexität dieser Teilthematik wünschenswert gewesen. Von Beyme hat

sich hier mit einer eher schlagwortartigen Kurzbehandlung der wichtigsten Aspekte begnügt. 4.) Für das von einer Stadt jeweils gewählte Aufbaumodell war nicht eine einzelne Ursache verantwortlich, sondern ein komplexes Wirkungsgeflecht historischer, ideologischer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren. Die Darstellung erschöpft sich diesbezüglich in einer bloßen Aufzählung dieser Faktoren, ohne sie zu gewichten oder ihren Wirkungszusammenhang, der als solcher nur behauptet wird, aufzuzeigen (183–189). 5.) Die am stärksten ins Gewicht fallende kritische Anmerkung betrifft die uneinheitlich-mehrdeutige Verwendung des aus der Alltagssprache übernommenen Wiederaufbau-Begriffs. Dies führt zu Widersprüchlichkeiten, wenn z. B. einerseits – in städtebaulicher Hinsicht – drei Wiederaufbau-Phasen für beide deutsche Staaten unterschieden werden, andererseits aber der Wiederaufbau in der Bundesrepublik als mit der zweiten Phase beendet angesehen wird, weil um 1973/74 ein globales Gleichgewicht von Wohnungsangebot und -nachfrage eingetreten war (138, 265 u. 350). Weder gab es »den« Wiederaufbau, noch war es in den meisten Fällen »Wieder«aufbau. Der sog. Wiederaufbau war, abgesehen vom »rekonstruktiven« Wiederaufbau von Einzelgebäuden oder baulichen Ensembles, weit überwiegend entweder völliger Neubau oder – in Beymes Terminologie – »traditionaler Anpassungsneubau«, also nicht Wiederaufbau, sondern Aufbau bzw. Neuaufbau. Ferner muß deutlich unterschieden werden zwischen dem (Wieder-)Aufbau in städtebaulich-architektonischer Hinsicht, dem (Wieder-)Aufbau im Wohnungssektor und dem (Wieder-)Aufbau der Wirtschaft allgemein; ganz abgesehen davon, daß nach 1945 auch die staatlichen, versorgungsmäßigen und sonstigen Institutionen (wieder-)aufgebaut werden mußten. Eine Präzisierung des vieldeutigen alltagssprachlichen Wiederaufbau-Begriffs zu einer geschichtswissenschaftlich operationalisierbaren Begrifflichkeit ist erst noch zu leisten. Von Beyme benutzt »Wiederaufbau« als oszillierende Begriffshaube für die von ihm behandelten Teilthematiken, ohne eine allgemeine Begriffserklärung oder nach Teilbereichen differenzierte Definitionen vorzunehmen.

Trotz ihrer Mängel kann von Beymes zusammenfassende und vergleichende Darstellung der Baupolitik beider deutscher Staaten nach 1945 als insgesamt durchaus gelungener erster Versuch seiner Art bezeichnet werden. Der Autor formuliert kein griffiges Gesamtwerturteil, sondern liefert auf der Grundlage umfassender Einzelkenntnisse eine differenzierte Würdigung sowohl der positiven Leistungen wie der Fehler der Nachkriegs-Baupolitik. Das Hauptverdienst des Buches ist sein großer, alle baupolitischen Teilbereiche abdeckender Informationsreichtum, der auf anschauliche Weise dargeboten wird, versehen mit prononcierten, mitunter auch nachdenklichen Wertungen.

Der stark beschreibende Charakter der Darstellung weist aber zugleich auf ein Manko hin: die unterentwickelte analytische und begriffliche Durchdringung der präsentierten Stoffmenge. Ein stärker reflektierter Wiederaufbau-Begriff, das Weglassen themenperipherer Ausführungen, das Aufzeigen des Wirkungszusammenhangs aufbaurelevanter Faktoren statt ihrer bloßen Aufzählung, eine genauere Terminierung mancher Entwicklungsprozesse, eine bessere Integration der verschiedenen geschilderten Facetten der Baupolitik, kurzum: ein stärker analytischer Zugriff hätte der Darstellung als ganzer eine noch größere Klarheit geben können.

Berlin

Dieter Hanauske

KONRAD M. MÜLLER, *Unsere befestigten Städte des Mittelalters (= Deutschland – das unbekannte Land, hrsg. von Rudolf Pörtner, Bd. 6), Frankfurt: Umschau-Verlag 1987, 184 S., 60 schwarz-weiße Abb., 17 farbige Abb., DM 29,80.*

Der Autor dieses gut gebildeten, in Zusammenarbeit mit dem ZDF entstandenen Buches hat 136 alte Städte bereist, 18 in Baden-Württemberg, 58 in Bayern, 27 in Hessen, 13 in Rheinland-Pfalz, 13 in Nordrhein-Westfalen und sieben in Niedersachsen. Ließen sich allein aus diesen Zahlenverhältnissen Rückschlüsse ziehen? Hat Bayern mit Abstand die meisten alten

und befestigten Städte? Vf. hat sich derlei Überlegungen nicht hingegeben, er hat auch nicht danach gefragt, warum diese und jene Stadt (oder Stadtlandschaft) noch so viele Reste ihrer Fortifikation aufweist, wo doch die Städte nebenan, gleich alt oder noch älter und einst mit einer weitergehenden Befestigung versehen, heute auch nicht mehr die kleinsten Partikel ihrer früheren Fortifikation aufweisen (weil sie den Weg ins Industriezeitalter hemdsärmelig und »total« gegangen sind, weil sie Geschichte verarbeitet und weitergebracht haben, während viele dieser hier behandelten Städte das 19. Jahrhundert über am Rande der Geschichte gelebt haben).

Aber Vf. will nicht meditieren und nicht reflektieren. Mit seiner Leserschaft hat er ein Bündnis abgeschlossen, und also reisen »wir« von Ort zu Ort. Natürlich ließe sich viel zur Auswahl der Orte sagen. Wir lassen die Entscheidung in der Hand unseres Führers und wundern uns dann doch, wenn die groß angekündigte Reise an den Bodensee mit ein paar Sätzchen über Meersburg (nach der Mainau immerhin der meistbesuchte Ort des Sees, viele Tausende finden sich da im Verlauf eines Touristenjahres ein) anfängt und endet; selbst Überlingen, das schwerbefestigte Überlingen, muß draußen bleiben. Auch der Verlauf der Routen ist manchmal in unerklärliches Dunkel gehüllt; im Kapitel »Vom Odenwald zum Bodensee« geht es von Waiblingen – Marbach erscheint an anderer Stelle – über Weil der Stadt, Wildberg und Villingen nach Rottenburg, von Eberbach nach Niedernhall, Vellberg, Ingelfingen nach Wimpfen und so weiter. Nicht einmal Ansätze zur Zusammenfassung in Stadtlandschaften und deren Vergleich untereinander, zu Schematisierungen und Typologisierungen zeigen sich. Vf. reist, »wir« ziehen von Ort zu Ort, und langsam gerät diese zweifellos sorgfältige Reise – auch Museen und deren Öffnungszeiten werden angeführt – zur ermüdenden Aufzählung von Mauern und Toren und Türmen. Zumindest an den augenfälligen Punkten hätte man ein Wort zur »Behandlung« dieser alten Stadtbefestigungen erwartet, zur Sanierung, zur Erneuerung. Man kann einen nicht gut nach Ulm oder nach Nürnberg führen, ohne nicht wenigstens ein Wort über die heillosen und

unwiederbringlichen Zerstörungen dort fallen zu lassen. Und irgendwo hätte Vf. doch nach Wertkategorien greifen müssen: Möckmühl, dem selbst ein Bild gewidmet ist, ist eine Geringfügigkeit gegen die erhaltene Befestigung Schwäbisch Halls, das merkwürdigerweise ausgeklammert ist.

Ob nicht doch neben allen Reise- und Kunsthörnern, welche die 42 Titel der beigegebenen Literaturliste im wesentlichen ausmachen, wenigstens die wichtigsten Bücher der einschlägigen Fachliteratur hätten zu Rate gezogen werden müssen? »Eine Darstellung«, konstatiert Rudolf Pörtner in seinem Vorwort mit Gelassenheit, »die sowohl den fortifikatorischen als auch den sozialen und architektonischen Aspekten der Stadtbefestigungen gerecht wird, fehlt bisher« (S. 8). Ein Blick in Karl Grubers mehrfach aufgelegtes klassisches Werk über »Die Gestalt der deutschen Stadt, ihr Wandel aus der geistigen Ordnung der Zeiten« hätte eines besseren belehrt, und allein Carl Haases Abhandlung über »Die mittelalterliche Stadt als Festung« von 1963, wiederaufgelegt 1969, hätte unserem Reiseleiter eine Fülle von Fragen vorgegeben. Nun Vf. auf derlei wissenschaftlichen Hintergrund verzichtet hat, ist ein freundlicher, aber anspruchloser Reiseführer daraus geworden, der »nur« im Anhang (»Was fast jeder kennt«) Bekanntes (Rothenburg, Dinkelsbühl, Nördlingen und Nürnberg) repliziert, im übrigen aber »zu vergessenen Schätzen« geleiten will.

Stuttgart

Otto Borst

VERENA DIETRICH, *Architektinnen. Ideen – Projekte – Bauten*, Stuttgart: Kohlhammer 1986, ca. 1000 Abb., 196 S., kart. DM 59,-.

Die Beschaffung des Bandes über den öffentlichen Leihverkehr war nicht einfach – fast schien es, als stünden »Architektinnen« auf einem Index. Zwei Fernleihversuche sowie ein Anschaffungsvorschlag an der Universitätsbibliothek Mannheim scheiterten. In der Kleinstadt Bad Münstereifel mit ihrer Kleinst-Stadtbücherei ge-

lang es endlich. Beharrlichkeit braucht »frau«. – Wenn diese Beharrlichkeit schon allein notwendig ist, um an Informationen über »Architektinnen« heranzukommen, vermag man die Beharrlichkeit anerkennen, die die Herausgeberin Verena Dietrich aufbringen mußte, um das Buchvorhaben durchzusetzen, und die die Architektinnen selbst an den Tag legten, um sich durchzusetzen. Denn: »In der Quintessenz versucht fast jeder, uns von unserem Vorhaben abzubringen. Es stellt sich also heraus, daß sich seit den 60er Jahren nur der Tonfall geändert hat: Man ist vorsichtiger geworden. Die Intention ist aber die gleiche geblieben. Man versucht, uns davon abzuhalten, uns in unserem Beruf zu behaupten, uns eigenständig darzustellen« (12f.). Bei der Beantwortung der Frage »warum dies?«, greift Verena Dietrich einen Erklärungsversuch Simone de Beauvoirs auf: Die Frau soll in Immanenz verharren, der Mann kann sich in Transparenz bestätigen. Suchen nun Frauen auch Bestätigung in Transparenz, wie in der Architektur, wird dies Verlangen sogleich gesellschaftlich überfrachtet – sie sollen auch die Sünden der Architektur und des Städtebaus beheben. Mit Recht weist Verena Dietrich dies Anliegen sachlich zurück: Es gilt vielmehr das natürliche Gleichgewicht wieder herzustellen und dies »ist nur zu erreichen, wenn jede Seite ihrer Kraft nach *eigener Art und Bestimmung* in die Waagschale legt und die der *anderen* akzeptiert« (15).

Nach dieser notwendigen Zurechtweisung ist es erst möglich, unbeschwert die neuere Geschichte der Architektinnen aufzuarbeiten. Es ist eine kurze Geschichte, erst 100 Jahre alt, in engem Zusammenhang mit fortschrittlichen Sozialbewegungen stehend und abhängig von der jeweils herrschenden Politik. Dies verdeutlichen zwei Statistiken: Aus der Statistik der Architektur-Studentinnen an deutschen Hochschulen der Jahre 1908 bis 1985 läßt sich ablesen »die *Reserve-Armee Frau*« während der zwei Weltkriege, die »*neue Weiblichkeit*« während des Dritten Reiches, die *Verunsicherung* während jeden Regierungswechsels« (19), dies trotz und im Gesamtzusammenhang des allgemein steigenden Frauenanteils im Studiengang Architektur von absolut 4 (0,2%) im Jahre 1910 auf 12042

(35,1%) im Jahre 1985 (Tabelle S. 19). Die eine kürzere Zeitspanne umfassende Statistik über die Entwicklung der Architektinnen in Studium, Beruf und Arbeitslosigkeit der letzten 15 Jahre läßt den allgemein gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Gleichheitsanspruch und Realität erkennen. So gibt es wohl einen steigenden Frauenanteil bei den Architekturfakultäten (1984 waren es 38,5% an Studienanfängerinnen, 35,1% an Studierenden und 29,1% an Diplomanten), jedoch die Integration in die Arbeitswelt bleibt weiterhin schwierig, der Anteil der abhängig erwerbstätigen Architektinnen ist erschreckend gering [1970 zählte man 3000 (2,7%), 1985 waren es 4000 (3,6%)]. Dagegen erhöhte sich die Anzahl der selbständigen Architektinnen deutlich [von 1970: 1000 (2,3%) auf 1984: 3000 (6,4%)], allerdings auch nur als Reflex einer allgemeinen Scheinlösung, dem Teufelskreis Arbeitslosigkeit zu entrinnen, die über die Tatsache des überproportionalen Anteils und des stetigen Anstiegs arbeitsloser Architektinnen (1974 waren 295 gemeldet, 1985 schon 1920 (21,7%)) sehr schnell von der harten gesellschaftlichen Realität eingeholt wird.

In der Arbeitslosigkeit und der abhängigen Erwerbstätigkeit der Architektinnen scheint wohl Subjektivität und »Transparenz« verloren zu gehen. Jedenfalls vermittelt Verena Dietrich diesen Eindruck, kommen bei ihr – entsprechend des Arbeitstitels – doch nur »Freie Architektinnen heute im deutschsprachigen Raum« vor. Diese »freien Architektinnen« präsentieren in Wort und Bild ihre Planungen, sie gestalteten zumeist auch das lay-out für ihre Seiten und trafen selbst die Auswahl ihrer Projekte – die anderen fallen wieder einmal heraus.

Dennoch stimme ich Verena Dietrichs Wertung der vorgestellten Planungen, Projekte und Bauten insgesamt zu: »De facto machen wir also *vergleichbare*, aber *bessere* Architektur« (30).

Da es sich um eine bewußt subjektiv gehaltene Rezension handelt, eine Form, zu der mich das Buch anregte und ermunterte, möchte ich abschließend einige Arbeiten besonders hervorheben, die mich überzeugten. Hierzu gehören die Entwürfe von Bea Betz (Verwaltungszentrum der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank AG),

die Gartenküchen von Hetta Böttger, die Sportparktribüne Höhenberg von Verena Dietrich, die natürliche Grünanlage des Studentenwohnheims Duisburg-Neudorf von Gudrun Heltwig, die Gestaltung der Messehallen und des Freiraums der Internationalen Funkausstellung durch Mirjana Markovic-Ronai, Ulla Schreibers Wintergarten, Barbara Werners Freianlagen im Kurpark Bad Gögging und Marlene Zlonicky-Krawietz's Stadterweiterungsplan für Grenoble.

Bad Münstereifel

Wilma R. Albrecht

JÜRGEN RITSERT, *Gesellschaft. Einführung in den Grundbegriff der Soziologie*, Frankfurt/New York: Campus 1988, 335 S., DM 29,80.

Einführungen in die Soziologie, ihre zentralen Begriffe und Hauptprobleme, und nicht zuletzt einführende Überblicke über die gesellschaftstheoretischen »Ansätze« und Denkweisen der wichtigsten »Schulen« der Soziologie gibt es eine ganze Reihe. Der Band von Ritsert will aber weder eine Einführung in die Soziologie noch eine Einführung in die Gesellschaftstheorie geben, sondern sucht einen neuen Zugang: über den Begriff der Gesellschaft als »den Grundbegriff der Soziologie«. Flott und locker geschrieben, mit einer oft durchaus pfiffigen Anschaulichkeit in Erklärung und Wahl von Beispielen, versucht Ritsert die häufigen Bedenken gegen über Abstraktionsgrad und Jargon der Soziologie auszuräumen, ihre abschreckende Wirkung zu vermeiden, und lädt damit gerade Anfänger zur Lektüre ein. Einfache Lektüre ist es jedoch nicht; das elementare Anfänger-Niveau wird an vielen Stellen überschritten, und in jedem Fall sollen die Leser mitdenken und mitarbeiten, eine Aufgabe, die der Verf. dadurch erleichtert, daß für jedes Kapitel Basistexte angegeben werden, die für ihre »Schule«, ihren »Ansatz« möglichst repräsentativ sein sollen und von deren Interpretation Ritsert auch in seiner Darstellung ausgeht.

Nach einem Überblick über Definitionen von »Gesellschaft« behandeln zunächst vier Kapitel handlungstheoretische bzw. individualistische

Ansätze – v. a. Simmel, Durkheim, Wittgenstein und Weber –, dann ebenfalls vier Kapitel system- bzw. strukturtheoretische Ansätze: Parsons und Luhmann; Adorno; Marx und Weber; die »Postmoderne«. Die Kapitel sind unterschiedlich gut gelungen; positiv hervorheben möchte ich die klare Einführung in den Dschungel der Luhmannschen Systemtheorie und die Behandlung des Problems einer postmodernen Gesellschaft und ihrer Theorie; eher mißlungen scheint mir die Behandlung von Parsons, an dessen Gesellschaftsbegriff die Kästchen-Schemata völlig vorbeigehen. Ein zusammenfassendes Schlußkapitel fehlt, und damit hören die Probleme und Schwierigkeiten nur auf: Sie fangen bereits an mit der nach vielen Einführungen dieses Strickmusters allmählich unbefriedigenden Entscheidung, die Zersplitterung soziologischer Ansätze zu reproduzieren anstatt zu versuchen, sie zu überwinden und den Leser dann auch noch mit dieser Disparität ganz alleine zu lassen. Manche Autoren (Weber, Parsons) kommen erst als Handlungs-, dann noch einmal als Systemtheoretiker vor. Müßte dann nicht die Konsequenz sein, über diese Kategorien hinauszuführen, zumal man sich dabei auf wichtige neuere Anstöße berufen könnte, eine schlüssige Verbindung von »Mikro-« und »Makroebene« herzustellen? Ein solcher Integrationsversuch könnte vom Kommunikationsbegriff ausgehen, der jedoch bei Ritsert, das ist ein Problem für sich, fast völlig fehlt, obwohl er für den Gesellschaftsbegriff bei so unterschiedlichen Autoren wie Luhmann und Habermas gleichermaßen zentral ist. Diese Lücke verweist wiederum auf einen dritten Einwand: Spätestens im zweiten Teil des Buches verabschiedet Ritsert sich von dem ursprünglichen und vielversprechenden Anliegen, den Begriff der Gesellschaft zu behandeln (siehe z. B. 230 f.), gibt damit die Originalität seines Ansatzes auf und behandelt dann etwa Marx und Weber (232–267) nur noch in der gleichen Weise wie etliche andere Einführungsbücher auch.

Vielleicht wäre etwas anderes von einer solchen, aus einer Vorlesung hervorgegangenen Einführung aber auch schon zu viel verlangt. Als ein meist klar formulierter, aber dabei nichts versimpelnder Überblick über die wichtigsten ge-

sellschaftstheoretischen Denkansätze kann der Band ohne Bedenken empfohlen werden.

Bielefeld

Paul Nolte

URSULA GRÄFIN ZU DOHNA / PHILIPP GRAF SCHÖNBORN / MARIANNE FÜRSTIN ZU SAYN-WITTGENSTEIN-SAYN, *Private Gartenkunst in Deutschland, Herford: Busse & Seewald 1986, 160 schwarz-weiße u. 65 farbige Abb., 224 S., DM 148,-.*

Allzu langsam werden hierzulande historische Garten- und Parkanlagen als Objekte der Kulturgeschichte unter Denkmalschutz gestellt. Der vorliegende Band, in dem dreißig ausgewählte Garten- und Parkanlagen verschiedener Epochen aus allen Bundesländern (außer Hamburg, Bremen, Saarland und West-Berlin) kenntnisreich beschrieben und photographisch dargestellt sind, ist ein Beweis für den hohen ideellen und finanziellen Aufwand einiger Privatbesitzer auf diesem Gebiet. Zwar sind die Besitzverhältnisse kein Kriterium für die kunsthistorische Bedeutung eines Gartens, wie der Titel des Buches suggerieren mag; doch werden zurecht gerade Beispiele generationenlanger privater Gartenerhaltung und -gestaltung gewürdigt.

Im historisch einleitenden Überblick über die Geschichte der Gartenkunst in Deutschland steht die Einsicht im Mittelpunkt, daß die Gartenkultur sich nicht – im Gegensatz zu Frankreich – zentralistisch, sondern in den deutschen Teilstaaten voneinander abweichend entwickelte. Es folgen die beschreibenden und photographisch dokumentierenden Kapitel über die Gartenbeispiele von der Barockzeit bis zum Jugendstil mit ihren späteren Ergänzungen und Umwandlungen. So werden berühmte Schloßgärten (Herrenhaus Panker bei Lütjenburg in Schleswig-Holstein, Schloß Dyck bei Neuss, Schloß Malberg in der Eifel), aber auch das seltene Beispiel eines rekonstruierten barocken Klostergartens (Abtei Rommersdorf bei Neuwied) ebenso wie Villengärten und -parks (Villa Hügel in Essen, Villa Bethmann am Stadtwald in Frankfurt-Louisa), aber auch Hausgärten (Stubenrauch Schlößl in Mün-

chen-Schwabing) und bäuerliche Gärten (Farnach im Chiemgau), um nur einige zu nennen, behandelt.

Das schwierige Unterfangen der Beschreibung (Dohna) der Gärten, der Lage der einzelnen Gartenräume und ihrer Gestaltungsmerkmale, der baulichen und pflanzlichen Ausstattung und ihrer historischen Entwicklung, ihrer Architekten und der Fülle historischer Fakten gelingt anschaulich und übersichtlich. Besonderheiten werden stets hervorgehoben, sei es die »Schlangengwand« im Schloßgarten Adelebsen bei Göttingen, das Arboretum im Schloßgarten Heltorf bei Düsseldorf, die originellen Jahreszeitenbüsten mit den Portraits der Besitzerfamilie im Schloßgarten Schönbrunn bei Ingolstadt, die ungewöhnlichen Beetformen im Weingutgarten Richter an der Mosel oder der einmalige Landschaftszusammenhang zwischen Garten und alpinem Panorama im Anwesen Bogensberglehen bei Berchtesgaden.

Großer Wert wird dabei auf den genealogischen Hintergrund der Besitzer gelegt. Das ist nützlich, wenn es sich um der Gartenkunst besonders zugetane Ahnen handelt. Ermittlungen wie die, daß Herbert von Karajan den Kauf des Anwesens Bogensberglehen wegen des ungünstigen Regenwetters dort abgelehnt habe oder auch

Erläuterungen über die ostpreußische Abstammung der Trakehner führen den Leser dann doch zu sehr in das weite Feld der Alltagsgeschichte(n).

Der Text wird reich dokumentiert durch ungewöhnliche Photos (Schönborn) in Schwarz-Weiß und in Farbe, die einzelne Partien und ausgewählte bauliche und pflanzliche Details hervorheben. Beispielhaft, welche Aussagekraft auch schwarz-weiße Abbildungen über die Qualität eines Gartens haben können.

Bei der »Realisation« (Sayn-Wittgenstein-Sayn) des Bandes vermißt man historische Ansichten der Gärten. Die Abbildungen von drei (!) historischen Darstellungen auf 224 Seiten machen nicht nur einen verlorenen, sondern auch einen nicht sehr überzeugend ausgewählten Eindruck. Auch hat man auf hilfreiche Grundriss-skizzen – wohl zugunsten der ästhetischen Einheitlichkeit des Buches – verzichtet. Auch wären für den Fachmann ausführlichere Anmerkungen und bibliographische Hinweise interessant gewesen. Besonders für den gebildeten Laien aber stellt diese Veröffentlichung eine Anregung dar, sich mit der Kultur und Geschichte historischer Gärten vertraut zu machen.

München

Dorothee Nehring